

Download zum Buch

Drilling, Matthias (2004) *Young urban poor. Abstiegsprozesse in den Zentren der Sozialstaaten*. Wiesbaden: VS-Verlag.

Soziale Ungleichheit und Armut in der Schweiz: Zum Stand der Forschung

1 Einkommens- und Vermögensverteilung

Ungleichheitsstrukturen zeigen in der Schweiz zwar seit Jahrzehnten Kontinuität (Suter, 2000, 294), Studien der letzten Jahre weisen aber darauf hin, dass die Schweiz, was die Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen betrifft, heute „zur Spitzengruppe unter den westlichen Industrieländern“ zählt (Mäder & Streuli, 2002, 10).¹ So gab es im Jahre 1999 rund 120'000 Haushalte mit einem Vermögen von mindestens einer Million Franken. Das heisst, rund 3% aller Haushalte besaßen die Hälfte (und davon 12'000 Haushalte, also 0,3% ein Viertel) des gesamten Privatvermögens (Mäder & Streuli, 2002, 49). Dagegen verfügte im Jahre 1992 ein Fünftel aller Haushalte über keines bzw. die Schulden waren grösser als das Vermögen (Leu, Burri & Priester, 1997, 342).²

Europaweit setzen sich Haushaltseinkommen zu 70% aus Arbeitseinkommen und nur zu rund 5% aus Kapitaleinnahmen zusammen (Europäische Kommission, 2002, 9). Daher hat für die weitaus grösste Zahl der Haushalte das Arbeitseinkommen und für die Sozialpolitik dessen Verteilung eine weit grössere Bedeutung. Leu et al. (1997, 347) errechnen aus den Steuerstatistiken, dass die einkommensschwächsten 10% der Bevölkerung in der Schweiz im Jahr 1992 über 2,5% des verfügbaren Einkommens verfügten, das oberste Dezil über 23,8%. Der Anteil des untersten Dezils ist nur in den USA niedriger als in der Schweiz. Flückinger (2000, 63) weist nach, dass der prozentuale Einkommensanteil der reichsten zwanzig Prozent der Bevölkerung im Jahre 1949 4,1-mal höher als der Einkommensanteil der ärmsten zwanzig Prozent war. Dieser Wert stieg bis ins Jahr 1991 auf 6,8. Ernst et al. untersuchen in einem Vergleich der Jahre 1982 und 1992 die Verteilung nach Einkommenskomponenten und kommen zu dem Ergebnis, dass unselbständige Erwerbseinkommen des Haushaltsvorstandes und das Vermögenseinkommen des Haushaltes hauptsächlich für die Zunahme der Einkommensungleichheiten verantwortlich sind (Ernst et al., 2000). In dem Zusammenhang errechnen sie, dass die Ungleichheit, gemessen in den einzelnen Altersklassen, bei den 20-30-Jährigen über-

¹ Prinzipiell hängt die Frage nach Strukturen der Ungleichheit von zwei Entscheidungen ab: 1) Welche Güter in einer Gesellschaft sind „wertvoll“? 2) Wie sind diese Güter in einer Gesellschaft verteilt? Von Ungleichheit wird immer dann gesprochen, wenn keine Gleichverteilung vorliegt. Damit wird deutlich, dass Ungleichverteilung nicht immer bedeutet, dass diese Verteilung „unerwünscht“, „ungerecht“, „illegitim“ oder ein soziales Problem sei. Diese problemorientierte Sicht auf die Ungleichverteilung resultiert aus der politischen Entscheidung, welches Mass an Ungleichverteilung von Gütern (z.B. des Einkommens) als wünschenswert angesehen wird.

² Im Gegensatz zu Forschungen über die Armut in der Schweiz, haben Forschungen über die Einkommens- und Vermögensentwicklung in der Schweiz eine längere Tradition: für die Zeitreihe 1949-1968 Noth (1975); für das Jahr 1978 Ernst (1983); für 1982 Leu und Buhmann (1986, 128ff.); für die Jahre 1982 und 1992 Zürcher und Gerfin (1998), für 1992 Leu et al. (1997, 349). Für Angaben zur Schweiz im OECD-Vergleich: Zeitraum 1979-1988 Atkinson et al. (1995); für den Vergleich der Studie Leu et al. mit anderen OECD Mitgliedsstaaten siehe Förster (2000) sowie Ernst et al. (2000). Dabei zeigen sich in der personellen Einkommensverteilung Unterschiede im Zeitablauf sowie in den Regionen; siehe hierzu z.B. Lardi (1970, 37 und 95) sowie Fischer et al. (1982); zur Kritik an der von Lardi sowie Noth verwendeten Wehrsteuerstatistik und den Konsequenzen für die Schätzmethode der personellen Einkommensentwicklung siehe Zwicky (1984). Für die soziale Lage in der Europäischen Union im Jahre 2002 (ohne Angaben zur Schweiz): Europäische Kommission (2002).

proportional zugenommen hat (ebd., 307). Einen solchen konkaven Verlauf der Haushaltseinkommen, von den jüngeren (20-29 Jahre) über die mittleren (höchste Werte bei der Altersklasse 40-49 Jahre) zu den älteren Altersklassen, hatte auf der Basis von Daten aus dem Jahre 1982 bereits Buhmann (1988, 217) festgestellt.³ Solche Studien, die die Einkommensentwicklung im Lebenszyklus betrachten, kommen zudem zum Ergebnis, dass die Einkommen der untersten Einkommensbezieherinnen und -bezieher (und das sind dann auch Berufseinsteiger/innen in allen Branchen) besonders sensitiv auf konjunkturelle Entwicklungen reagieren.⁴

2 Arbeitsmarktdynamik

Für die Ungleichheitsdynamik in der Einkommensverteilung war insbesondere die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt ursächlich, wo sich nach einer nahezu 50-jährigen Phase der Vollbeschäftigung insbesondere in der Periode von 1990 bis 1997 die Arbeitslosigkeit „beispiellos“ (Weber, 2001, 4) erhöht hat.⁵ Dabei konnten die Erholungsphasen im Anschluss an die Rezessionen von 1975, 1982 und 1991 die Arbeitslosigkeit nie auf den jeweils vorherigen Stand sinken lassen. Die Arbeitslosigkeit legte im langfristigen Verlauf demzufolge kontinuierlich zu. Sie stieg von weniger als einem Prozent im Jahre 1990 auf 4,7% im Jahre 1994 und erreichte ihr Maximum mit 5,2% im Jahre 1997. Innerhalb von vier Jahren (1990 bis 1994) waren die Zahlen der registrierten Stellensuchenden auf das Zehnfache ihres Ausgangsniveaus von 1990 gewachsen. Zeitweise waren über 250'000 Stellensuchende gemeldet (im Vergleich zu rund 21'000 Personen im Jahre 1974 bzw. 35'000 Personen im Jahre 1984). Das legt „die Vermutung nahe, dass die ‘Sockelarbeitslosigkeit’ in der Schweiz in den letzten Jahrzehnten sukzessive angestiegen ist [...], nämlich von 0,7% im Jahre 1990 auf 2,5% im Jahre 1997“ (Flückiger, 2000, 52f.).

Flückiger hält fest, dass entgegen den Resultaten der übrigen europäischen Länder „die Perioden wirtschaftlichen Wachstums eine *Zunahme* der Ungleichheiten mit sich brachten“ (Flückiger, 2000, 64, Hervorhebung M.D.). Dieses Faktum hängt mit der Einwanderungspolitik zusammen. So führte der Arbeitsplatzverlust infolge der Ölkrisen der 1970er Jahre für viele Ausländerinnen und Ausländer zur erzwungenen Rückkehr in die Herkunftsländer, da sie als Jahresaufenthalter, Saisonarbeitskräfte oder Grenzgänger ihre Aufenthaltsberechtigung verloren hatten. Damit wurde der Druck auf die tieferen Löhne in rezessiven Zeiten weitgehend vermieden, was zur Nivellierung der Ungleichheiten beitrug. Dagegen führte in Aufschwungphasen der Zustrom neuer Arbeitskräfte aus dem Ausland zu einem Druck auf die tiefsten Löhne; gleichzeitig profitierten die höher qualifizierten Arbeitskräfte vom Nachfrageengpass und konnten deutlich höhere Einkommenserwartungen realisieren. Erst seit Mitte der 1980er Jahre veränderte sich auch hier die Ausgangslage: Mit dem Anstieg der Niederlassungsbewilligungen von rund 30% der erwerbstätigen Ausländerinnen und Ausländer im Jahre 1973 über 53% im Jahre 1983 auf rund 60% im Jahre 2000 (Weber, 2001, 6) wird der Druck auf die tiefen Löhne zukünftig nicht mehr im bisherigen Masse über den Aufenthaltsstatus reguliert werden können.

³ Diese Aussage wird von der Forschung über Alters-Einkommen-Profile bestätigt; siehe Zurbrügg (1990, 57) und die dort geführte Diskussion über die Aussagekraft von Querschnitts- und Längsschnitterhebungen (ebd., 39); siehe auch Ulrich und Binder (1998, 204).

⁴ So auch Meier (1983, 53 sowie 127).

⁵ Zur statistischen Beziehung zwischen Konjunktur, Wachstum und personeller Einkommensverteilung siehe Scheibler (1983). Scheibler stellt bereits im Jahre 1983 in seiner Schätzung u.a. einen Trade-off-Effekt zwischen Wachstum und Verteilung fest, d.h. eine Wachstumssteigerung führt zu einer Differenzierung der Verteilung (ebd., 221f. sowie 249f.).

Fragen wir nach solchen Bevölkerungsgruppen, die im Besonderen von Schwankungen auf dem Arbeitsmarkt betroffen sind und damit ein höheres Risiko aufweisen, in finanzielle Armut zu geraten, dann gehören zu dieser „benachteiligten erwerbstätigen Bevölkerung“ nach Flückiger (2000, 66f.) die unter 25-Jährigen sowie Personen über 60 Jahre. Des Weiteren zählt er hinzu: Personen mit einer Teilzeitanstellung (und darunter insbesondere Frauen), Personen ohne obligatorische Bildung, Personen mit Niederlassungs- oder Jahresaufenthaltsstatus. Birchmeier (2002, 13) ergänzt diesen Personenkreis noch um alle diejenigen, die in atypischen Arbeitsformen beschäftigt sind, insbesondere allein Erziehende, wenig qualifizierte Personen und allein arbeitende Selbständige.⁶ Zu ähnlichen Ergebnissen kommt auch Sheldon (1989): Demnach haben Ausländerinnen und Ausländer ein zweifach höheres und Frauen ein 1,24fach höheres Risiko von Arbeitslosigkeit betroffen zu sein als der Durchschnitt (ebd., 58f.). Bezogen auf die Variable Alter gilt, dass die Altersklasse der 15- bis 24-Jährigen ein 1,5-mal höheres Arbeitslosigkeitsrisiko aufweist als der Durchschnitt (ebd., 55). Dennoch spricht Sheldon explizit *nicht* von einem Problem der Jugendarbeitslosigkeit in der Schweiz.

Mit der Manifestierung der Sockelarbeitslosigkeit einher geht die Entwicklung der Langzeitarbeitslosigkeit (Personen, die länger als ein Jahr registriert arbeitslos sind). Sheldon zeigt in seiner Studie die Persistenz dieser Form der Arbeitslosigkeit in der Schweiz auf (Sheldon, 1999). So entwickelte sich der Anteil derjenigen Personen, die länger als ein Jahr registriert arbeitslos sind, an allen arbeitslos registrierten Personen weitgehend unabhängig von der wirtschaftlichen Gesamtlage von 16,4% im Jahre 1990 über eine Höhepunkt von 39,6% im Jahre 1999 auf 29,9% im Jahre 2001. Damit lag die Schweiz leicht über dem OECD-Mittelwert von 27,5% aber deutlich unterhalb von Ländern wie der Bundesrepublik Deutschland. Deren Anteil Langzeitarbeitsloser an allen Arbeitslosen schwankte zwischen 46,8% im Jahr 1990 und 51,5% im Jahr 2000 (OECD, 2002, 322). Eine längere Dauer der Arbeitslosigkeit hat nach Sheldon (1999, 261) mehrere Auswirkungen: So treten Langzeitarbeitslose mit unterdurchschnittlich hoher Wahrscheinlichkeit eine neue Stelle an, der Lohn einer neuen Arbeitsstelle liegt unter dem des Durchschnitts vormals erwerbstätiger Arbeitsloser, die Erwerbstätigkeit erweist sich als vergleichsweise instabil und die Aufstiegschancen sind unterdurchschnittlich.

Nach Sheldon (1999, 115) sind ein höheres Alter, eine ausländische Nationalität, eine fehlende Berufsqualifikation sowie die Suche nach einer Teilzeitstelle vermittlungshemmende Faktoren, während insbesondere eine abgeschlossene Berufsausbildung sowie die Suche nach einer befristeten Anstellung Vermittlungserfolg zu begünstigen scheinen. Doch auch die Lehrabsolventen erweisen sich als Risikogruppe (ebd., 142). Bezogen auf Berufsgruppen laufen schlecht Qualifizierte (Hilfsarbeiter/innen, Ungelernte und Angelehrte) Gefahr, langfristig arbeitslos zu bleiben (ebd., 137).⁷ Rolle und Suntum (1997, 74f.) vergleichen die Langzeitarbeitslosigkeit der Länder Deutschland, Schweiz, Österreich und USA und kommen dabei zum Schluss, dass die Gruppe der Langzeitarbeitslosen in der Schweiz grosse Homogenität aufweist. Es lassen sich nur geringe Unterschiede zwischen der deutschen Schweiz, der französischen Schweiz und dem Tessin feststellen. Ebenfalls finden sich alle Branchen und sind beide Geschlechter nahezu gleich vertreten (obwohl Frauen häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen

⁶ Zur atypischen Beschäftigung gehören Arbeitsformen, die vom Normalarbeitsverhältnis, d.h. der unbefristeten Anstellung in Vollzeittätigkeit abweichen. Des Weiteren zählen auch Arbeitsformen mit atypischen Stundenplänen und atypischen Arbeitsorten dazu. Atypische Beschäftigungen sind: Teilzeitarbeit, befristete Beschäftigung, Leih- oder Temporärrarbeit, Wochenend-, Abend- oder Nachtarbeit, Schichtarbeit, Arbeit auf Abruf, Heimarbeit, Telearbeit sowie scheinselfständige Beschäftigungen (Birchmeier, 2002, 8). Laut Schweizerischer Arbeitskräfteerhebung leisteten im Jahr 2001 5% aller Arbeitnehmenden (160'000 Personen, davon 106'000 Frauen) Arbeit auf Abruf, wobei rund 60% dieser Personen kein garantiertes Minimum an Arbeitsstunden zugesichert wird (SAKE, 2001).

⁷ Zu vergleichbaren Ergebnissen kommt auch Tillmann (1998, 20).

sind als Männer). Bemerkenswert finden die Autoren, dass sich - anders als in Deutschland und Österreich - der Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen in den Altersklassen kaum unterscheidet.

Für Langzeitarbeitslose besteht die Gefahr einer „**negativen Dauerabhängigkeit**“ (Sheldon, 1999, 66): Mit fortgesetzter Dauer der Arbeitslosigkeit kommt es zu stigmatisierenden Effekten sowohl auf Seiten möglicher Arbeitgeber als auch auf Seiten der Stellensuchenden. Dies wiederum wirkt auf das Selbstkonzept der Arbeitslosen und begünstigt den Verbleib im Arbeitslosenstatus.⁸ Der Beschäftigungsbericht der OECD zeigt verschiedene „**Karusell-Effekte**“ auf (OECD, 2002, 191): Es kommt trotz kurzfristiger Ablösung von der Arbeitslosigkeit zu einem Wiedereintritt innerhalb kurzer Zeit. Hierzu zählt die OECD auch Beschäftigungsprogramme, die in erster Linie darauf ausgerichtet sind, die Bezugsdauer von Arbeitslosentaggeldern zu verlängern oder den Wiedereintritt zu ermöglichen. Mit dem Anstieg der (Langzeit-)Arbeitslosigkeit kam die Frage nach einer effizienten und schnellen Vermittlung der Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt auf. Sheldon (1999, 94 sowie 100f.) sowie Spycher (2001) schlagen vor, die Verweildauer in der Arbeitslosenkasse über gesetzliche Massnahmen (insbes. eine Kürzung des Taggeldbezugs) zu regulieren. Sie gehen in ihren Annahmen vom **Moral-Hazard-Effekt** aus. Demnach nimmt das Wissen um Möglichkeiten einer (langen) Bezugsdauer auf Seiten der Arbeitslosen den Druck, weniger attraktive Stellenangebote frühzeitig anzunehmen.⁹ Den Moral-Hazard-Effekt haben jüngst Lalive und Zweimüller hinterfragt. Am Beispiel von Arbeitslosendaten aus Österreich zeigen sie auf, dass eine gesetzliche Verlängerung der Arbeitslosenunterstützung keineswegs zwangsläufig zu einer längeren Verweildauer in der Arbeitslosigkeit führt (Lalive & Zweimüller, 2002). Andere Studien (Clark, Georgellis & Sanfey, 2001; Greven, 1985; Strandh, 2000) konzentrieren sich auf die psychosozialen Aspekte der Arbeitslosigkeit, insbesondere ihre Auswirkungen auf die soziale Befindlichkeit, und zeigen damit, dass Arbeitslosigkeit nicht ausschliesslich mit einem „Drückeberger-Effekt“ erklärt werden kann. Stutzer und Lalive schliesslich widmen sich dem Zusammenhang von Arbeitslosigkeit und sozialen Normen: Die Autoren erklären die im Vergleich zu den Ländern der EU niedrige Arbeitslosigkeit in der Schweiz mit der **hohen Arbeitsmoral** und legen damit eine weitere Erklärungsvariable vor (Stutzer & Lalive, 2002). Dass die Erklärungsreichweite monodisziplinär erforschter Arbeitslosigkeit enge Grenzen hat, darauf machten die soziographischen Untersuchungen von Jahoda et al. am Beispiel der Arbeitslosen von Marienthal deutlich (Jahoda, Lazarsfeld & Zeisel, 1975).

Mit zunehmender Arbeitslosigkeit verbunden sind Wanderungsbewegungen von Arbeitslosen in die Agglomerationsräume (Feld & Savioz, 2000, 476). Insbesondere ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Niedriglohnbereich suchen die Städte und grösseren Gemeinden in der Hoffnung auf, dort eine Arbeit zu finden. Einige Kantone, so Feld und Savioz, „serve as labor market centers and experience a permanent inflow of employees and unemployed seeking for better job opportunities“ (ebd., 476). Dabei entscheidet in erster Linie die jeweilige Arbeitslosenquote über die Frage, welche Regionen Wanderungsgewinne aufweisen. Lardi (1970) sowie Fischer (1985) weisen in ihren Studien nach, dass Basel, Zürich und Genf zu den Regionen mit hohem Einkommensniveau *und* starker Einkommenskonn-

⁸ Es sei an dieser Stelle angemerkt, dass Sheldon zwar die Terminologie der negativen Dauerabhängigkeit von Heckman und Borjas übernommen hat, nicht aber deren Untersuchungsergebnisse. So kommen Heckman und Borjas zu dem Ergebnis, dass „we find little evidence that current unemployment causes future unemployment“ (Heckman & Borjas, 1980, 249). Sheldon dagegen begründet mit den Effekten der negativen Dauerabhängigkeit seine späteren impliziten Empfehlungen zur Taggeldkürzung als Anreizsystem für eine kürzere Verweildauer in der Arbeitslosigkeit.

⁹ Zur Grundlage der Moral-Hazard-Theorie siehe z.B. Heckmann und Borjas (1980), Jackman und Layard (1991), Katz (1990) sowie Kiefer (1988).

zentration gehören. Fischer (1985, 43) betrachtet die Entwicklungen der räumlichen Disparitäten in der Schweiz im Zeitraum zwischen 1970 und 1980 anhand der Entwicklung der Volkseinkommen und kommt zu dem Ergebnis, dass die Kantone mit Städten und Agglomerationen zu denjenigen mit dem höchsten Entwicklungsniveau gehören. Die Hoffnung, in diesen Städten ein Einkommen realisieren zu können, dürfte also einen wesentlichen Teil der Pullfaktoren dieser Städte ausmachen.

Wer von der schweizerischen Arbeitslosenversicherung nicht mehr unterstützt wird, weil er die Höchstzahl der zustehenden Taggelder bezogen hat und anschliessend keine neue Rahmenfrist eröffnen konnte, wird ausgesteuert.¹⁰ In Kantonen, in denen es keine Arbeitslosenhilfe gibt, bietet letztlich die Sozialhilfe finanzielle und beratende Unterstützung. Nach Angaben des Volkswirtschaftsdepartementes waren im Jahr 1994 42'424 Personen ausgesteuert, was den bisherigen Höchststand markiert. In den Folgejahren nahm die Zahl bis auf 13'226 Personen ab (2001), unterbrochen von einer weiteren Spitze im Jahr 1998 (42'207 Personen). In den Jahren 2002 und 2003 scheint die Zahl wieder anzusteigen. So waren im Zeitraum Januar bis Juni 2003 bereits insgesamt 16'072 Personen aus der Arbeitslosenversicherung ausgesteuert (Staatssekretariat für Wirtschaft, 2003, 24). Rückgänge in der Zahl der Aussteuerungen hängen mit den Teilrevisionen des Arbeitslosenversicherungsgesetzes zusammen.¹¹ In den Jahren ab 2002 wird die Zahl der Ausgesteuerten aufgrund der 3. Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes erneut steigen: Schätzungen rechnen damit, dass „12% der heutigen Erwerbslosen früher ausgesteuert werden“ und damit auf die Sozialhilfe angewiesen sein werden (Christlicher Gewerkschaftsbund der Schweiz, 2002).¹² Aeppli weist zudem auf eine rund 10%ige Dunkelziffer von eigentlich Ausgesteuerten hin, die aufgrund der Definition des Staatssekretariats für Wirtschaft nicht in die statistischen Berechnungen einbezogen werden (Aeppli, Hotz, Hugentobler & Theiss, 1996, 47).¹³

Die Studien von Aeppli zeigen insbesondere den Zusammenhang zwischen Aussteuerung und prekärer finanzieller Ausstattung. Aus der repräsentativen Befragung einer Stichprobe aller Ausgesteuerten des Jahres 1998 geht hervor, dass rund ein Viertel der Personen auf Sozialhil-

¹⁰ Bei den Ausgesteuerten handelt es sich um Personen, die entweder ihren Höchstanspruch auf Arbeitslosentaggelder ausgeschöpft haben oder deren Anspruch auf Arbeitslosentaggeld nach Ablauf der zweijährigen Rahmenfrist erloschen ist, und die anschliessend keine neue Rahmenfrist eröffnen können.

¹¹ Bis 1996 wurde die Höchstzahl der Taggelder von der Beitragsdauer abhängig gemacht. Das heisst, Ausgesteuerte waren Personen, die im Verlauf ihrer Rahmenfrist für den Leistungsbezug die Höchstzahl ihrer Taggelder (i.d.R. 170, 250 oder 400 Taggelder bzw. 6, 12 oder 18 Monate) bezogen hatten. Ab 1.1.1997 bemisst sich die Taggelddauer am Alter und der Invalidität. Die Aussteuerung erfolgt, wenn der Anspruch auf Taggelder nach Ablauf der Rahmenfrist für den Leistungsbezug (i.d.R. zwei Jahre) ausgeschöpft ist und die Betroffenen im Verlauf des Monats nach der Aussteuerung keine neue Rahmenfrist eröffnen konnten (siehe hierzu Bundesamt für Wirtschaft und Arbeit, 1998, 34; Fontaine & Curti, 1999, 60). Seit Januar 1998 ist eine zusätzliche Einschränkung in Kraft, die das Aneinanderreihen von zwei Rahmenfristen erschwert. Sie verlängert die Beitragsdauer für Versicherte, die innert drei Jahren nach Ablauf ihrer Rahmenfrist für den Leistungsbezug erneut arbeitslos werden (Erreichen einer zweiten Rahmenfrist) auf 12 Monate (statt bisher 6 Monate). Mit der Revision von 2003 wurde diese Verlängerung der Beitragszeit auch für das Erreichen der ersten Rahmenfrist auf 12 Monate erhöht, zudem der Taggeldanspruch für Personen unter 55 Jahren auf maximal 400 Taggelder reduziert.

¹² Die Annahme der 3. Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes durch die Bundesversammlung am 22.3.2002 bedeutet eine Kürzung der Anzahl der Taggelder und das Heraufsetzen der Beitragszeit auf 12 Monate, was heisst, dass eine Person, bevor sie die Leistungen der Arbeitslosenversicherung beanspruchen kann, in den zwei Jahren vor Eintritt in die Arbeitslosigkeit mindestens 12 Monate (statt bisher 6) erwerbstätig gewesen sein muss.

¹³ Personen, die ihren Höchstanspruch an Arbeitslosentaggeldern noch nicht ausgeschöpft haben, aber keine Arbeitslosenentschädigung mehr erhalten, weil ihre Rahmenfrist abgelaufen ist und ihnen keine neue Rahmenfrist eröffnet wird, werden nicht zu den Ausgesteuerten gezählt, weil sie noch einen theoretischen Restanspruch haben.

fe angewiesen ist, weitere 16% durch Bezugspersonen unterstützt werden, rund 35% vom Ersparten leben und 13% durch die Invalidenversicherung unterstützt werden (Aeppli, 2000, 16). Zwischen den Altersgruppen wurden in den drei Studien von Aeppli Unterschiede herausgearbeitet (zuletzt Aeppli, 2000, 66f.). Die Chance, wieder eine Arbeit zu finden, ist mit 64,1 % in der Gruppe der bis 29-Jährigen am höchsten von allen Altersklassen, jedoch stellt der Autor an anderer Stelle fest, dass sich diese in 36,6% der Fälle mit einem niedrigeren Lohn als vor der Arbeitslosigkeit begnügen mussten. Aeppli folgert, „dass sich manche Ausgesteuerte mit einer neuen Arbeit abfanden, die sie vorher wegen ungenügender Bezahlung als unzumutbar abgelehnt hatten“ (ebd., 78). Zu ähnlichen Ergebnissen kommen Fontaine und Curti (1999): Aus ihren Berechnungen der Ausgesteuerten in der Schweiz im Jahre 1996 folgern sie eine „überdurchschnittlich grosse Gefahr“ der Aussteuerung für Ausländerinnen und Ausländer, Personen ab 50 Jahren, Personen mit Unterhaltspflichten, Personen aus der lateinischen Schweiz, Hilfskräfte und ehemalige Selbständige. Junge Menschen unter 30 Jahren, Ledige, Gelernte und Absolventinnen und Absolventen einer Lehre oder einer anderen Ausbildung, ehemalige Kader und Personen in der Zentralschweiz haben dagegen einen geringeren „Betroffenheitsindikator“ (ebd., 62).¹⁴ Eine Studie über die Ausgesteuerten im Kanton Aargau folgert, dass das „Risiko, ausgesteuert zu werden, nicht etwa bei den älteren Arbeitslosen, sondern in der Altersklasse der 20- bis 30-Jährigen am grössten [ist]“, weil „unter den jungen Arbeitslosen weit überdurchschnittlich viele zu finden sind, die bereits nach dem Bezug von 170 Taggeldern ausgesteuert werden“ (KIGA, 1995).

3 Einkommensschwäche¹⁵

Dass Arbeitslosigkeit die zentrale Ursache finanzieller Armut und des Eintritts in die Sozialhilfe ist, hat die Wissenschaft nachgewiesen. Mit zunehmender Angebotsknappheit von Arbeitsplätzen entstand die Frage, welcher Wert der Arbeit in modernen Gesellschaften beigegeben werden soll. Antworten finden sich in und zwischen den Extrempositionen der Modelle Bürgergesellschaft als Gegenthese zum „Wertimperialismus der Arbeit“ (Beck, 1999, 14) und der Vollbeschäftigungsgesellschaft (Heise, 1996; Siebert, 1994). Modelle der Vollbeschäftigungsgesellschaft fokussieren auf den gesellschaftsintegrierenden Wert der Arbeit, problematisieren aber auch, dass „solange Arbeit lediglich als Ware betrachtet wird, die ihren Preis hat, [...] dies in krassem Widerspruch zum Charakter der Arbeit als der Weise, wie sich der Mensch dienend und mitwirkend ins gesellschaftliche Ganze einbringt [steht]“ (Heinrichs, 1999, 277).¹⁶ Bürgergesellschaftsmodelle nähren sich aus der These einer Wertminderung des Produktionsfaktors Arbeit, die auch auf individueller Ebene Ausdruck findet. „Nicht nur objektiv ist die Arbeit aus ihrem Status als einer zentralen und selbstverständlichen Lebens Tatsache verdrängt worden, sondern auch subjektiv hat sie - im Einklang mit dieser objektiven Entwicklung, aber in Diskrepanz zu den offiziellen Werten und Legitimationsmustern der Gesellschaft - diesen Status im Motivhaushalt der Arbeitenden eingebüsst.“ (Offe, 1984, 36). Es geht um die Entwicklung und Aufwertung alternativer Beschäftigungen wie etwa dem Ehrenamt, der häuslichen Arbeit oder der „Bürgerarbeit“ (Beck, 1999, 122ff.). Für die Sozial-

¹⁴ Siehe auch Bundesamt für Wirtschaft und Arbeit (1998, 24).

¹⁵ In Armutsstudien wird unter Einkommensschwäche verstanden, dass eine Person oder ein Haushalt in der Einkommensverteilung der Gesamtbevölkerung unterhalb einer bestimmten Einkommensgrenze liegt. Massgebend dafür ist das verfügbare Einkommen (siehe z.B. Ulrich & Binder, 1998, 15). Konkretisiert wird dies z.B. durch das Kriterium, dass das Einkommen unter dem für den Bezug von Ergänzungsleistungen festgelegten Einkommen liegt (so z.B. Farago & Füglistaler, 1992, 17). Hier werden auch Personen und Haushalte als einkommensschwach bezeichnet, deren Einkommen im Nahbereich dieser Grenze liegt. Es wäre also eine Einkommensschwäche im weiteren Sinne.

¹⁶ Siehe auch die Sammelbände Brauchlin et al. (1980), Matthes (1982) sowie Offe (1984).

wissenschaften ist damit der Bruch mit den bürgerlichen wie auch marxistischen Traditionen verbunden. Arbeit im Sinne von Lohnarbeit ist nicht mehr *der* zentrale gesellschaftliche Tatbestand. „Man widmet seinen Mitmenschen Zeit, statt künstliche Marktbedingungen mit ihnen einzugehen und sich und seine Dienste zu verkaufen.“ (Rifkin, 1995).

Wenn Arbeitslosigkeit durch Arbeitslosenunterstützung nur gemildert, aber nicht beseitigt werden kann, weil der Gesellschaft „die Arbeit ausgeht“ (Afheldt & Rogge, 1983), dann rückt die Frage nach Normalarbeitsverhältnissen ins Zentrum (Offe, 1994). Denn erst mit der Verknappung des Arbeitsangebots bei gleichzeitig umfassender Monetarisierung der Gesellschaft erhalten Fragen der Niedriglohnproblematik sowie der Prekarität von Arbeitsverhältnissen an Gewicht (Caritas Schweiz, 2001; Knöpfel, 1999; Prodolliet, 2000). Doch die Diskussion geht weit über arbeitsmarktpolitische Fragen hinaus; das Gesellschaftsmodell *per se* steht auf dem Prüfstand. Bereits Mückenberger machte deutlich, dass das „normative Paradigma“ des Normalarbeitsverhältnisses (Mückenberger, 1990, 158) nicht nur das Kapitalverhältnis als Produktionsbeziehung, sondern auch das Verhältnis von „Erwerbsarbeit und Leben, das Verhältnis der Geschlechter und Generationen zueinander“ und das hierüber gesteuerte Selbst- und Fremdbild der Mitglieder der Gesellschaft insgesamt umfasst. Zwar wäre die Behauptung, dass es sich bei der Erosion der Normalarbeitsverhältnisse um Massenphänomene handelt, übertrieben, dennoch sind Einkommensschwäche und Einkommensunsicherheit nicht mehr nur auf Randgruppen des Arbeitsmarktes beschränkt. Sie sind im Begriff, als „ungewollte Folge der neoliberalen Utopie des freien Marktes“ (Beck, 1999, 7) die Identität moderner Gesellschaften mitzugestalten.

Jüngster Ausdruck in der Diskussion um die Kohäsionskräfte des Sozialstaats Schweiz ist die working-poor-Problematik. Dahinter steht das empirisch belegte Faktum, dass Mitglieder der Gesellschaft „trotz Einkommen kein Auskommen“ (Liechti & Knöpfel, 1998) haben.¹⁷ Bereits Mäder et al. machten in der Untersuchung über Armut im Kanton Basel-Stadt darauf aufmerksam, dass „neben den ‚klassischen‘ oder ‚alten‘ Armen (infolge Alter, Krankheit und Behinderung) eine wachsende Zahl von Menschen zu finden [ist], die, obwohl sie einer vollzeitlichen Erwerbstätigkeit nachgehen, mit einem chronischen Einkommensmangel konfrontiert sind“ (Mäder, Biedermann, Fischer & Schmassmann, 1991, 271). Ulrich und Binder deuten in ihrer Untersuchung im Kanton Bern auf vergleichbare Tendenzen hin. „Über die Hälfte der befragten einkommensschwachen Haushalte sind einkommensschwach, *obwohl* wenigstens eine Person im Haushalt mindestens 30 Stunden wöchentlich erwerbstätig ist.“ (Ulrich & Binder, 1998, 226). Im Kanton Bern, schliessen die Autoren, sind bezogen auf das Untersuchungsjahr 1987 rund ein Sechstel der Wohnbevölkerung bzw. zwischen 102'000 und 120'000 erwachsene Personen und 50'000 bis 60'000 Kinder von dieser Form der Armut betroffen (ebd., 351). Erste gesamtschweizerische Angaben über „working poor“ geben Liechti und Knöpfel für das Jahr 1992. Anhand der Daten aus der nationalen Armutsstudie (Leu *et al.*, 1997) kommen sie zu dem Ergebnis, dass 4,7% der Bevölkerung im Erwerbsalter zu den „working poor“ zählen (Liechti & Knöpfel, 1998, 29).¹⁸ Der Anteil der „working poor“ an den Armen im Erwerbsalter beläuft sich auf 69%, die übrigen 31% sind erwerbslos, nicht erwerbstätig oder teilzeiterwerbstätig (ebd., 29). Flückiger, für den die working-poor-Problematik mit der Tieflohnproblematik weitgehend identisch ist, weist auf der Grundlage

¹⁷ Siehe weitere Fallstudien zur working-poor-Problematik in der Schweiz (z.B. Karlhuber & Rappo, 2001), zur damit zusammenhängenden Lohnstruktur (z.B. Bauer, 1999; Schweizerischer Gewerkschaftsbund, 1999).

¹⁸ Gemäss ihrer Definition muss in einem working-poor-Haushalt mindestens eine Person voll-erwerbstätig sein. Zudem erhoben sie nicht den Anteil der „working poor“ an der Gesamtbevölkerung, sondern an der Bevölkerung im Erwerbsalter. Zu den unterschiedlichen Messkonzepten in der Forschung über „working poor“ sowie die Zweiteilung des Diskurses aus Sicht der Tieflohnproblematik und aus Sicht der Armutsproblematik siehe Streuli und Bauer (2002, 19f. sowie 114) sowie Caritas Schweiz (1999, 208).

der Auswertung von Daten der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung SAKE von 1991 bis 1997 nach, dass Jugendliche unter 25 Jahren den höchsten Anteil unter den „working poor“ stellen (Flückiger, 1999, 5).

Die umfassendste Analyse zu den „working poor“ in der Schweiz legten Streuli und Bauer (2002) vor (für Deutschland siehe z.B. Strengmann-Kuhn, 2003). Ihre Auswertung der Schweizerischen Arbeitskräftestatistik errechnet für das Jahr 1996 eine working-poor-Quote (Anteil der „working poor“ an allen Erwerbstätigen in der Schweiz) von 7,5%. Mit 6% zu 29% ist der Unterschied zwischen der Quote von Vollzeit-working poor (Haushalte, in denen eine Person mindestens 36 Stunden pro Woche erwerbstätig ist) und der Quote von Teilzeit-working poor (weniger als 36 Stunden wöchentlich) gross. Insgesamt zählt die Studie rund 250'000 Erwerbstätige im Alter zwischen 20 und 59 Jahren bzw. 170'000 Haushalte oder 530'000 Haushaltsmitglieder (davon 230'000 Kinder) zu den „working poor“. Für Streuli und Bauer ist die Problematik der erwerbstätigen Armen eines der Kernprobleme der Armutsdynamik. „In absoluten Zahlen stieg die Zahl der „working poor“ zwischen 1992 und 1999 von 170'000 auf 250'000 an. Die Zahl der Armen im Alter zwischen 20 und 59 Jahren erhöhte sich im gleichen Zeitraum von 310'000 auf 430'000. Die Zunahme um 120'000 Arme geht also zu zwei Dritteln auf die Ausbreitung der Armut unter den Erwerbstätigen zurück.“ (Ebd., 10). Diese Problematik liegt insbesondere in Städten und Gemeinden mit Zentrumsfunktionen vor (ebd., 60), daneben auch in touristischen Orten (aufgrund des grossen Arbeitsplatzangebots im Gastgewerbe) und in agrarisch geprägten Gemeinden. Betrachtet nach Haushaltstypen sind Frauen, Personen ausländischer Nationalität, Paarhaushalte mit drei oder mehr Kindern allein Erziehende (insbes. in Teilzeiterwerb) besonders gefährdet. Branchenbezogen finden sich überdurchschnittlich viele „working poor“ im Tieflohnbereich: in der Landwirtschaft, dem Gastgewerbe, den Privathaushalten (z.B. Hausangestellte), im Handel/Reparaturgewerbe sowie der Branche Verkehr/Nachrichten (ebd., 67). Schliesslich sind Personen, die teilzeitig arbeiten sowie solche, die abends, nachts und am Wochenende arbeiten, vermehrt „working poor“.

Schulabschluss und Ausbildungsniveau sind die entscheidenden Faktoren für eine working-poor-Problematik, so Streuli und Bauer. Je höher die abgeschlossene Ausbildung ist, desto geringer wird der Anteil bei den „working poor“ (ebd., 64f., vgl. auch Strengmann-Kuhn, 2003, 80f.). Damit knüpft die working-poor-Diskussion an Erkenntnisse aus der Bildungs- und Armutsforschung an. Bereits Hanesch konstatiert, dass sich über den Erwerb von Bildungsgütern langfristig die Stellung im Arbeitsmarkt- und Beschäftigungssystem entscheidet. Die Ressource Bildung fungiert danach als *der* Schlüssel für die Berufs- und Lebenschancen (Hanesch, 1990, 185).¹⁹ Die Ausstattung mit Bildung hat unter ökonomischen Gesichtspunkten Investitionscharakter. Darauf machen bereits mikroökonomische Arbeitsmarkttheorien aufmerksam. Nach der Humankapitaltheorie wird der individuelle Einkommensverlauf auf unterschiedliche Investitionen in Bildung zurückgeführt.²⁰ Demnach fällt ein Individuum eine bewusste und rationale Entscheidung über die optimale Investition in seine Ausbildung in Abhängigkeit der Höhe des zukünftig erwarteten Einkommens auf einem vollkommenen Ar-

¹⁹ Weitere Studien zur Prekarität von Einkommen und lebenslagenbestimmenden Faktoren bei spezifischen Zielgruppen mit geringen Bildungsqualifikationen in der Schweiz widmen sich z.B. allein erziehenden Müttern (Suter, Budowski & Meyer, 1996), Frauen ohne obligatorische Berufsausbildung (Schweizerische Konferenz der Gleichstellungsbeauftragten, 1999). Für die Lage in Deutschland siehe z.B. die Veröffentlichungen der verschiedenen Bundesministerien (Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, 2001; Bundesministerium für Bildung und Forschung, 1999; Bundesministerium für Familie - Senioren - Frauen und Jugend, 1998).

²⁰ Siehe zum Humankapital-Ansatz Zurbrügg (1990, 11) sowie die dortigen Verweise auf die theoretischen Vorarbeiten (weitere Arbeiten, die makro- und mikroökonomische Theoriebezüge diskutieren, sind z.B. Heise, 1996; Offe, 1984; Rolle & Suntum, 1997; Schelbert-Syfrig, Blattner, Halbherr & Harabi, 1986).

beitsmarkt. Damit verbunden sind Einkommenseinbussen in den Jahren hohen Bildungskonsums und entsprechende Gewinne mit zunehmender Erwerbstätigkeit. Altersbedingte Einkommensungleichheit begründet die Humankapital-Theorie also als Funktion der Ausstattung mit Bildungsressourcen. Demnach müsste das Arbeitslosigkeitsrisiko von Schweizern bzw. gut integrierten Ausländern, Beschäftigten in höheren Dienstleistungsberufen, Männern und Älteren niedriger sein als das Risiko von noch wenig integrierten Ausländer/innen, Handwerkern, Produktionsarbeitern, Hilfsarbeitern, Frauen und Jüngeren (Sheldon, 1989, 65). Bei der Frage nach dem Arbeitslosigkeitsrisiko von jüngeren Personen helfen „Sortiermodelle“ (Franz, 1986): So geht das „Job-Matching-Modell“ (Jovanovic, 1979) von einem Aushandlungsprozess zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber aus. Gegenstand des „matching“ können beispielsweise die Lohnfrage, die Einarbeitungs- oder Weiterbildungskosten sein. Nach einer anfänglichen Zeit hoher Unsicherheit liegen mit längerer Betriebszugehörigkeit beiden Seiten genauere Informationen übereinander vor, Entlassungen und freiwillige Abgänge kommen seltener vor. Je grösser die Informationsdefizite und Unsicherheiten sind und je höher die Bereitschaft zum Wechsel, desto häufiger kommt es zu Fluktuationen und Entlassungen. Davon betroffen sind zwangsläufig Schulabgängerinnen und -abgänger sowie junge Erwachsene. Zu ähnlichen Ergebnissen, aber mit einer anderen Begründung, kommt das „Job-Shopping-Modell“ (Johnson, 1978). Demnach wächst die Sicherheit, die „richtige Entscheidung für einen Arbeitsplatz“ getroffen zu haben, im Laufe der individuellen Berufsbiographie. Entsprechend ist die Fluktuation, aber auch Häufigkeit von Entlassungen bei jungen Erwachsenen, die zwangsläufig über weniger „Such- und Entscheidungserfahrung“ verfügen, gross. Zudem wird unterstellt, dass Jugendliche eine Experimentierphase in ihre Berufsbiographie einbauen, weil sie ihre speziellen Fähigkeiten noch nicht so genau kennen resp. erst noch entwickeln. Während das Matching-Modell also die bisherige Dauer der Betriebszugehörigkeit als risikominimierend hervorhebt, entscheidet beim Shopping-Modell das Erwerbsalter eines Individuums über die Frage des Risikos der Arbeitslosigkeit. Beide Modelle begründen die höhere Anfälligkeit für Arbeitslosigkeit von Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Schliesslich versucht das „On-the-Job and Off-the-Job-Modell“ (Jovanovic, 1984) eine Synthese. Erwerbstätige entscheiden demnach ihren Eintritt in den Arbeitsmarkt, aber auch den Wechsel zwischen zwei Arbeitsplätzen „because of changes in the perceived value of their market opportunities“ (ebd., 109). Somit werden auch Zeiten einer bewusst in Kauf genommenen Arbeitslosigkeit begründbar. Damit wird über die bisher geführte Argumentation hinaus, dass die Ausstattung mit Bildungsressourcen über Arbeitslosigkeit, Niedriglohnbezug oder working-poor-Problematik entscheidet, eine weitere Dimension eingebracht. Arbeitslosigkeit Jugendlicher und junger Menschen beispielsweise kann als bewusste Entscheidung, als Wartephase oder als Orientierungsphase interpretiert werden - trotz eines ausreichenden Bildungsniveaus. Darauf soll an anderer Stelle nochmals eingegangen werden.

4 Risikogruppen „jenseits von Klasse und Stand“

Welche Bevölkerungsgruppen stellen nun die Risikogruppen in der Schweiz? Geht eine hohe (bzw. niedrige) Position in der Bildung mit hohen (bzw. niedrigen) Positionen in den anderen Lebensbereichen einher (Statuskristallisation) oder sind im Gegenteil vermehrt Statusinkonsistenzen festzustellen? Ist im Hinblick auf das individualisierungstheoretische vermeintliche „anything goes“ die Beschäftigung mit sozialen Ungleichheiten unter dem Blickwinkel von Benachteiligungen und unterschiedlichen Lebenschancen hinfällig geworden? Oder allgemeiner ausgedrückt: Wie kann nun die soziale Differenzierung der Gegenwart auf struktureller und kultureller Ebene gekennzeichnet werden? Verschiedene Untersuchungen aus der Schweiz und der Bundesrepublik Deutschland (Buchmann, 1991; Lamprecht & Stamm, 2000; Levy, Joye, Guye & Kaufmann, 1997) legen nahe, dass die unterste und die oberste Lage durch Statuskristallisation gekennzeichnet sind, während in mittleren Lagen sowohl Status-

kristallisation wie auch Statusinkonsistenz zu beobachten ist. So stellen Levy et al. in ihrer Untersuchung zur Schichtung der Schweiz fest, dass die Schweiz nicht als ein Land zu betrachten ist, in dem ein System klar definierter Gesellschaftsklassen festgestellt werden kann. Dennoch weist sie eine ausgeprägte soziale Schichtung auf, die „insbesondere an den Extremen der sozialen Stufenleiter besonders augenfällig“ ist (Levy, Joye, Guye & Kaufmann, 1998, 64). Der Bildung schreiben Levy et al. eine zentrale Bedeutung als „Säule der Ungleichheit“ zu, dem eidgenössischen Fähigkeitsausweis am Ende der erfolgreichen Lehrprüfung die Funktion einer Eintrittskarte für einen eventuellen Aufstieg in der sozialen Rangordnung. Plurale Differenzierung stellt sich damit hauptsächlich als ein Phänomen der mittleren Lagen heraus, wo die verschiedenen strukturellen Dimensionen wie Wohnen, Freizeit, Gesundheit sowie Lebensstile eine unterschiedliche Rolle spielen. Demgegenüber ist jedoch die „untere Unterschicht“ von kumulierten strukturellen Benachteiligungen geprägt. Ähnliches dürfte auch für die „Oberschicht“ gelten, welche kumulierte Privilegien aufweist. Dangschat weist darauf hin, dass Phänomene der Statusinkonsistenz in erster Linie in den mittleren Schichten der Gesellschaft und der Kohorte der 20- bis 40-Jährigen feststellbar sind, diese Kategorie aber nicht auf Kinder und Jugendliche angewendet werden kann (Dangschat, 1998, 50 FN 2). In die gleiche Richtung argumentieren Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler am Bremer Sonderforschungsbereich um Stephan Leibfried und verbinden damit die Forderung nach der Verzeitlichung von Biographien, wie sie etwa in Form der Lebenslaufforschung (z.B. Kohli, 1978) unternommen wird. Darauf bezieht sich auch Hübinger (1996), wenn er von „prekärer Wohlstand“ spricht und meint, dass durchaus auch Bezieherinnen und Bezieher höherer Einkommen heute einem Arbeitslosigkeitsrisiko ausgesetzt sind.

Diese Einschätzung von Statuskonsistenz und -inkonsistenz spiegelt Tabelle 1 wider. So gehören Personen ohne Berufsausbildung bzw. mit niedrigem Ausbildungsgrad zu den Risikogruppen. Aber auch Berufsneulinge, Berufseinsteiger und temporär Beschäftigte finden sich unter den Risikogruppen. Da hierzu auch akademisch ausgebildete Personen zählen können, weist dies auf mögliche Statusinkonsistenz hin. Eine Vermutung, die Sheldon im Rahmen einer Untersuchung zur Dynamik der Armut am Beispiel der männlichen Erwerbspersonen stützt (Sheldon, 1991, 32). Schliesslich findet sich das Merkmal „weiblich“ in mehreren Risikogruppen wieder. Ob dies mit Statuskonsistenz bzw. -inkonsistenz verbunden ist, müsste durch die Abklärung der Bezüge, in denen diese Frauen sich befinden, beantwortet werden können. Es kann aber festgehalten werden, dass erstens die Risikogruppen nicht mehr nur auf die „Arbeiterklasse“ beschränkt sind und dass zweitens die Annahme einer „Vererbung“ deprivierender Faktoren nicht mehr ohne weiteres aufrechterhaltbar scheint. Wir werden im empirischen Teil darauf zurückkommen, ob auch Kinder von Eltern aus der Bildungselite sozialhilfeabhängig werden können.

Tabelle 1: Risikogruppen auf dem Arbeitsmarkt in der Schweiz

	Arbeitslosigkeit (nach Birchmeier sowie Sheldon)	Langzeitarbeitslosigkeit (nach Sheldon)	Aussteuerung (nach Aepli)	„working poor“ (nach Streuli/Bauer)
Alter	15-24-Jährige 25-34-Jährige Ältere Personen	Ältere Personen	bis 29-Jährige über 50-Jährige	
Nationalität	Ausländer/innen	Ausländer/innen	Ausländer/innen	Ausländer/innen
Geschlecht	Frauen	Frauen	Frauen	Frauen, insb. in Teilzeitanstellung
Ausbildungsstand	Fehlende Berufsausbildung Berufsanfänger Ehemalige Hilfsarbeiter	Lehrabsolventen Neueinsteiger ohne Berufsausbildung Angelehrte Ungelehrte Hilfsarbeiter	Ungelehrte	Gering Ausgebildete Berufsneulinge Personen mit Erwerbsunterbrüchen
Haushaltstyp	Allein Erziehende			Allein Erziehende Paarhaushalte mit mind. 3 Kindern
Erwerbsumfang	Beschäftigte in Teilzeit Personen in atypischen Beschäftigungsverhältnissen	Beschäftigte in Teilzeit Teilzeitstellensuchende	Beschäftigte in Teilzeit Ehemalige Teilzeitangestellte	Beschäftigte in Teilzeit
Standorte/Kantone		Fribourg, Waadt, Tessin (nicht ZH, BS)		Städte und Gemeinden mit Zentrumsfunktion Tourismusemgemeinden Agrarische Gemeinden
Branche	Gastgewerbe Hauswirtschaftliche Berufe Ehemalige Arbeitslose, die keine Kaderfunktion hatten Solo-Selbständige	Textilverarbeitung Unterricht, Seelsorge, Fürsorge		Gastgewerbe Hauswirtschaft Detailhandel Solo-Selbständige Im Niedriglohnbereich Beschäftigte Beschäftigte in flexibilisierten Anstellungsverhältnissen

Quellen: Spalte Arbeitslosigkeit: (Birchmeier, 2002; Sheldon, 1989); Spalte Langzeitarbeitslosigkeit: (Sheldon, 1999); Spalte Ausgesteuerte: (Aepli 2000; Aepli 1998; Aepli 1996); Spalte „working poor“: (Streuli & Bauer, 2001; Streuli & Bauer, 2002).

5 Städtische Armut und junge Erwachsene

5.1 Hinweise in schweizerischen Armutsstudien

Die erste Armutsstudie der Schweiz bezieht sich auf Daten aus dem Jahr 1976 (Enderle, 1987). Die Untersuchung greift - und darauf macht Enderle aufmerksam - auf eine in mehreren Bereichen unzureichende Datenlage zurück (ebd., 61ff.): 1) Der Datensatz umfasst nur Schweizer Bürger, Angaben zur ausländischen Bevölkerung fehlen resp. werden bei der Einschätzung der absoluten Zahl von Armen in der Schweiz unter der Annahme, dass die Armutsbetroffenheit von Ausländern mit der von Schweizern identisch ist, hochgerechnet. 2) Die Einkommensdefinition ist nicht homogen (z.T. handelt es sich um Angaben des zu versteuernden Einkommens ohne Abzüge, z.T. um das Totaleinkommen, was z.B. auch Rentenleistungen und regelmässige Fürsorgeleistungen umfasst). 3) Die verwendeten Daten beziehen sich auf steuerpflichtige Personen ab 19 Jahren, was keine Gleichsetzung mit Einzelpersonen oder Haushalten ermöglicht.

Enderle hat, um die Daten trotz der Nachteile rechenbar zu machen, eine gesamtschweizerische Datei durch verschiedene Anpassungen „konstruiert“ und in seinen Berechnungen mit drei verschiedenen Armutsgrenzen operiert (Einkommensgrenze nach Ergänzungsleistungsgesetz: 7800 Franken pro Jahr; ILO-Definition für das Existenzminimum: 10'150 Fr./Jahr; ILO-Definition für das Existenzminimum plus 20% für die Erfassung des armutsnahen Bereichs: 12'180 Fr./Jahr). Er kommt zum Ergebnis, dass im Jahre 1976 je nach Armutsgrenze zwischen 4,8 und 9,4% der steuerpflichtigen aktiven Bevölkerung und zwischen 3,3 und 24% der steuerpflichtigen Rentner arm sind (ebd., 66). Von den Armen im erwerbsfähigen Alter sind - bei Verwendung der Armutsgrenze „Ergänzungsleistungen“ - mit 49% knapp die Hälfte jünger als 30 Jahre. Dabei gilt, dass je höher die Armutsgrenze gelegt wird, desto geringer der Anteil der 19- und 20-Jährigen und desto grösser der Anteil der 21- bis 30-Jährigen wird. Weitaus die meisten Armen sind allein stehend (91% der steuerpflichtigen Aktiven und 98% der steuerpflichtigen Rentner). Im Alter sind vorwiegend Frauen von Armut betroffen.

Nach Enderle ergeben sich folgende absolute Zahlen für das Jahr 1976: Rund 159'000 Personen müssen mit einem Einkommen von höchstens 7800 Fr. jährlich auskommen; etwa 294'000 Personen leben mit einem Einkommen unter der ILO-Definition; schätzungsweise 419'000 Personen oder 6,6% der Wohnbevölkerung sind als arm zu bezeichnen, wenn die ILO-Definition „plus 20%“ als Kriterium Anwendung findet (ebd., 72f.).

Abschliessend vergleicht Enderle die Zahlen der Schweiz mit solchen aus anderen europäischen Ländern und resümiert, dass die Schweiz zu den Ländern gehört, die mit ihrem Prozentsatz der armen Haushalte unter dem Durchschnitt der EG liegt. Nach Enderle weist die Schweiz aber einen höheren Armutsgrad auf als die Niederlande, Grossbritannien, Belgien und Deutschland (ebd., 77).

Aufbauend auf einer Stichprobe aus der Grundgesamtheit der erwachsenen Schweizer Wohnbevölkerung (Schweizer und Ausländer mit Niederlassungsbewilligung, ohne bevormundete, nicht stimmberechtigte oder im Ausland weilende Personen) und gewichtet nach den Sprachregionen legte Buhmann die zweite nationale Armutsstudie bezogen auf das Jahr 1982 vor (Buhmann, 1988). Auch Buhmann verwendet in ihrer Analyse verschiedene Armutsgrenzen (Armutsgrenze nach der Schweizerischen Konferenz der öffentlichen Fürsorge: 8936 Franken jährlich; Einkommensgrenze nach dem Gesetz zur Regelung der Ergänzungsleistungen zur AHV/IV: 13'900 Fr./Jahr). Je nach verwendeter Armutsgrenze sind zwischen 5,0 und 26,4% aller Haushalte und zwischen 3,0 und 33,4% der Gesamtbevölkerung der Schweiz als arm zu

bezeichnen. Unter Abzug der Studierenden und ausländischen Jahresaufenthalter und Saisoniers waren dies im Jahr 1982 zwischen 200'000 und 750'000 Personen (ebd., 175). Im Unterschied zur Studie von Enderle ist es Buhmann aufgrund der umfangreicheren Datenbasis möglich, Angaben zur sozioökonomischen Lage der Armen zu machen. Als Ergebnisse können festgehalten werden: Es gibt nur kleine Unterschiede im Armutsrisiko zwischen den niedergelassenen Ausländern und den Schweizer Bürgern, doch sind die Ausländer in der Gruppe der Armen gemäss Armutslücke (durchschnittliche Differenz der Einkommen der Armen zur Armutsgrenze) wirtschaftlich schlechter gestellt.²¹ Das Armutsrisiko bei Verheirateten ist sehr klein gegenüber allen anderen Zivilstandsgruppen. Einpersonenhaushalte (und hier vor allem allein lebende Frauen) haben ein überdurchschnittliches Armutsrisiko. Auch Personen unter 30 und über 60 Jahren weisen ein überdurchschnittlich hohes Armutsrisiko auf. Rund die Hälfte aller Armen ist unter 18 oder über 62 (Frauenpensionsalter) resp. 65 Jahre (Männerpensionsalter). Jeder vierte Arme ist noch ein Kind. Nach dem Erwerbsstatus weisen die Nichterwerbstätigen das grösste Armutsrisiko auf. Auf Seiten der Erwerbstätigen haben diejenigen ein hohes Risiko, die sich keiner Berufsgruppe zuordnen können (ohne Beruf, Hilfsarbeit etc.). Auch Buhmann weist auf das Armutsrisiko im Rentenalter hin: Jeder vierte nicht-erwerbstätige Rentner ist arm. Rund 70% aller armen Rentner/innen im unteren Armutssegment sind allein stehende Frauen (ebd., 191). Schliesslich zeigt Buhmann auf, dass insbesondere in peripheren Gebieten die Armen übervertreten sind, wogegen sich die Armutslücken gerade umgekehrt verhalten: Sie zeigen im Zentrenumland die grössten Werte (ebd., 181).²²

Auch Buhmann stellt ihre Ergebnisse in einen internationalen Kontext und schlussfolgert, dass bei Verwendung der Richtlinien der Schweizerischen Konferenz der öffentlichen Fürsorge die Schweiz und Schweden die niedrigsten Armutsquoten aufweisen. Bei Zugrundelegung des 50%-Medianeinkommens liegt die Armutsquote in der Schweiz wie auch in Deutschland und Grossbritannien im Mittelfeld: höher als in Norwegen und Schweden, aber niedriger als in den USA und Kanada (ebd., 205). Angesichts der präsentierten Zahlen von Enderle und Buhmann und ihrer Implikationen für den Wohlfahrtsstaat erstaunt es, dass die Sozialwissenschaften in der Schweiz praktisch keinen Diskurs über die Ergebnisse führten. Lediglich von Seiten der Hilfswerke (insbes. Schweizerisches Arbeiterhilfswerk) und der Gewerkschaften wurde die Diskussion aufgenommen.²³

In der Folge der zweiten nationalen Armutsstudie kam es in mehreren Kantonen zu eigenen Armutsstudien.²⁴ Leu et al. vergleichen die Armutsquoten der kantonalen Untersuchungen (siehe Tabelle 1) und kommen zu dem Schluss, dass die Kantone Tessin, Neuenburg, Wallis und Jura Armutsquoten über 20% ausweisen, wobei die jeweils höchsten angenommenen

²¹ Buhmann selbst schränkt diese Aussage in den zusammenfassenden Bemerkungen ein, da in der Stichprobe nur niedergelassene Ausländer berücksichtigt sind. Diese seien im Durchschnitt jünger und bedeutend öfter erwerbstätig als die Schweizer und wiesen dadurch ein vergleichbares Haushaltseinkommen auf. Um ein vollständiges Bild über die wirtschaftliche Lage der Ausländer zu erhalten, empfiehlt sie eine Analyse der Jahresaufenthalter, Saisoniers und Grenzgänger (Buhmann, 1988, 213).

²² Auch diese statistische Aussage kommentiert Buhmann in den zusammenfassenden Bemerkungen. Sie weist auf die Schwierigkeit hin, die regionalen Preisdifferenzen zu berücksichtigen, die je andere Ergebnisse zur Folge hätten. Generell seien die regionalen Unterschiede „mit und ohne Preisanpassung kaum signifikant“ (ebd., 215).

²³ Siehe hierzu vor allem Schweizerisches Arbeiterhilfswerk (1988) sowie Boddenberg und Schmid (1989).

²⁴ Siehe auch die Übersicht, Stand 1996, in Leu et al. (1997, 158). Armutsstudien liegen vor für die Kantone Tessin (Marazzi, 1986), Neuenburg (Hainard, Nolde, Memminger & Micheloni, 1990), Waadt (Perruchoud-Massy, 1991), Jura (Joliat, 1991), Basel-Stadt (Mäder *et al.*, 1991), St. Gallen (Füglister & Hohl, 1992), Zürich (Dupuis & Rey, 2002; Farago & Füglister, 1992; Rey, 2001), Bern (Ulrich & Binder, 1998), Graubünden (Höpflinger & Hafner, 1996). Weitere kantonsbezogene Angaben zur Armut finden sich in den Sozialberichterstattungen der Städte und Gemeinden, z.B. Rüst (1996; 1998; 2000) sowie in den Studien, die sich auf die Sozialhilfe beziehen (siehe dazu das folgende Kapitel).

Armutsgrenzen (60% bzw. 66% des Durchschnittseinkommens) Basis waren. Würden alle Studien die gleiche Armutsgrenze verwenden, so ergäbe sich nur im Kanton Bern eine Armutsquote über 15% (Leu *et al.*, 1997, 159). Dies führen sie auf das erweiterte Armutskonzept zurück, das bei der Untersuchung zur Anwendung kam. Ansonsten schwanken die Angaben in den Studien zwischen einer Armutsquote von 5% bis 15%.

Im Hinblick auf die Zielsetzung der vorliegenden Arbeit sind zwei Fragenkomplexe, nach denen die kantonalen Armutsstudien ausgewertet werden sollen, zentral: 1) Wie hoch wird der Anteil von Kindern und Jugendlichen an allen Armen in den Armutsstudien geschätzt? Was leisten die Armutsstudien in Bezug auf die Klärung der Übergangsproblematik junger Menschen, insbesondere den Übergang von Schule/Ausbildung in den Beruf? 2) Welche Bedeutung messen die Studien der Regionalisierung von Armutslagen bei? Werden Angaben zur Unterscheidung von städtischen und ländlichen Formen der Armut geliefert?

Die älteste kantonale Untersuchung stammt aus dem Tessin und bezieht sich auf Steuerdaten aus den Jahren 1981 und 1982 (Marazzi, 1986). Gemessen am 50%-Wert des mittleren verfügbaren Einkommens lebten insgesamt 14,4% der Gesamtbevölkerung bzw. 15,7% aller Steuerzahlerinnen und -zahler in finanzieller Armut (also mit einem Einkommen unterhalb 780 Fr. pro Monat). Marazzi hält fest, dass es im Kanton Tessin insbesondere zu Verschuldungen durch Konsumkredite (Zunahme der Verschuldungsfälle im Zeitraum 1977 bis 1982 um rund 59%) und durch zwangsweise Kündigungen infolge unbezahlter Mietzinse kommt (zwei Familien/Personen pro Tag im Jahr 1984). In Bezug auf die regionalen Verteilungsmuster der Armut hält Marazzi fest, dass die „wirtschaftlich benachteiligte Bevölkerung vorwiegend in städtischen und vorstädtischen Verhältnissen“ lebt. Die Studie macht dafür das grosse Missverhältnis von unterprivilegierten zu privilegierten Bevölkerungsteilen, die in der Stadt wohnen, verantwortlich. Zu den Benachteiligten gehören insbesondere ledige Frauen im Alter zwischen 18 und 40 Jahren sowie junge Erwachsene im Alter zwischen 18 und 25 Jahren. Weiter untersucht Marazzi die arme Bevölkerung nach ihrer Stellung im Beruf und errechnet einen Anteil von 43% unselbständiger Erwerbstätiger mit einem Kleineinkommen. Und schliesst, dass auch im Tessin eine beachtliche Zahl von „working poor“ zu beobachten ist. Schliesslich werden Jugendliche und städtische Bewohnerinnen und Bewohner insbesondere in Lugano und Locarno nochmals in der Studie genannt: als Bevölkerungsgruppen mit hohem Armutsrisiko.

Die Armutsstudie des Kantons Neuenburg basiert auf Steuerdaten des Jahres 1988 (Hainard *et al.*, 1990). Hainard *et al.* berechnen die Situation im Kanton für zwei Armutsgrenzen (50% Durchschnittseinkommen: 11'669 Fr. pro Jahr; 66,6% Durchschnittseinkommen: 15'543 Fr./Jahr). In einem zweiten Schritt untersuchen sie qualitative Aspekte der Armut mittels einer Befragung bei sozialen Einrichtungen. Die jungen Erwachsenen (20-29 Jahre) zählen nach den Auswertungen zu denjenigen, die besonders zu den Armen (bei Verwendung der unteren Armutsgrenze) gehören. Zwar relativieren Hainard *et al.* dieses Ergebnis in verschiedener Hinsicht (so seien hier auch Studierende sowie Personen vertreten, die noch zu Hause wohnen), aber auch nach diesen Bereinigungen bleibt für die Autoren die Feststellung, dass „les jeunes actifs forment donc aussi un groupe vulnérable face à la pauvreté (en termes de revenue)“ (ebd., 56). Zu ähnlichen Ergebnisse kommen Hainard *et al.* auch für allein Erziehende und Paare mit mindestens zwei Kindern (bei Verwendung der oberen Armutsgrenze). Bei der regionalen Verteilung armer Personen ergibt sich eine starke Konzentration in den Distrikten mit Agglomerationen, aber auch mit kleinen Gemeinden: Während 9,2% der Gesamtbevölkerung in Gemeinden mit bis zu 999 Einwohnerinnen und Einwohnern lebt, stellen diese Gemeinden 12% der Personen, die unterhalb der unteren Armutsgrenze leben. In den Gemeinden mit mehr als 10'000 Personen leben 50,2% aller Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons, aber 54% der armen Bevölkerung (ebd., 73).

Tabelle 2: Bisherige Armutsstudien im Überblick

Studie und verwendete Armutsgrenze	Armutsgrenze in Franken ^{a)}	Erhebungsjahr	Armutquote	
			Steuereinheiten	Personen
CH: Enderle (1987)				
EL- Einkommensgrenze ^{a)}	7800	1976		2.5
50% Durchschnittseinkommen ^{a)}	10150			4.7
60% Durchschnittseinkommen ^{a)}	12180			6.6
CH: Buhmann/Leu (1988)				
SKOS-Grenze	8936	1982		2.7
50% Medianeinkommen ^{c)}	11954			6.2
EL-Einkommensgrenze (inkl. Mietkostenzuschlag) ^{c)}	13900			9.3
Leyden Poverty Line ^{a)}	14242			10.3
TI: Marazzi (1986)				
50% Durchschnittseinkommen ^{a)}	9450	1982	15.7	14.4
60% Durchschnittseinkommen ^{a)}	11335		26.3	26.8
NE: Hainard et al. (1990)				
50% Durchschnittseinkommen ^{a)}	11669	1987	14.2	
66,6% Durchschnittseinkommen ^{a)}	15543		30.1	
VS: Perruchoud-Massy (1991)				
50% Durchschnittseinkommen ^{b)}	12825	1989/90	14.9	
66,6% Durchschnittseinkommen ^{b)}	16930		25.4	
JU: Joliat (1991)				
50% Durchschnittseinkommen ^{a)}	11053	1989	15.0	10.8
66,6% Durchschnittseinkommen ^{a)}	14737		27.5	23.3
BS: Mäder et al. (1991)				
Bezüger von Prämienbeiträgen		1989		15.0
SG: Füglistaler/Hohl (1992)				
EL-Einkommensgrenze (1987) ^{b)}	12000	1987	5.6	4.4
Bezugsberechtigungsgrenze kantonaler ausserordentlicher EL ^{b)}	15000		9.6	8.3
BE: Ulrich/Binder (1998)				
EL-Einkommensgrenze	16000	1987	16.8	16.2
(inkl. Mietkostenzuschlag) ^{b)}	19800		19.8	17.9
ZH: Farago/Füglistaler (1992)				
EL-Einkommensgrenze (1988) ^{b)}	12800	1988	6.0	5.5
Bezugsberechtigungsgrenze von Gemeindezuschüssen ^{b)}	17430		10.6	9.7
GR: Höpflinger/Hafner (1996)				
Haushalte mit tiefen Einkommen		1990		12
CH: Leu et al. (1997)				
SKOS-Grenze (1992)	11760	1992		5.6
Berechtigungsgrenze für Ergänzungsleistungen	15420			9.8
50% Medianeinkommen	20280			6.6
50% Durchschnittseinkommen	22920			10.3
Leiden Poverty Line	27360			10.1
LU: Sommer et al. (1997)				
SKOS-Grenze	11760	1992		6.8
Berechtigungsgrenze für Ergänzungsleistungen	15420			11.9
50% Medianeinkommen	20280			8.1
50% Durchschnittseinkommen	22920			12.1
ZH: Rey (2001)				
SKOS-Grenze (1999) ^{c)}	11856	1991, 1995, 1999		5.1
SKOS-Grenze (1991) ^{c)}	11760			4.6
Bezugsberechtigung für Ergänzungsleistungen ^{c)}	15084			12.4
Einkommensgrenze 3000.- brutto ^{c)}	36000			1.1
50% Durchschnittseinkommen ^{c)}	22715			4.5
ZH: Dupuis/Rey (2002)				
SKOS-Grenze 2001	12492	1991, 1996, 2001		5.7

Anmerkungen:

a) Äquivalenzeinkommen nach Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen.

b) Mit Berücksichtigung eines Vermögensanteils.

c) Ohne Personen, die älter sind als 60 Jahre; alle Angaben laut telefonischer Bestätigung U. Rey

Quellen: Eigene Fortschreibung, aufbauend auf Farago (1995, 18), Leu et al. (1997, 158) sowie Ulrich & Binder (1998, 160).

Die Studie über Armut im Wallis (Perruchoud-Massy, 1991) verwendet die Steuerdaten aus den Jahren 1987/88 sowie 1989/90 und bereinigt diese u.a. um alle Steuerpflichtigen, die jünger als 20 Jahre sind. Bei ihnen wird unterstellt, dass sie noch zu Hause wohnen bzw. in Ausbildung sind und damit die absoluten Angaben verzerren würden (ebd., 28). Als Armutsquoten werden das „50%-Einkommen“ (50% des verfügbaren Durchschnittseinkommens pro Konsumeinheit; nach OECD) bzw. Zwei-Drittel-Durchschnittseinkommen (Bedürftigkeitschwelle) benutzt. Insgesamt kommt die Studie zu dem Ergebnis, dass 14,9% bzw. (bei Verwendung der Zwei-Drittel-Durchschnittseinkommens-Armutsgrenze) 25,4% der Steuerpflichtigen als arm bezeichnet werden müssen. Trotz des Ausschlusses der unter 20-Jährigen folgert die Untersuchung, dass „die grosse Masse der MitbürgerInnen, die arm leben, aus Jugendlichen besteht.“ Nach der Studie befinden sich fast ein Viertel der Armen in der Altersklasse der bis 25-Jährigen (ebd., 30). Weiterhin identifiziert auch die Walliser Studie eine hohe Zahl von Kindern in einem Haushalt als Armutsrisiko. Bei der Frage der regionalen Unterschiede zeigt die Studie ein unterschiedliches Bild. Einerseits gibt es von den sieben grösseren Städten zwei (Mundis und Visp), die eine kleinere Zahl und fünf, die eine grössere Zahl von Armen aufweist als der Kantonsdurchschnitt (ebd., 44).

Die Studie von Mäder et al. über die Armut im Kanton Basel-Stadt definiert Armut aus Sicht der Betroffenen sowie aus Sicht der Fachinstitutionen. Aufgrund der Auswertung von Krankenkassen-Prämienbeiträgen kommen die Autoren auf ca. 28'500 Personen bzw. 15% der Wohnbevölkerung, die im Kanton Basel armutsbetroffen sind (Mäder *et al.*, 1991, 14), davon mindestens 3400 Kinder. Weitere 19'000 werden als armutsgefährdet eingestuft. Der Situation der Kinder und Jugendlichen wird im Rahmen des Zusammenhangs von Familien und Armut nachgegangen. Demnach sind insbesondere Ein-Eltern-Familien sowie Mütter, die teilzeitig arbeiten, von Armut bedroht (ebd., 33). Die Übergangsproblematik an der Schwelle von der Schule in den Beruf wird nicht direkt diskutiert, wohl aber finden sich Hinweise bei der ausführlichen Bearbeitung der working-poor-Problematik. Berufseinsteigerinnen und -einsteiger in spezifischen Branchen können demnach als Armutsgruppe bzw. armutsgefährdete Gruppe angesehen werden, wenn die Einstiegsgehälter zu gering sind. Dies gilt wiederum insbesondere für junge Frauen. So zeigen Mäder et al., dass diejenigen Berufe, die grösstenteils von Frauen ausgeübt werden (Berufe der Heilbehandlung, der Textilverarbeitung, der Reinigung, der Körperpflege, des Gastgewerbes sowie des Verkaufs) bzw. die Berufe mit den grössten absoluten Zahlen von beschäftigten Frauen (Büropersonal, Verkauf, Kaufmännische Angestellte, Büroangestellte etc.) oftmals auch die niedrigsten Löhne laut Gesamtarbeitsvertrag aufweisen (ebd., 284). Zur regionalen Verteilung der Armut kann die Studie *per definitionem* (im Zentrum steht Basel-Stadt) keine Aussagen machen.

Grundlage der Berechnungen der St. Galler Studie (Füglistaler & Hohl, 1992) sind die Steuerdaten aller steuerpflichtigen Personen (Schweizer und niedergelassene Ausländer) aus dem Jahr 1987/88. Steuerbefreite Personen (insbes. Lehrlinge, Studierende) werden damit nicht berücksichtigt (ebd., 30). Die verwendeten Armutsgrenzen sind: Einkommensgrenze zum Bezug von Ergänzungsleistungen (Fr. 12'000 pro Jahr) sowie die Berechtigungsgrenze zum Bezug kantonaler ausserordentlicher Ergänzungsleistungen (Fr. 15'000 pro Jahr). Ausführungen zur regionalen Verteilung der Armut finden sich in der Studie nur vereinzelt. Auf Bezirksebene wird bei Verwendung letzterer Armutsgrenzen ein Anteil von 11,9% einkommensschwacher Haushalte aller Steuerhaushalte im Bezirk St. Gallen (Stadt St. Gallen und Gemeinde Wittenbach) der höchste Wert errechnet (ebd., 211). Mit 9,2% steht der Bezirk Unter- rheintal an zweiter Stelle und vertritt in etwa das kantonale Mittel (9,6%). Eine leichte Konzentration auf die Stadt scheint ersichtlich, allerdings wird auf spezifischere Auswertungen insbesondere bei dem Vergleich von Risikogruppen verzichtet, „da davon ausgegangen werden darf, dass die einzelnen Personengruppen in allen Regionen in ähnlicher Weise von der

Einkommensschwäche betroffen sind“ (ebd., 216). In Bezug auf eine Altersklassenbetrachtung liefert die Studie indirekte Anhaltspunkte. Bei den Gruppen, die von Armut betroffen sind, werden an erster Stelle die allein Erziehenden genannt (ebd., 239), weiterhin Familien und Personen, die unterstützungspflichtig für Kinder sind (in der Regel geschiedene Männer). Damit haben Kinder und Jugendliche generell eine sehr hohe Priorität bei der Armutsbekämpfung. Insgesamt leben rund 9000 „nicht selbständige Kinder“ in einem Haushalt mit weniger als 15'000 Fr. Äquivalenzeinkommen (ebd., 213).

Gestützt auf Einkommens- und Lebenslagendaten skizzieren Ulrich und Binder (1998) die Situation der Armut im Kanton Bern für das Jahr 1987.²⁵ Sie kommen je nach Armutsgrenze zu einer Armutsquote zwischen 16,8 und 19,8% der Haushalte im Kanton (ebd., 257). Die Studie liefert in Bezug auf die Altersklasse der jungen Erwachsenen wichtige Anhaltspunkte. So stellen die Autoren eine „unerwartet hohe Einkommensschwächequote“ für die 20-29-Jährigen fest (ebd., 217). Begleitet wird diese finanzielle Armut durch Unterversorgungssymptome: schlechte Schul- und Berufsbildung, bescheidene Verfügung über Wohnraum, Entsparen und Verzicht auf Versicherungen (ebd., 275). Die These der „armen, kinderreichen Familie“ bestätigt die Berner Studie nicht: „Es spielt praktisch keine Rolle, ob Kinder zum Haushalt gehören oder nicht, Ehepaare mit oder ohne Kinder tragen annähernd dasselbe - unterdurchschnittliche - Armutsrisiko, allein lebende Frauen mit oder ohne Kinder sind stark überdurchschnittlich gefährdet.“ (Ebd., 353). In Bezug auf die regionale Verteilung der Armut stellt die Studie fest, dass sich einkommensschwache Personen überdurchschnittlich häufig in Gemeinden mit weniger als 2000 Einwohnerinnen und Einwohnern finden. In Zentren mit mehr als 30'000 Einwohnerinnen und Einwohnern entspricht das Einkommensschwächerisiko dem Durchschnittsrisiko der Wohnbevölkerung. Allerdings ist die absolute Zahl der einkommensschwachen Personen in Zentren mit 53'733 fast ähnlich hoch wie die der kleinen Gemeinden: Dort leben insgesamt 58'687 einkommensschwache Personen.

Repräsentativ für alle erwachsenen (d.h. älter als 20 Jahre) sowie fest niedergelassenen Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons Zürich ist die von Farago und Füglistaler (Farago & Füglistaler, 1992) durchgeführte Armutsstudie, die u.a. auf Steuerdaten der Jahre ab 1988 zurückgreift. Auch in dieser Studie werden zweierlei Armutsquoten (Äquivalenzeinkommen von unter 12'800 Fr. pro Jahr bzw. 17'430 Fr./Jahr) verwendet. Die Autoren kommen zu dem Ergebnis, dass im Kanton Zürich rund 63'000 Personen unter der Einkommensschwächegrenze von 12'800 Franken leben. Mit weniger als 17'430 Franken verfügbarem Äquivalenzeinkommen müssen 112'000 Personen auskommen. Die Zürcher Studie schlüsselt einkommensschwache Personen nach Bezirken auf. Die Quote der Stadt Zürich liegt - je nach verwendeter Armutsgrenze - mit 7,9% resp. 14,1% einkommensschwacher Personen an allen erwachsenen niedergelassenen Personen deutlich höher als die Quote in den 11 weiteren Bezirken. Lediglich die Bezirke Bülach und Winterthur weisen mit 6,3% (Äquivalenzeinkommen 12'800 Fr./Jahr) / 10,2% (Äquivalenzeinkommen 17'430 Fr./Jahr) bzw. 4,1% und 9,4% annähernd gleich hohe Quoten auf (ebd., 22). Das höchste Armutsrisiko tragen die allein Erziehenden (ebd., 23), Kinderreichtum wird zudem als einer der wichtigen Gründe für ein tiefes Einkommen auch über eine längere Zeit hinweg genannt (ebd., 30). Damit leistet auch die Zürcher Studie einen Anhaltspunkt für die Bedeutung der Armut unter jungen Menschen. Eine genauere Aufschlüsselung nach Altersklassen liefert die Studie allerdings nicht, die verwendete Klassengrösse der 20-49-Jährigen (63% der Personen mit niedrigem Einkommen gehören in diese Klasse) ist für die Fragestellung der vorliegenden Arbeit zu umfassend. Auch werden keine vertieften Angaben zur Situation von Berufsanfängerinnen und -anfängern gemacht.

²⁵ Eine Kurzfassung findet sich auch in Ammann et al. (1993).

Eine zweite Armutsstudie für den Kanton Zürich legte Rey (2001) vor. Seine Aussagen macht er auf der Grundlage der Aufbereitung von Daten auf Haushaltsebene, die in regelmässigen Abständen im Rahmen der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung SAKE erhoben werden. Einschränkend ist anzumerken, dass in den Daten der SAKE nur Haushalte im erwerbsfähigen Alter zwischen 20 und 60 Jahre berücksichtigt werden. Kinder und Jugendliche sowie (in dieser Armutsstudie erstmals auch) alte Menschen werden also nur als „Beteiligte“ bzw. Mitbetroffene thematisiert. Um zu repräsentativen Aussagen zu gelangen, werden bei Rey die Daten der Jahre 1991, 1995 und 1999 „gepoolt“, was eine erste Analyse der Auswirkungen der 1990er Jahre ermöglichte. Rey verwendet mehrere Armutsquoten, darunter den Richtsatz der Bezugsberechtigung für Sozialhilfe und die Bezugsberechtigung für Ergänzungsleistungen der Alters- und Hinterbliebenenversicherung bzw. der Invalidenversicherung. Rey berechnet auf der Basis der Sozialhilfeansätze für den Kanton Zürich eine Armutsquote von 5,1%, was 48'000 Menschen entspricht (ebd., 23). Würde die Armutsquote auf Basis der Bezugsberechtigung von Ergänzungsleistungen errechnet, würde sich die Zahl der Armen auf 117'000 und die Armutsquote auf 12,4% erhöhen. Es sei nochmals angemerkt, dass bei beiden Angaben Personen über 60 Jahre nicht berücksichtigt sind, die Altersarmut die jeweilige Quote also nochmals erhöhen würde. Im regionalen Vergleich weist Rey auf eine „gewisse Polarität zwischen der Stadt und dem Kanton Zürich“ hin (ebd., 24) und folgert an anderer Stelle, dass in der Stadt Zürich die Risikogruppen Nichterwerbstätige und Arbeitslose deutlich grösser sind. „Aber auch die Wahrscheinlichkeit, innerhalb dieser Gruppe unter die Armutsgrenze zu fallen, scheint in der Grossstadt markant grösser zu sein als auf dem Land.“ (Ebd., 25). Wie bereits in der Studie von Farago und Füglistaler weisen die allein Erziehenden das höchste Armutsrisiko aller Haushaltstypen auf. Hier fallen 15% aller Haushalte unter die Armutsgrenze. Teilzeitarbeit und hohe Wohnkosten werden als verursachend genannt. Darüber hinaus konstatiert Rey, dass sich fast ein Drittel der Paarhaushalte mit Kindern gezwungen sieht, das Erwerbsspensum zu vergrössern. „Das bedeutet, dass sechs von zehn Personen, die mit Armut konfrontiert, d.h. von Armut betroffen oder armutsgefährdet sind, aus Paarhaushalten mit Kindern stammen.“ (Ebd., 30). Genauere Ausführungen finden sich auch für die jungen Erwachsenen. Die 20-24-Jährigen tragen im Kanton ein überdurchschnittliches Armutsrisiko, bedingt durch das Arbeitslosenrisiko beim Berufseinstieg, den niedrigen Anfangslohn und den hohen Anteil der „working poor“ in dieser Altersklasse (ebd., 27). Tendenziell gilt dabei, dass die Stadt Zürich einen hohen Anteil an jungen Erwachsenen ohne eigenes Einkommen aufweist.²⁶

Höpflinger und Hafner legen für den Kanton Graubünden eine Armutsstudie vor, die sich an der Einkommenslage der Bevölkerung orientiert und zu dem Schluss kommt, dass 12% der Bevölkerung als „relativ arm“ zu bezeichnen ist (Höpflinger & Hafner, 1996, 13). Für die Frage der regionalen Verteilung der einkommensschwachen Bevölkerung stellen die Autoren „zwei Formen von Armut“ fest: Die städtisch geprägte Armut in Chur, dem Einzugsgebiet

²⁶ Eine aktualisierte Version der Zürcher Armutsstudie von 1999 legen Dupuis und Rey vor (Dupuis & Rey, 2002). In ihrer Analyse konstatieren sie eine Zunahme resp. Verschärfung der bisherigen Unterschiede. So beträgt die Armutsquote im Jahr 2001 nunmehr für die Stadt Zürich 7,3%, für den übrigen Kanton 5,1%. (ebd., 6) Auch bei der Differenzierung der Armutsgefährdung nach Stadt und Land kommen Dupuis und Rey zum Ergebnis, dass sich in den 1990er Jahren bisherige Tendenzen deutlicher kristallisieren: „Zum einen ist die betroffene Bevölkerungsgruppe in der Stadt Zürich deutlich grösser. Zum anderen besteht die Armutsbevölkerung in der Stadt Zürich zu mehr als 50% aus nicht vollwerbstätigen Armen. Der Anteil der „working poor“ ist kleiner als auf dem Land [...].“ (Ebd., 8). Der Sozialbericht 2001 des Kantons Zürich konzentriert sich auf die Fallzahlen in der Sozialhilfe und stellt auch hier ein Land-Stadt-Gefälle fest. So werden kantonsweit rund 30'000 Personen unterstützt, was einer Sozialhilfequote von 2,4% entspricht. „Rund die Hälfte der Fälle entfallen auf die Stadt Zürich, obwohl hier nur etwas mehr als ein Viertel der Bevölkerung wohnt.“ (Fleury, Fluder, Gerber & Priester, 2003, 2).

und in den touristischen Zentren vereint in erster Linie die Gruppen der allein Erziehenden und Suchtkranken (ebd., 5). In den landwirtschaftlich weniger entwickelten Regionen des Kantons dominiert die Armut unter den Rentnerinnen und Rentnern, Bergbauern und kinderreichen Familien. Die ländliche Armut ist - im Gegensatz zur städtischen - weniger stark mit sozialer Desintegration verbunden (ebd., 6). Zu den Gruppen, die sich in einer sozialen oder wirtschaftlichen Notlage befinden, zählt die Studie allein Erziehende und ihre Kinder, Rentnerinnen und Rentner mit Ergänzungsleistungen, IV-Rentnerinnen ohne Zusatzrente, Arbeitslose mit Angehörigen sowie eine Kategorie „Übrige“ (ebd., 17). Trotzdem die Altersklasse der jungen Erwachsenen hier nicht gesondert auftritt, wird an anderer Stelle bemerkt, dass 1905 Personen zur Finanzierung ihrer Ausbildung auf ein kantonales Stipendium zurückgreifen. Bei der schriftlichen Befragung von Facheinrichtungen der Sozialen Arbeit werden Jugendliche ohne Berufsausbildung als grösste Herausforderung für zukünftige Massnahmen gegen die Armut genannt (ebd., 40).

Ergänzend zur dritten nationalen Armutsstudie (s.u.) führten Sommer et al. (1997) eine Untersuchung im Kanton Luzern durch. Mit Hilfe eines erweiterten Armutskonzeptes, das Ressourcen- und Lebenslagenansatz kombiniert, wurde aus der Grundgesamtheit der ständigen Wohnbevölkerung des Kantons eine 2184 Personen zählende Stichprobe gezogen. Mit 724 dieser Personen wurde zudem ein Interview geführt (ebd., 17ff.). Verwendet werden verschiedene Armutsgrenzen, weshalb sich auch eine Armutsquote zwischen 6,8 und 12,1% ergibt. Bezogen auf die Altersverteilung stellen die Autoren fest, dass die Armutsquote mit steigendem Alter abnimmt und bei den 20-39-Jährigen etwa doppelt so hoch ist, wie bei den Personen ab 60 Jahren (ebd., 33). Zwar explizieren die Autoren die Situation der jungen Erwachsenen nicht (berücksichtigt wurden auch hier nur Personen ab 20 Jahre), sie konstatieren aber für den Kanton Luzern, dass die Herausforderung in der Armutsbekämpfung nicht mehr die Altersarmut ist. Bezogen auf die regionale Verteilung analysieren Sommer et al. eine Konzentration der armen Bevölkerung auf die Agglomerationen und die Städte, und zwar mit einem Verhältnis von zwei Dritteln des Anteils der Armutsbevölkerung in städtischen und einem Drittel in ländlichen Gebieten (ebd., 33). Weiter folgern Sommer et al., dass das Armutsrisiko mit der Kinderzahl steigt, ebenso steigt das Risiko mit dem Verlust des Arbeitsplatzes, Langzeitarbeitslosigkeit und durch Aussteuerung. Gerade junge Familien (beide Elternteile jünger als 30 Jahre) - und hierzu zählen im Kanton Luzern besonders ausländische Familien - gehören zu den Gruppen, die von mehreren Problemen betroffen sind: „Haben die Eltern junger Familien ein niedriges Bildungsniveau, sind sie überdurchschnittlich häufig von drei und mehr Problemen betroffen. So haben rund vier von zehn mit niedriger Bildung drei und mehr Probleme.“ (Ebd., 105)

Im Rahmen des Nationalen Forschungsprogramms „Wandel der Lebensformen und Soziale Sicherheit“ entstand die nach Enderle und Buhmann dritte nationale Armutsstudie der Schweiz durch Leu et al. (1997). Verwendet wurde eine Kombination aus Ressourcenansatz (gemessen durch Steuerdaten) sowie Lebenslagenansatz, für den im Rahmen einer Primärerhebung Daten geliefert wurden. Die Aussagen dieser Studie beziehen sich auf das Jahr 1992. Die dritte nationale Armutsstudie bietet die bisher umfassendste Beschreibung der wirtschaftlichen Lage und der Lebensqualität der Wohnbevölkerung in der Schweiz. Insbesondere ist sie für die ständige Wohnbevölkerung, also auch Ausländerinnen und Ausländer mit Jahresaufenthaltsstatus repräsentativ.²⁷ Für die Frage nach dem Armutsrisiko junger Erwachsener bietet die Studie folgende Anknüpfungspunkte (ebd., 125ff.): 1) Die Armutsquoten der Altersklasse 20-29 Jahre ist mit 8,3% überdurchschnittlich hoch. 2) Auch bei der Armutslücke

²⁷ Weitere Fortschritte in der Untersuchungsanlage gegenüber den bisherigen Studien siehe Leu et al. (1997, 108).

ist das Problem für die jüngeren Altersklassen am gravierendsten. 3) Die Armutsintensität ist in der Klasse der 20-29-Jährigen mit 1,74 überdurchschnittlich hoch und statistisch signifikant.²⁸ 4) Die Altersklasse der 20-29-Jährigen stellt mit 30,6% nach der Altersklasse der 30-39-Jährigen den zweitgrössten Anteil aller Armen. Für die Autoren folgt der Schluss, „dass Armut heute in erster Linie ein Problem der jüngeren und nicht mehr wie früher der älteren Personen ist“ (ebd., 127). Nach dem Erwerbsstatus typisiert, entfällt die höchste Armutsquote (28%), die grösste Armutsücke und die grösste Armutsintensität (10,2) auf Personen in Ausbildung. Ähnliche Ergebnisse gelten bei der Haushaltstypisierung für die allein Erziehenden sowie Paarhaushalte mit Kindern. Die regionale Verteilung der Armut zeigt ihre deutlichsten Unterschiede in den Sprachregionen. Armut in der deutschen Schweiz ist ein wesentlich geringeres Problem als in der Romandie und der italienischen Schweiz (ebd., 135). Allerdings entfällt auf die deutsche Schweiz nahezu die Hälfte der Gesamtarmut des Landes. Nach Gemeindetypen ist die Armutsquote in den suburbanen Gemeinden am niedrigsten, in den agrarisch-peripheren Gemeinden und den touristischen Gemeinden am höchsten. Nach Leu et al. ergeben sich kaum Unterschiede in der Armutsquote bei der Unterscheidung von Stadt und Land. Die Armutsintensität liegt für die Stadt bei 0,89, für das Land bei 1,04. Beide Angaben sind statistisch nicht signifikant. Die prozentuale Verteilung der Armen auf Stadt und Land ergibt einen deutlichen Überhang in Richtung Städten. Dort leben zwei Drittel aller Armen.

Im Anschluss an die Studie von Leu et al. wurden durch das Bundesamt für Statistik mit dem Ziel des Aufbaus einer Armutsberichterstattung Zusatzauswertungen in Auftrag gegeben. Auf die Untersuchung von Streuli und Bauer zur working-poor-Problematik wurde bereits eingegangen (siehe Kapitel 5.1).²⁹ Niklowitz und Suter (2002) gehen der Frage nach, ob es ein bestimmtes Einkommensniveau gibt, bei dem sich Problemlagen kumulieren und ob dieser Punkt mit den offiziellen Armutsgrenzen zusammenfällt. Dazu berechnen sie für verschiedene Einkommenshöhen die aus der nationalen Erhebung verwendeten Angaben zu den Lebensbereichen Gesundheit, Wohnen, Arbeit und soziale Integration. Sie kommen zu dem Schluss, dass schon ab der zweit- bzw. drittobersten Einkommensklasse die Nennungen von Problemlagen wie Episoden der Arbeitslosigkeit, Wohnungsprobleme oder Überbelegung der Wohnung kontinuierlich zunehmen. Gesundheitsprobleme und soziale Isolation finden sich dagegen bei allen Einkommensklassen, ebenso subjektive Problemlagen wie Einsamkeit, Ängste und Niedergeschlagenheit. Die Akkumulation von psychosozialen Problemen findet sich vor allem in den untersten Einkommensklassen (ebd., 22f.). „Es lässt sich damit folgern, dass viele objektive und subjektive Problemlagen bis hoch oben in der Einkommensverteilung festzustellen und dort in nennenswertem Umfang vorhanden sind. Soweit sich Einbrüche bzw. deutliche Problemanstiege feststellen lassen, liegen sie bereits über den mittleren Einkommensklassen.“ (Ebd., 22). Solche Einbrüche zeigen sich laut Niklowitz und Suter besonders in der „Zeit der typischen Familiengründung (30-39 Jahre)“ (ebd., 23).

Ebenfalls von Suter in Zusammenarbeit mit Mathey erfolgte eine zweite Zusatzauswertung zur Wirksamkeit und den Umverteilungseffekten staatlicher Sozialleistungen (Suter & Mathey, 2000; Suter & Mathey, 2002). Diese Studie ist zentral für die Frage nach der regionalen

²⁸ Die Armutsintensität ist die Kombination von Armutsquote, Armutsücke und Ressourcenverteilung in der Armutsbevölkerung. Der Index misst also die Intensität der Armut bei einzelnen Bevölkerungsgruppen relativ zur Gesamtbevölkerung (zum Verfahren siehe Leu *et al.*, 1997, 25).

²⁹ Neben dem Bundesamt für Statistik haben eine Reihe anderer Institutionen der Schweiz das Thema Armut aufgegriffen. Insbesondere die Thematiken „Armut und Arbeit“ sowie „Armut und Familien“ wurden dabei behandelt. So wurden in den letzten Jahren Positionspapiere sowohl von Seiten der Verbände und Hilfswerke wie auch von Seiten einzelner Kantone vorgelegt (Association romande et tessinoise des institutions d'action sociale, 2001; IG Sozialhilfe, 2000; Pro Juventute Schweiz, 2000; Schweizerischer Arbeitgeberverband, 2002; Simonet, Baldin, Comby, Sahbane & Torrent, 2000; Spycher, Nadai & Gerber, 1997).

Verteilung der Armut in der Schweiz. Suter und Mathey modifizieren bisherige Analysekonzepte in zweifacher Hinsicht. Erstens konstruieren sie eine stärker auf die Dichotomie Stadt-Land zugeschnittene Gemeindetypologie.³⁰ Zweitens berücksichtigen sie den Unterschied zwischen Vor- und Nachtransfer-Armut.³¹ Ihre Aussagen kontrastieren sie mit den Ergebnissen der nationalen Armutsstudie. Eine ihrer leitenden Fragestellungen ist, ob die Kernstädte Zürich, Genf, Basel, Bern und Lausanne stärker von der Vortransfer-Armut betroffen sind als andere Gemeindetypen.³² Mit Hilfe der beiden Modifizierungen ergibt sich beispielsweise für die Stadt Zürich nun eine „erheblich“ höhere Armutsquote sowie Armutsücke als im Kantonsgebiet (Suter & Mathey, 2002, 38ff.). Ähnliche Sachlagen zeigen sich für die anderen Deutschschweizer Grosszentren. Damit entsteht eine Diskrepanz zu den Aussagen in der nationalen Armutsstudie, die ja keine bedeutenden Unterschiede zwischen den Armutsquoten in den Zentren und denen in den anderen Gemeinden ausgewiesen hat. Suter und Mathey interpretieren dies wie folgt: Kernstädte haben generell höhere Vortransfer-Armutsquoten als die anderen Gemeindetypen. Gleichzeitig sind sie aber in der Lage, diese Vortransfer-Armut über Umverteilungseffekte derart abzufedern, dass sie in der Messung der Nachtransfer-Armut, wie sie Leu et al. durchgeführt haben, zu durchschnittlichen oder gar unterdurchschnittlichen Armutsquoten gelangen.

„So nimmt in den Deutschschweizer Grosszentren die Armutsquote bezüglich der unteren Armutsschwelle um über 3 Prozentpunkte von 8,3% auf 5% ab. Den Kernstädten gelingt es somit, ihre stark überdurchschnittliche (Vortransfer-) Armut auf ein durchschnittliches Niveau zu senken. Neben den Kernstädten sind auch die Peripheriegemeinden überdurchschnittlich stark von Armut betroffen. Im Unterschied zu den Grosszentren gelingt es jedoch nicht, die Armut in ähnlichem Ausmass zu verringern und zwar unabhängig von ihrer sprachlichen Zugehörigkeit.“ (Suter & Mathey, 2002, 70)

Suter und Mathey weisen abschliessend darauf hin, dass sich ihre Ergebnisse auf Daten des Jahres 1992 stützen. Es sei anzunehmen, dass sich dieser Problemdruck der Kernstädte und Peripheriegemeinden im Laufe der wirtschaftlich stagnierenden und rezessiven 1990er Jahre noch verstärkt habe (ebd., 71).

5.2 Fakten aus Sozialhilfestudien - bekämpfte Armut

Noch Anfang der 1980er Jahre spielte die Sozialhilfe (in der Schweiz bis vor kurzem „Fürsorge“ genannt) als Unterstützungsangebot der armen Bevölkerung eine untergeordnete Rolle. Bluntschi et al. konstatieren, dass die „Bekämpfung der materiellen Armut mit Sicherheit keine vorrangige sozialpolitische Aufgabe“ in der Schweiz sei und die Aufgaben der Sozialhilfe

³⁰ Bei der Gemeindetypisierung unterscheidet das Bundesamt für Statistik folgende Strukturtypen: Zentren, suburbane Gemeinden, periurbane und reiche Gemeinden, ländliche Pendlergemeinden, industriell-tertiäre Gemeinden, agrarisch-gemischte Gemeinden, agrarisch-periphere Gemeinden, touristische Gemeinden (Bundesamt für Statistik, 1994). Für die Zusatzauswertung wurde diese Typisierung modifiziert in die Strukturtypen 1) Grosszentren / Kernstädte, wobei zu den Kernstädten die Städte Zürich, Genf, Basel, Bern und Lausanne gezählt werden, 2) Mittelzentren und Kleinzentren, 3) suburbane und periurbane, reiche Gemeinden, 4) Pendlergemeinden, Peripheriegemeinden (Suter & Mathey, 2002, 38).

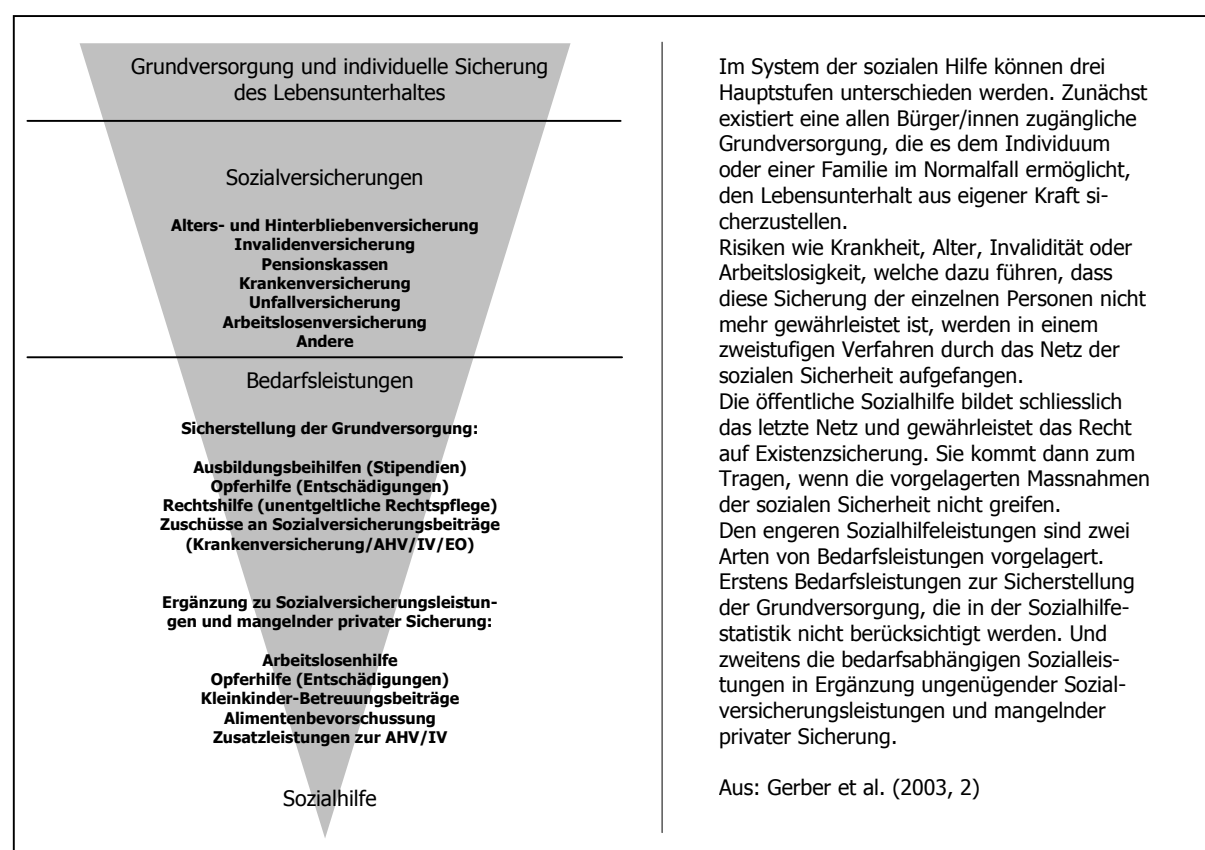
³¹ Unter Vortransfer-Armut wird das Ausmass der Armut verstanden, das sich ohne Steuern und staatliche Transfer- bzw. Unterstützungsleistungen ergibt. Nachtransfer-Armut beschreibt dagegen Personen, die unter Einbezug aller staatlichen und privaten Unterstützungsleistungen noch arm sind. Nach Leu et al. zeigt die Nachtransfer-Armut das aktuelle Ausmass des Armutsproblems, weshalb dieses Konzept auch in der nationalen Armutsstudie zur Anwendung kommt (Leu et al., 1997, 17).

³² Die Unterscheidung in Vortransfer- und Nachtransferarmut hatten bereits Fluder und Stremlow vorgenommen, um den Problemdruck der Städte im Hinblick auf die Sozialhilfeleistungen zu verdeutlichen (Fluder, Nolde, Priester & Wagner, 1999, 278).

die Beratung einzelner Personen sowie Überbrückungshilfe oder Erleichterung bei relativer Bedürftigkeit umfassten (Bluntschli, Höhn, Mönig, Wolfensberger & Hauser, 1980, 9). Heute dagegen gilt die Sozialhilfe als „eigenständige“ (Fluder *et al.*, 1999, 320) oder gar „tragende“ (Wyss, 1999) Säule im System der Sozialen Sicherheit. Das Sozialamt wird zur professionellen Einheit in einer „wirkungsorientierten Verwaltung“ mit einer „Definition von Produkten, Leistungszielen und Indikatoren“ (Maegli, 2002, 6). Verbunden ist damit die „Abkehr von der eher psychozentrierten zur sozialökologischen oder sozialräumlichen Einzelhilfe“ (Woodtly, 2002, 21).

Für diesen institutionellen Wandel des „von behördlicher Seite eingesetzten Mittels zur Verhinderung von Armut“ (Höpflinger & Wyss, 1994, 5) werden insbesondere die Verschlechterungen auf dem Arbeitsmarkt, aber auch der Funktionswandel (und teilweise -ausfall) anderer öffentlicher (wie Arbeitslosenversicherung, Invalidenversicherung) und privater Sicherungssysteme (insbes. die Familie) verantwortlich gemacht. Im Gesamtsystem der sozialen Sicherung hat die Sozialhilfe damit im Bereich der bedarfsabhängigen Sozialleistungen heute als quasi letzte Instanz die allgemeine Sicherung der materiellen und sozialen Existenz zum Ziel und soll Prozessen sozialer Desintegration vorbeugen (vgl. Abbildung 1).³³

Abbildung 1: Modell des Systems der sozialen Sicherheit



³³ Höpflinger und Wyss charakterisieren die Sozialhilfe deshalb als „reintegrative Sicherung“, während die Familie, aber auch die Alters- und Hinterbliebenenversicherung, Arbeitslosenversicherung etc. durch ihre Stellung im Zentrum der Gesellschaft als „integrative Sicherungsinstanz“ bezeichnet werden (Höpflinger & Wyss, 1994, 6).

Die Berechtigungsgrenzen für die Unterstützungsleistungen durch die Sozialhilfe sind durch kantonale Richtlinien geregelt. Die Empfehlungen der Schweizerischen Konferenz für Öffentliche Sozialhilfe SKOS gelten bei der Bestimmung der politischen Armutsgrenze als Orientierung.³⁴

Tabelle 3: Unterstützungsfälle pro 1000 Einwohner im Zeitvergleich 1975-1992

	Kantone				Städte				
	Bern	Genf	Zug	Solothurn	Bern	Biel	Thun	Zürich	St. Gallen
1975	14				23			8	
1976	15				26			9	
1977	15				26			10	12
1978	15				25	18		9	
1979	14				26	18		10	
1980	14			5	26	21		10	11
1981	13	13		5	26	20		11	12
1982	14	12	2	5	26	21	11	14	13
1983	15	12	2	6	28	24		16	14
1984	16	11	2	6	31	23		17	15
1985	17	12	2	6	32	25	15	18	15
1986	16	12	2	6	32	25	15	20	15
1987	16	12	2	6	33	26	17	20	15
1988	17	12	2	5	31	29	17	20	16
1989	17	11	2	6	33	24	19	20	16
1990	16	11	2	6	32	25	19	21	17
1991	18	12	3	7	36			22	
1992		14						24	

aus: Höpfinger und Wyss (1994, 136).

Anmerkungen:

Kanton Bern: Unterstützte Personen/Familien inkl. Asylbewerber, aber ohne Zuschussempfänger.

Kanton Genf.: Hospice Général: Dossiers d'assistance, ohne Asylbewerber.

Kanton Zug: Unterstützungsfälle der Einwohnergemeinden (ohne Ortsbürger). Mit Ortsbürgern 1989: 3 Fälle auf 1000 Einw.

Kanton Solothurn: Unterstützungsfälle ohne Asylbewerber.

Stadt Bern: Unterstützte Personen/Familien inkl. Asylbewerber, ohne Zuschussempfänger.

Stadt Biel: Unterstützte Personen/Familien inkl. Asylbewerber, ohne Zuschussempfänger.

Stadt Thun: Unterstützte Personen/Familien ohne Asylbewerber, ohne Zuschussempfänger.

Stadt Zürich: Unterstützungsfälle in Zürcher Wohnbevölkerung.

Stadt St.Gallen: Unterstützungsfälle ohne Asylbewerber.

Höpfinger und Wyss (1994) verglichen die Entwicklung der Unterstützungsfälle von 1975 bis 1992 in den Kantonen Bern, Genf, Zug und Solothurn sowie den Städten Bern, Biel, Thun,

³⁴ Im Bundesgesetz über die Zuständigkeit für die Unterstützung Bedürftiger vom 24.6.1977 (ZUG) ist festgelegt, dass die öffentliche Sozialhilfe in der Schweiz kantonale zu regeln ist. Somit hat sich in den Jahren eine Reihe von verschiedenen Systemen etabliert, die sich hinsichtlich ihrer Art der Hilfe sowie der Organisationsform deutlich unterscheiden können. Eine Typologie findet sich in Höpfinger und Wyss (1994), aktuelle Angaben zur Praxis in den Kantonen in Wyss (1999). Zur Ausgestaltung innerhalb der Kantone nach Gemeinden liegen nur vereinzelt Angaben vor, so z.B. für die Gemeinden des Kantons Bern (Blanchard-Zingg, Müller & Simmler, 1995), Thurgau (Wyss & Höpfinger, 1993), Basel-Landschaft (Steiner, 2000). Um eine einheitliche Ausgestaltung der Sozialhilfeleistungen in der Schweiz zu empfehlen, hat sich mit der Schweizerischen Konferenz der öffentlichen Sozialhilfe SKOS (bis 1996 Schweizerische Konferenz für Öffentliche Fürsorge SKÖF genannt) ein Verein mit Sitz in Bern gegründet. Ihm gehören rund 1000 Organe der öffentlichen Sozialhilfe an, deren Interessen sie vertritt. Wichtigstes Steuerungsinstrument der Sozialhilfe sind die von der SKOS ausgearbeiteten Richtlinien zur Bemessung der Unterstützungsleistungen. Diese haben empfehlenden Charakter. Eine Reihe von Kantonen haben diese Empfehlungen vollständig oder nahezu vollständig in ihre Richtlinien übernommen, andere wie z.B. der Kanton Aargau haben eigene Richtlinien entwickelt; zum Stand der Bemessung der Unterstützungsleistungen (Fluder *et al.*, 1999, 145).

Zürich und St. Gallen, und kamen zu dem Ergebnis, dass es „enorme“ Land-Stadt-Unterschiede gibt (ebd., 137).³⁵

Insbesondere in den Kernstädten Bern und Zürich haben sich die Fallzahlen im untersuchten Zeitraum teilweise verdreifacht (siehe Tabelle 3).³⁶ Lediglich der Stadtkanton Genf zeigte keine solche Entwicklung auf, was die Autoren damit begründen, „dass der Anstieg der Problemfälle in diesem Kanton durch eine ausgebauten Wohlfahrtspolitik absorbiert wurde (wodurch die Zahl der Fürsorgefälle im engeren Sinne begrenzt blieb)“ (ebd., 137). Offen bleibt für Höpflinger und Wyss die Frage, ob sich die Prozesse der Desintegration mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung auch in den Mittelstädten und kleineren Gemeinden zeigen, ob also die Städte eine Vorreiterrolle sozialer Entwicklung haben.

Für Fluder und Stremlow, die eine gesamtschweizerische Gemeindebefragung zur Thematik der Bedürftigkeit durchführten, zeigt sich sowohl eine Vorreiterrolle der Städte als auch die „nachholende Entwicklung“ der Gemeinden. (Fluder & Stremlow, 1999) Generell wuchsen die Unterstützungsquoten im Untersuchungszeitraum 1984 bis 1993 im Landesdurchschnitt um 158%, allerdings mit Unterschieden in Abhängigkeit von der Gemeindegrösse: Während die Sozialhilfefälle in Gemeinden ab 10'000 Einwohnerinnen und Einwohnern um durchschnittlich 84% stieg, nahm sie in den mittleren Gemeinden (2000 - 10'000 Einwohnerinnen und Einwohner) um 282% zu (ebd., 161). Weiter zeigen Fluder und Stremlow, dass die Fallzahlen - ähnlich wie die der Arbeitslosen - in wirtschaftlich stabileren Zeiten sich durchaus nicht wieder auf den jeweils vorherigen Stand zurückführen liessen („Sockelsozialhilfeabhängigkeit“). Nicht nur bei den Unterstützungsquoten tragen die Zentrumsgemeinden die grössten Anteile. Auch nach den Indikatoren „Belastungsintensität“, „Leistungsgrenzen“, „Problemdruck“ sowie „Wandel der Aufgabenbelastung“ kommen die Autoren zu dem Ergebnis, dass „mit der Zentralität einer Gemeinde [...] die Probleme im Sozialwesen erheblich zunehmen“ (ebd., 276). Bedingt ist dieser Problemdruck auch durch die - sozialpolitisch durchaus erfreulich - hohe „Ausschöpfungsquote“ bei den Berechtigten. Mit rund 50% ist sie in Städten wesentlich grösser als in den übrigen Gemeinden, d.h. in städtischen Zentren ist die Dunkelziffer der bekämpften Armut weit geringer als im Schweizer Durchschnitt (ebd., 281), der „Bittgang“ (Mäder, 1990) zum Sozialamt wird in städtischem Umfeld als weniger belastend empfunden.³⁷

Dabei haben die Städte und Kantone durchaus einen Einfluss auf die „Attraktivität“ der Sozialhilfeleistungen, wie Wyss und Knupfer in ihrer Studie zur Existenzsicherung im Förderalismus der Schweiz aufzeigen (Wyss & Knupfer, 2003). Anhand dreier Fallbeispiele (allein erziehende Frau mit einem Kind, Familie mit zwei Kindern, allein stehender Mann mit Alimentenverpflichtung) zeigen sie auf, wie unterschiedlich sich die finanziellen Handlungsspielräume in den 26 Kantonshauptstädten der Schweiz gestalten. So reduziert sich das Brut-

³⁵ Allerdings stehen dem Vorhaben, die Sozialhilfestatistiken der Schweiz zu vergleichen, verschiedene Schwierigkeiten entgegen. Derzeit gibt es in der Schweiz keine Institution, die diese Zahlen koordiniert sammelt und aufbereitet. Zweitens fehlt eine einheitliche Sozialhilfestatistik, aus der heraus sozioökonomische und soziokulturelle Beschreibungen der Klientinnen und Klienten möglich wären. Ähnliche Probleme stellen sich bei der Analyse der Daten auf Kantons- und Gemeinde-/Stadtebene, wo Statistiken für Zeitreihenanalysen nur bedingt vorhanden sind. Ein Vorschlag zur Vereinheitlichung der Sozialhilfestatistik bietet Rüst (1994).

³⁶ Dies gilt ebenso für den Kanton Basel-Stadt, der von Höpflinger und Wyss nicht berücksichtigt wurde, dessen Fallzahlenentwicklung im empirischen Teil dieser Arbeit dargestellt wird.

³⁷ Die Berechnung der Dunkelziffer unterscheidet sich je nach verwendeter Armutsgrenze sowie dem, was als bedarfsgerechte Unterstützungsleistung definiert wird. Rechsteiner (1998, 51) z.B. geht von einer Dunkelziffer in Höhe von 66% aus. Höpflinger und Wyss (1994, 183) berechnen z.B. für die Stadt Zürich eine Dunkelziffer von 70% (gegenüber 80% in den übrigen Gemeinden). Ulrich und Binder (1998, 357) berechnen für den Kanton Bern eine Dunkelziffer von mindestens 75%.

toeinkommen der allein erziehenden Mutter (unter Annahme eines jährlichen Erwerbseinkommens von netto 40'300 Fr.) je nach Wohnstandort z.B. aufgrund der Steuerbelastung um 295 Fr. im Kanton Zug und 3016 Fr. im Kanton Neuenburg. Wyss und Knupfer berechnen unter Berücksichtigung aller Kosten wie Steuer, Miete, Krankenversicherung, Kinderkrippe etc., dass die allein erziehende Frau im besten Fall ein verfügbares Jahreseinkommen von 36'290 Franken erreichen kann, im schlechtesten Fall sich ein Betrag von 14'531 Franken ergibt, was einer jährlichen Differenz von 21'759 Franken entspricht (ebd., 148). „Im besten Fall verbleiben der Frau 90,1% des Ausgangseinkommens, im schlechtesten Fall 36,1%.“ (Knöpfel, 2003, 16). Das heisst, dass in der Schweiz der Wohnort mitentscheidet über die Frage, ob eine Person unter die finanzielle Armutsgrenze gerät. Mit Hilfe einer Sensitivitätsanalyse ermitteln Wyss und Knupfer eine Rangfolge der schweizerischen Kantonshauptstädte, wobei Rang 1 von der Stadt besetzt wird, die das höchste verfügbare Einkommen belässt, wogegen in der Stadt mit Rang 26 das geringste verfügbare Einkommen verbleibt (Tabelle 4).

Tabelle 4: Ranking der schweizerischen Kantonshauptstädte nach verfügbarem Einkommen

	Fall 1:	Fall 2:	Fall 3:		
	Allein erziehende Frau mit einem Kind Nettolohn: 40'300 Fr./Jahr	Familie mit 2 Kindern, ohne Zusatzverdienst der Frau Nettolohn: Fr. 46'800 /Jahr	Alleinstehender Mann mit Alimentenverpflichtungen Nettolohn: Fr. 45'500 /Jahr		
	Fr./Jahr	Fr./Jahr	Rang	Fr./Jahr	Rang
Sitten (VS)	36'290	35'367	3	12'706	6
Zug (ZG)	33'544	30'558	13	12'848	25
Bellinzona (TI)	30'094	38'241	1	14'986	16
Genf (GE)	29'959	36'729	2	17'126	4
Altdorf (UR)	28'509	32'061	8	17'112	5
Solothurn (SO)	28'084	30'241	15	15'442	11
Bern (BE)	28'061	28'132	22	14'488	20
Herisau (AR)	27'717	32'816	5	15'886	8
Appenzell (AI)	27'561	31'840	9	18'751	1
Lausanne (VD)	27'310	29'037	18	15'356	12
Delsberg (JU)	27'170	32'073	7	17'938	3
Frauenfeld (TG)	27'102	30'503	14	15'153	14
Glarus (GL)	27'063	32'317	6	11'545	7
Aarau (AG)	26'800	29'593	16	14'867	18
Luzern (LU)	26'784	30'562	12	14'177	22
Chur (GR)	25'806	29'129	17	14'368	21
St. Gallen (SG)	25'317	30'574	11	15'133	15
Zürich (ZH)	24'986	23'658	26	12'422	26
Neuenburg (NE)	23'408	32'953	4	18'652	2
Fribourg (FR)	23'388	27'919	23	14'153	23
Schwyz (SZ)	23'285	28'975	19	14'618	19
Schaffhausen (SH)	22'961	30'595	10	14'947	17
Liestal (BL)	22'636	26'456	24	15'179	13
Basel (BS)	20'514	25'797	25	13'776	24
Sarnen (OW)	15'449	28'405	21	15'469	10
Stans (NW)	14'531	28'820	20	15'666	9

Quelle: Wyss und Knupfer (Wyss & Knupfer, 2003, 145ff.)

Für Basel (siehe das spätere Fallbeispiel) zeigt sich einerseits, dass in allen drei Rechenmodellen ein Platz am Ende der Rankingskala erreicht wird. Allein erziehende Mütter, Familien mit Kindern oder Alimentenverpflichtung: In Basel führen hohe Kosten (insbes. bei der Miete) zu deutlich geringerem verfügbarem Einkommen als in anderen Städten. Insbesondere für den Niedriglohnbereich ergeben sich andererseits weitreichende Konsequenzen, weil kleine Schwankungen - Wyss und Knupfer sprechen von bereits 500 Franken - im Einkommen Auswirkungen auf die Gewährung einzelner Transfers und damit das verfügbare Einkommen haben (ebd., 210). Bei weiteren Berechnungen hat sich zudem gezeigt, dass es in Basel als einer der wenigen Städte insgesamt zu einem sehr geringen Zuwachs des verfügbaren Ein-

kommens kommt, d.h. dass „es eigentlich keine materiellen Anreize gibt, ein kleines Teilzeitpensum aufzunehmen“ (ebd., 212).

Diese Eigenbeteiligung der Kantone an der Reproduktion von Armutgruppen und Sozialhilfeklientinnen und -klienten, haben Kantone und Städte in der Romandie in den letzten Jahren vermehrt als Forschungsgegenstand definiert (siehe z.B. Institut du Federalisme Fribourg Suisse, 1996). Dass dabei die jeweiligen Sozialhilfesysteme und Unterstützungsmodelle - wie soeben ausgeführt - stark voneinander abweichen, macht einen interkantonalen Vergleich selbst innerhalb einer Sprachregion schwierig (siehe dazu ausführlicher Cunha, 2002; Knupfer, 2003; Tecklenburg, 1997; Tecklenburg, 1999; Wyss, 2000). Einen aktuellen Stand der Fallzahlen in der Sozialhilfe in den sechs Kantonen der Romandie geben Keller und Tabin (2002). Gemessen an der Zahl der unterstützten Dossiers (in einem Dossier können mehrere Personen enthalten sein) zeigt sich eine vergleichbar zunehmende Entwicklung, wie sie Höpflinger und Wyss für die 1980er und früher 1990er Jahre festgestellt haben (s.o.): In der Romandie nahm die Anzahl der Dossiers von rund 15'000 im Jahre 1995 auf 25'000 im Jahre 1999 zu (Tabelle 5); das entspricht einer Steigerung um mehr als 66% innerhalb von fünf Jahren.

Tabelle 5: Unterstützungsdossiers in den Kantonen der Romandie im Zeitvergleich 1995-1999

Kanton	Bevölkerung zum 31.12.2000	Anzahl Dossiers im Jahr				
		1995	1996	1997	1998	1999
Jura ¹	68'000	664	618	714	725	k.A.
Fribourg ²	236'300	k.A.	2486	2842	3484	3885
Genève ³	408'000	3534	3417	3811	4764	5540
Vaud ⁴	620'300	8252	9348	10'683	10'457	10'081
Neuchâtel ⁵	165'700	2942	3192	3319	3562	3985
Valais ⁶	276'200	k.A.	k.A.	1207	1763	2077
Gesamt	1'774'500	15'392	19'061	22'576	24'755	25'568

Zusammengestellt aus Keller und Tabin (2002).

Anmerkungen: ¹ Dossiers d'aide financière, inkl. dossiers d'aide sociale und dossiers d'allocations spéciales décompte par commune. ² Dossiers d'aide matérielle. ³ Dossiers financiers (assistance). ⁴ Dossiers l'aide sociale vaudoise (ohne dossiers Revenu minimum de réinsertion). ⁵ Dossiers d'aide financière actifs. ⁶ Dossiers d'aide financière actifs.

Dabei kommt es zu markanten Unterschieden innerhalb der Kantone. Im Kanton Jura beispielsweise steht einer deutlichen Zunahme im Distrikt Delémont eine Abnahme im Distrikt Porrentruy gegenüber (Keller & Tabin, 2002, 108). Ähnliche Distriktpolarisierungen arbeiten Keller und Tabin für die Kantone Wallis und Waadt heraus.

Neben der Übersichtsarbeit von Keller und Tabin sind in den vergangenen Jahren verschiedene regionale Studien erschienen, die sich auf einzelne Zielgruppen konzentrieren.

- Vez legt eine Studie über die Lage der allein Erziehenden im Kanton Wallis vor und folgert: „L'analyse des données statistiques du Service d'action sociale tend à montrer que les familles monoparentales sont particulièrement vulnérables aux process de précarisation.“ (Vez, 2000, 90) Die prekäre Lage der zumeist zwischen 20 und 49 Jahre alten Frauen mit mehrheitlich Schweizer Nationalität in den drei Städten Sion, Martigny und Monthey (ebd., 38ff.) bezeichnet Vez als „un non-choix“ (ebd., 81), das zumeist durch ungenügendes Einkommen, Ende der Arbeitslosentaggelder oder die Trennung vom Mann ausgelöst werden. Vez präzisiert damit die Studie von Perruchoud-Massy (1991), indem sie auf die Konzentration allein erziehender Frauen in den städtischen Regionen des Wallis hinweist.
- Bolzmann et al. (2002) zentrieren ihre Untersuchung auf die ausländischen Bezieherinnen und Bezieher von Sozialhilfe in den Kantonen Genf und Waadt und diskutieren die Auswirkungen des Bundesgesetzes über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer (ANAG). Demnach wird in den Kantonen sozialhilfeabhängigen Ausländerinnen und Ausländern ab einer bestimmten Bezugsdauer und Bezugshöhe mit der Ausweisung gedroht, falls sich die Situation nicht ändert. In den Städten scheint dies ab einem Betrag von

80'000 Fr. oder einer fünfjährigen Abhängigkeit von der Sozialhilfe der Fall zu sein (ebd., 145, dieses Vorgehen wird sich auch im Beispiel der Stadt Basel zeigen). Dieses Ausweiserisiko ist eines von mehreren, die Bolzman et al. bei Ausländerinnen und Ausländern konstatieren; hinzu tritt die relativ hohe Wahrscheinlichkeit der Invalidität: 40% aller erwerbstätigen Ausländerinnen und Ausländer im Alter zwischen 45 und 65 Jahren scheiden aus Gründen der Invalidität aus dem Arbeitsmarkt aus (ebd., 143). Zusammen mit der - bereits aus anderen Studien bekannten - höheren Wahrscheinlichkeit der Arbeitslosigkeit folgern Bolzman et al.:

„Commes les situations de précarité, voire de pauvreté, touchent plus souvent les étrangers, il n'est guère étonnant qu'ils doivent plus souvent recourir à l'aide sociale. Commes nous l'avons vu, par l'Hospice général est de 3,4% alors que celui des Suisse est de 1,8%; dans le canton Vaud, ces proportions sont respectivement de 4,6% et de 1,9% en 2000.“ (Bolzman *et al.*, 2002, 144)

- Fragnière et al. (2001) legen eine Studie über die jungen Erwachsenen in schwierigen Lebensumständen (*jeunes adultes en difficulté*) im Bezirk Broye des Kantons Waadt vor. Am Beispiel von 18 biographischen Interviews entwickeln sie eine Typologie ihrer Soziabilität. „L'hypothèse est que non seulement la sociabilité participe à la construction de la réalité d'un individu, mais qu'elle représente également un levier d'action primordial dans les stratégies de soutien.“ (Fragnière *et al.*, 2001, 11) Demnach zeigen sich fünf Gruppen von jungen Erwachsenen: Eine erste Gruppe lebt in den Vorstädten und zeichnet sich durch ihre schlechte Bildung, ihre Arbeitslosigkeit und einen schlechten Gesundheitszustand, oftmals sogar Drogen- oder Alkoholabhängigkeit aus („les zonards“). Sie identifizieren sich als Vorstadtbewohnerinnen und -bewohner und grenzen sich zu der Stadt aktiv ab. Eine zweite Gruppe („les soumis“) vereint junge Erwachsene, die sich angepasst haben; sie nehmen, was sie erhalten, sind eher konformistisch. Damit verbunden ist die Schwierigkeit, sich in die Gesellschaft zu integrieren; viel wichtigere Bezugspunkte bieten die Familie und die Bekannten in der Umgebung. In einer dritten Gruppe („les parachuté(e)s“) finden sich junge Immigrantinnen, deren rechtliche und arbeitsmarktliche Position zwar Möglichkeiten der Selbständigkeit eröffnet, die dafür aber „einen hohen Preis“ bezahlen. Sie sind aus eigener Entscheidung in die Städte gekommen, um den Problemen im Heimatland zu entkommen. „Les candidats“ zeigen Probleme im Bildungssegment und bei der Berufseinmündung. Dennoch sind sie auf einem Weg, der ihnen eine Integration in die Gesellschaft eröffnen könnte. Sie nutzen die Unterstützung, die sie erhalten (auch von Seiten der Sozialhilfe) und versuchen, entsprechende Veränderungsprozesse zu gestalten. Die fünfte Gruppe dagegen hat bereits viel weniger Handlungsspielraum: „Les assisté(e)s“, das sind bereits ältere - durchschnittlich 30-Jährige - junge Erwachsene, die schon seit längerer Zeit von der Sozialhilfe unterstützt werden. Ihre Optionen auf Verbesserungen sind gering, wären viele Jahre zuvor vielleicht noch möglich gewesen, wenn sie entsprechend begleitet worden wären. Letzlich werden aus dieser Gruppe die Langzeitsozialhilfefälle rekruiert. Die meisten der 18 interviewten jungen Erwachsenen wanderten in den vergangenen Jahren in die Städte, insbesondere nach Lausanne ab, weshalb Fragnière et al. von einer „sociabilité urbaine“ (ebd., 23) sprechen. Deren zentrales Merkmal ist die Verdichtung des Differenzierungsprozesses: in der Stadt ist dieser noch diversifizierter, selektiver und disperser. Oftmals finden die jungen Erwachsenen dort Verhältnisse vor, die sich wiederum negativ auf ihre Lage auswirken und damit eher zur weiteren Prekarisierung beitragen als zur Stabilisierung.
- Die gleiche Zielgruppe der jungen Erwachsenen in schwierigen Lebensumständen (*jeunes adultes en difficulté*) im Kanton Waadt untersucht Regamey (2001). Ihre quantitative Studie liefert für die vorliegende Fragestellung wichtige Hinweise. Im Stadt-Land-Vergleich zeigt sich, dass die jungen Erwachsenen (18-25 Jahre) in der städtischen Sozialhilfe (*l'aide*

sociale vaudiose) überrepräsentiert sind: Sie stellen 696 der insgesamt 3963 städtischen Dossierträger/innen im Jahre 2000, im Gegensatz zu 883 der 6705 Dossierträger/innen im Kanton (ohne Lausanne). Damit beträgt der Anteil der jungen Erwachsenen in Lausanne an allen Sozialhilfebezüger/innen 17,6% im Gegensatz zu 13,2% im übrigen Kanton. Das Verhältnis zwischen jungen Schweizer/innen und jungen Ausländer/innen in der Sozialhilfe entspricht weitgehend den jeweiligen Gesamtbevölkerungszahlen in der Stadt und auf dem Land. Die ausländischen Bezieher/innen dagegen werden dominiert von Personen aus den neuen Herkunftsländern. Die Arbeitslosigkeit ist in knapp der Hälfte aller Fälle der wichtigste Grund des Sozialhilfebezugs (ebd., 48ff.). Eine ähnliche Tendenz gibt es auch bei der Gruppe der jungen Erwachsenen, die im Programm des „Revenu minimum de réinsertion“ teilnehmen. Die „jeunes Lausannois“ sind leicht überrepräsentiert, wobei diese sich wiederum überproportional aus Ausländerinnen und Ausländern (insbes. den Staaten des frankophonen Afrika) zusammensetzen. Regamey stellt bei ihrer qualitativen Analyse zudem eine Diskrepanz zwischen den Erwartungen der Sozialhilfe und denen der jungen Erwachsenen fest:

„Les jeunes adultes bénéficiaires des prestations financières de l'ASV [Aide Sociale Vaudoise, Anm. M.D.] ont l'assurance de la couverture de leurs besoins essentiels, mais leur problème d'absence d'accès à la formation ne trouve aucune solution.“
(Regamey, 2001, 76)

Bei der Frage, welche Probleme für die jungen Erwachsenen in der Sozialhilfe am drängendsten sind, zeigen sich in der Untersuchung interessante Unterschiede zwischen den Geschlechtern (ebd., 114). So haben mehr Frauen als Männer als Problem angegeben: „Tristesse, déprime“ (55,5%/35,1%), „problèmes, difficultés de sommeil“ (44,4/35,1), „tentations suicidaires“ (15,6/10,8). Dagegen haben Männer häufiger als Frauen folgende Probleme angegeben: „Problèmes liés à l'école ou au travail“ (43,2%/26,7%), „problèmes d'agressivité, de violence“ (18,9/15,6), „problèmes liés à l'usage du tabac“ (29,7/8,9), „problèmes avec la justice ou la police“ (16,2/2,2), „problèmes liés à l'usage de drogues“ (10,8/2,2), „problèmes liés à l'usage d'alcool“ (10,8/0,0). Die jungen Erwachsenen in der Sozialhilfe zeichnen sich insgesamt durch eine multifaktorielle Belastung aus, 74,2% der Personen müssen bis zu drei Problemlagen bewältigen, wobei die Finanzen und die Wohnfrage die am häufigsten genannten sind (ebd., 118). Auch Regamey stellt eine Verschärfung der Situation in der Stadt Lausanne fest und macht zudem auf einen Nachteil aufmerksam, der aus der Dichte der in Lausanne vorhandenen sozialen Institutionen resultiert: In vielen Fällen würden die jungen Erwachsenen von einer Institution zur anderen gereicht („ping-pong entre les services“), ohne dass es dabei zu raschen und konkreten Veränderungsprozessen komme (ebd., 151).

Das steigende Sozialhilferisiko in den Städten der Schweiz nahm die Städteinitiative „Ja zur sozialen Sicherheit“ zum Anlass eines Kennzahlenvergleichs (Consens, 2000; Consens, 2001; Consens, 2002).³⁸ Der Zeitreihenvergleich von 1999 bis 2001 ergibt noch kein einheitliches Bild:³⁹ So ist die Zahl der sozialhilfebeziehenden Personen in einigen Städten gefallen, in

³⁸ Die Städteinitiative „Ja zur sozialen Sicherheit“ ist der Zusammenschluss der Sozialvorstände von 40 Schweizer Städten (Stand: 2002). Die Kennzahlen wurden erstmals für das Jahr 1999 erhoben, seither erfolgt eine jährliche Fortschreibung. Heute können die Daten des Kennzahlenberichtes wegen der zahlreichen abweichenden Erfassungsformen und Erhebungsmethoden in den einzelnen Sozialhilfeämtern nur zur ungefähren Einschätzung der Lage verwendet werden.

³⁹ An dieser Stelle wird der Kennzahlenvergleich des Jahres 2002 angeführt, da in diesem Jahr auch Lausanne teilgenommen hat. Im Bezugsjahr 2003 nahm keine Stadt aus der Romandie teil.

anderen dagegen gestiegen. Insgesamt bewegt sich die Sozialhilfedichte⁴⁰ im Durchschnitt bei 47 Personen pro 1000 Einwohner/innen. Die höchsten Dichten weisen Lausanne (54), St. Gallen (51) und Basel (50) auf, die niedrigste Dichte Winterthur (40). In allen Städten ist die Zunahme der Fallzahlen gegenüber der Untersuchung von Höpflinger und Wyss (vgl. Tabelle 3) markant.

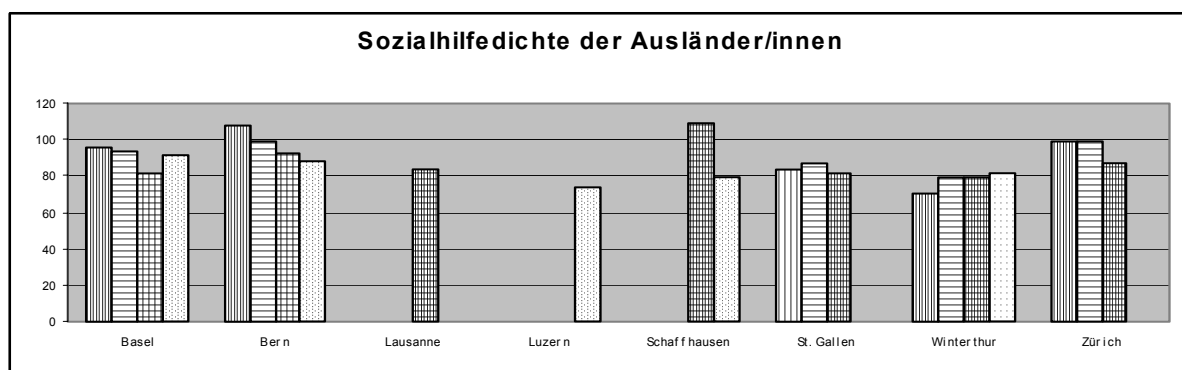
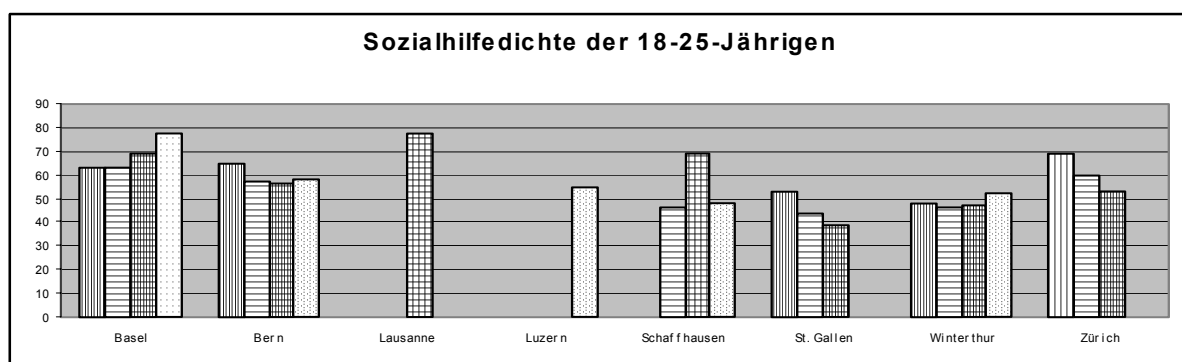
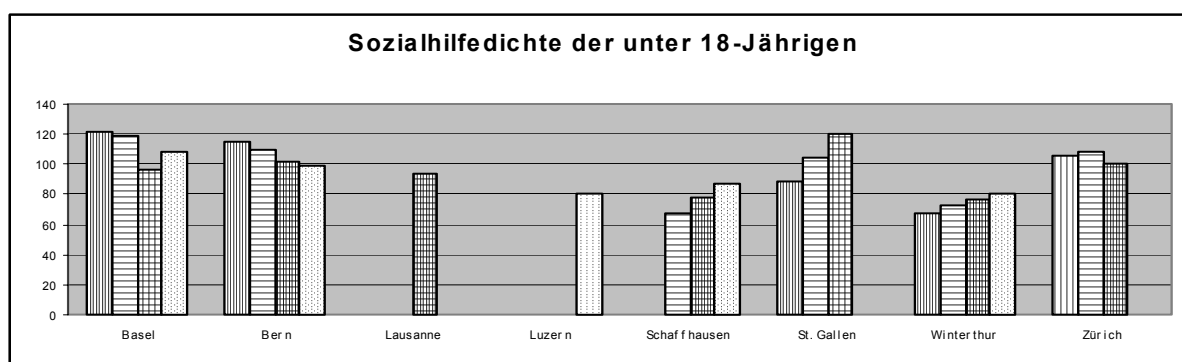
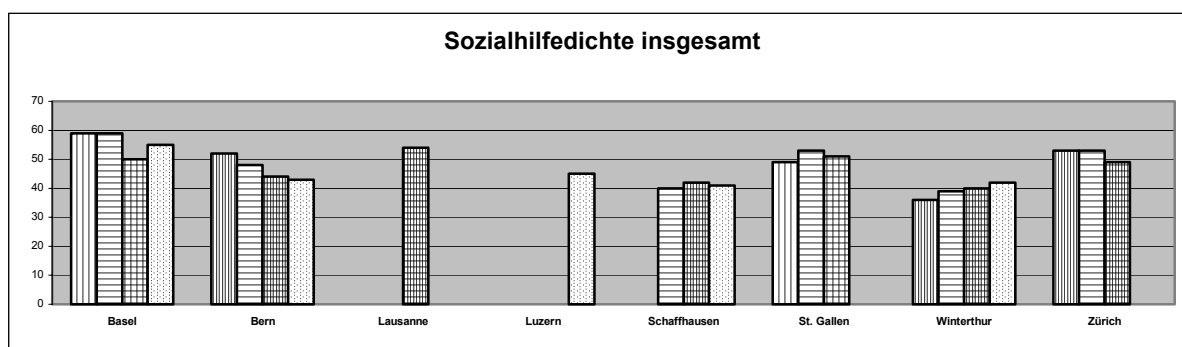
Und auch die Struktur der Sozialhilfe beziehenden Personen hat sich geändert. Kinder und Jugendliche sowie junge Erwachsene (18-24 Jahre) stellen mit einer Dichte von 95 bzw. 59 (Durchschnitt aller: 47) die Altersgruppen mit den höchsten Sozialhilfedichten. „Die Jungerwachsenen sind also weiterhin stärker als andere Gruppen vom Risiko der Sozialhilfeabhängigkeit betroffen.“ (Consens, 2002, 22). Betrachtet nach Geschlecht haben Frauen ohne Schweizer Staatsbürgerschaft die höchsten Dichten, systematisiert nach der Staatsbürgerschaft weisen Ausländerinnen und Ausländer insgesamt eine bis zu fünfmal so grosse Dichte auf wie der Durchschnitt aller (ebd., 24). Bei der Auswertung nach Haushaltstyp dominieren die Ein-Personen-Haushalte mit einem durchschnittlichen Anteil von 58% an allen Fällen, darunter ein hoher Anteil allein Erziehender.

Diese Entwicklung hat sich auch im Betrachtungszeitraum des Jahres 2002 nochmals gezeigt (vgl. Consens, 2003). So ist die Zahl der Sozialhilfebeziehenden und -bezieher in Basel, Frauenfeld, Winterthur und Zürich gestiegen und Basel hat mit 55 Fällen pro 1000 Einwohner/innen nunmehr die höchste Sozialhilfedichte aller am Kennzahlenvergleich teilnehmenden Städte (vor Zürich mit 51 Fällen). Zudem ist die durchschnittliche Sozialhilfedichte der Kinder und Jugendlichen bis 18 Jahre mit 8,4% weiterhin doppelt so hoch wie die durchschnittliche Dichte alle Beziehenden und Bezieher (4,2%). Die Altersklasse der Jungerwachsenen bleibt „weiterhin problematisch“ und die Autoren legen auf diese Altersgruppe besonderes Gewicht: „Die Sorge um diese Gruppe ist deshalb so dringlich, da sich hier entscheidet, ob sich die Abhängigkeit von der Sozialhilfe verfestigt oder ob die nachhaltige Lösung gelingt.“ (Ebd., 1). So belegt die Studie, dass auch in dieser Altersgruppe die Dichte überproportional steigt: in Basel, Frauenfeld, Winterthur und Zürich um mehr als 10%.

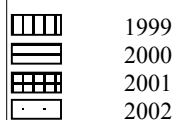
Diese **Strukturverschiebung hin zu jüngeren Familien, allein Erziehenden sowie Kindern und jungen Erwachsenen**, die „zweite Ausgeschlossenengeneration“ (Tschümperlin, 1996, 23), ist erst für die jüngere Zeit belegbar. In der Studie von Bluntschi et al. beispielsweise kristallisierten sich drei „typische Fürsorgefälle“ heraus: geschiedene Frauen mit Kindern (es gab noch kein Alimentenbevorschussungsgesetz, Anm. M.D.), ledige Männer (vorrangig mit sozial abweichendem Verhalten), verheiratete und geschiedene Männer (mit Arbeitslosigkeit als dem wichtigsten gemeinsamen Merkmal) (Bluntschli *et al.*, 1980, 67). In der Stichprobe der Zürcher Armutsstudien stellen in der Sozialhilfe die Problembereiche Gesundheit (insbes. psychische Gebrechen), Sucht, Familie (insbes. allein Erziehende) und Arbeitslosigkeit die höchsten Anteile (Farago & Füglistaler, 1992, 39). In der Sozialhilfestudie des Kantons Thurgau sind die Themen ungenügende Rente, Arbeitslosigkeit, Überschuldung, zu geringes Einkommen, hoher Mietzins, allein Erziehende zuvorderst bei den Problemschwerpunkten (Wyss & Höpflinger, 1993, 29). Erst zu Beginn der 1990er Jahre werden Jugendliche explizit als Zielgruppe genannt, so z.B. in der Untersuchung für St. Gallen: „Für allein Erziehende, Ausgesteuerte, einzelne Kategorien Jugendlicher und Verschuldete, für die mit Ausnahme der öffentlichen Fürsorge ein soziales Netz weitgehend fehlt, sind unserer Meinung nach neue Unterstützungsmassnahmen zu prüfen“ (Füglistaler & Hohl, 1992, VIII), allerdings sind hier in erster Linie drogenabhängige Jugendliche gemeint (ebd., 247).

⁴⁰ Die Sozialhilfedichte berechnet sich als Summe der Sozialhilfepersonen (entweder alle oder nach Alter, Geschlecht, Staatsbürgerschaft aufgeteilt) auf je 1000 Einwohner derselben Kategorie. Fremdplatzierungen sind in dieser Zahl mit eingerechnet.

Abbildung 2: Die Entwicklung der Sozialhilfedichte in ausgewählten Städten 1999-2002



Legende:



$$\text{Dichte} = \frac{\text{Kumulierte Sozialhilfepersonen in der Altersklasse} \cdot 1000}{\text{Anzahl aller Einwohner/innen derselben Altersklasse}}$$

Quelle: Eigene Darstellung aus Consens (2000, 2001, 2002, 2003)

Ulrich und Binder stellen in ihrer Untersuchung des Kantons Bern eine Systematik zur Verfügung, nach der sie die Lage von Jugendlichen, aber auch aller weiteren Personen in der Sozialhilfe untersucht haben. Darauf aufbauend entwickeln sie eine Liste von Risikofaktoren und stellen damit die Verbindung zum Lebenslagenkonzept her. Unter Risikofaktoren verstehen sie „Lebenslagenmerkmale, die eine wesentliche Rolle bei der Entstehung von Bedürftigkeit spielen können und die auch mit einem höheren statistischen Risiko der Bedürftigkeit einhergehen“ (Ulrich & Binder, 1998, 308). Nach Ulrich und Binder umfassen Risikofaktoren die sechs Lebensbereiche Wohnen, Gesundheit, Arbeit, Familie, Finanzen und soziale Integration (Tabelle 6).

Tabelle 6: Risikofaktoren nach Ulrich und Binder

Risikofaktor	Indikator
Lebensbereich Wohnen	Teure Wohnung
Lebensbereich Gesundheit	Körperliche Krankheit/Behinderung Psychische Krankheit
Lebensbereich Arbeit	Nur obligatorische Schulbildung Keine oder abgebrochene Berufsausbildung Arbeitslosigkeit/Arbeitslosigkeit des Hauptverdieners
Lebensbereich Familie	Allein erziehend Allein lebend, mit Unterhaltspflichten
Lebensbereich Finanzen	Schulden
Lebensbereich soziale Integration	Alkoholprobleme/Medikamentenabhängigkeit Drogenprobleme

Quelle: Ulrich und Binder (1998, 308).

Anhand dieser Systematisierung identifizieren die Autoren zwar den Einkommensverlust als wichtigsten Grund für die Inanspruchnahme von Sozialhilfeleistungen, können aber nachweisen, dass dies nur zu einem Teil durch den Arbeitsplatzverlust begründbar ist. Ein weiterer verursachender Faktor von nahezu gleichem Gewicht ist die Auflösung der Familie (infolge von Trennung, Scheidung, Verwitwung).⁴¹ Ihre Ausführungen münden in einer Typologie von Kernproblemen der unterstützten Bedürftigen, die die folgenden drei Bereiche umfasst: 1) Nichtaktiv wegen Studium/Ausbildung, Alter oder Erziehungsaufgaben. 2) Aktiv, aber vollständig oder teilweise erwerbslos wegen Krankheit, Arbeitslosigkeit oder „integrationsbedingter Erwerbslosigkeit“ durch Sucht o.ä. 3) Aktiv, aber ungenügendes Erwerbseinkommen („working poor“) oder hohe Ausgaben (hohe Zwangsausgaben, Verschuldung) (Ulrich & Binder, 1998, 321).

6 Fazit: „young urban poor“ - (noch) kein Thema

„Die bisherige Armutforschung in der Schweiz bietet uns die unerquickliche Wahl zwischen repräsentativen Zahlen, bei denen nicht ganz klar ist, was sie eigentlich messen, und qualitativen Einsichten, von denen wir nicht genau sagen können, auf wen sie anwendbar sind“, schrieb Ulrich (1989, 8) im Jahr 1989. Auf der einen Seite stünden fürsorgeorientierte, auf der anderen Seite einkommensorientierte Studien, die sich in ihren Ansätzen grundsätzlich unterschieden. So fasst Ulrich die ersteren unter den Begriff „psychosozialer Ansatz“, in dem es vorrangig um die Erhebung primärstatistischer Daten sowie empirische Aspekte der Bedürfnisse und Probleme ausgewählter Problemgruppen geht. Diese Studien sind allerdings „nicht oder nur beschränkt repräsentativ für Problemgruppen“ (ebd., 7). Die einkommensorientierten Studien schreibt Ulrich dem „sozioökonomischen Ansatz“ zu. Dieser arbeitet weitgehend sekundärstatistisch und stellt statistische Aspekte der Armut in den Vordergrund. Zwar sind

⁴¹ Insofern ist auch die Empfehlung für eine stärkere Hinwendung auf Arbeitsintegrationsmassnahmen, wie sie jüngst die OECD-Kommission gemacht hat, eher kritisch zu betrachten (OECD, 1999).

seine Ergebnisse repräsentativ für die Gesamtbevölkerung, „infolge der impliziten Gleichsetzung von tiefem steuerbarem Einkommen mit Armut ergeben sich jedoch Gültigkeitsprobleme der ermittelten Armutsmasse und fehlende qualitative Einsichten in die soziale Realität, die hinter diesen Zahlen verborgen ist“ (ebd., 8). Der Methodendiskurs, den Ulrich beschreibt, geht weit über denjenigen in der Armutsforschung hinaus. Die Diskrepanzen zwischen qualitativem und quantitativem, nomothetischem und ideographischem, induktivem und deduktivem Vorgehen, die aus der Wahl des Forschungsparadigmas resultierende Beschränktheit der Erkenntnisse sowie die den Forschungsprozess begleitenden Vorurteile der jeweils anderen Denkhaltung charakterisieren die Entwicklungsgeschichte sozialwissenschaftlicher Forschung seit ihrem Bestehen - und ist genuiner Teil ihrer Fortentwicklung. Feyerabend hat dies treffend analysiert, als er schrieb:

„Die Geschichte der Wissenschaft besteht ja nicht bloss aus Tatsachen und Schlüssen aus Tatsachen. Sie enthält auch Ideen, Deutungen von Tatsachen, Probleme, die aus widerstreitenden Tatsachen entstehen, Fehler und anderes mehr. Bei genauerer Untersuchung stellt sich sogar heraus, dass die Wissenschaft überhaupt keine ‘nackten Tatsachen’ kennt, sondern dass alle ‘Tatsachen’, die in unsere Erkenntnis eingehen, bereits auf bestimmte Weise gesehen und daher wesentlich ideell sind. Und damit ist die Geschichte der Wissenschaft so komplex, chaotisch, voll von Fehlern und so unterhaltend wie das Bewusstsein derer, die sie erfinden.“ (Feyerabend, 1983, 15f.)

Ulrich hat insofern Recht und Unrecht zugleich. „Armut“ ist ein Sammelbegriff, eine wissenschaftliche Konstruktion; die Armutsforschung gibt es nicht, sie ist gewissermassen eine Sammlung von disziplinären Ergebnissen. Die Verteilung von Einkommen und Vermögen, die Konzentration von Armut in bestimmten Regionen, die schichtspezifischen Phänomene der Armut, die psychosoziale Lage der Betroffenen, Konzepte der schulischen Förderung von Kindern armer Eltern, die Frühförderung und Entwicklungsgefährdung armer Kinder, der Zusammenhang zwischen Armut und Konsumgewohnheiten, die Implikationen bei der Verwendung von Daten zur Messung von Armut, die Aussagekraft politischer Armutsgrenzen, die wissenschaftstheoretischen Annahmen und erkenntnistheoretischen Grenzen des Armutsbegriffs: All diese Erkenntnisse sind nicht die Verdienste einer einzelnen Disziplin, sondern eine inter- und transdisziplinäre Leistung.

Schon Farago und Füglistaler verwiesen auf die weitgehende Theorielosigkeit Schweizer Armutsstudien. Ihr „stark deskriptiver Charakter“ (Farago & Füglistaler, 1992, 50) lasse kaum Platz für eine systematische Einordnung der Ergebnisse. Diese Feststellung lässt sich durchaus bis heute fortschreiben. Schweizerische Armutsstudien sind eher *wirtschaftssoziologische*, *wirtschaftsgeographische* oder *ökonomische* Studien. Kaum eine Studie verdient das Präfix „*sozialpolitisch*“. Die Massnahmen zur Bekämpfung der Armut bei Leu et al. beispielsweise werden gewürdigt, nicht aber ohne ausführlich auf Nachteile hinzuweisen. Der Vorschlag einer Steuerbefreiung der wirtschaftlich Schwächsten etwa wird nicht „empfohlen“ (Leu et al., 1997, 368), sondern „als prüfenswert“ eingestuft (ein Nachteil sei z.B., dass „damit in erster Linie nur den bessergestellten Armen geholfen wird“). Massnahmen, die zur Prüfung empfohlen werden, „lassen sich einerseits innerhalb des bestehenden Systems der sozialen Sicherung verwirklichen, und lösen andererseits keinen unverhältnismässig hohen zusätzlichen Finanzbedarf aus.“ (Leu et al., 1997, 408). Wenn die Bekämpfung steigender Verarmung gesellschaftlicher Gruppen keine zusätzliche Kosten verursachen darf, ist es verständlich, warum die Armutsdiskussion in hohem Masse unpolitisch geführt wird. Noch in den 1980er Jahren hatte die schweizerische Sozialforschung den in Deutschland aufgekommenen Diskurs über die „Neue Armut“ zum Anlass genommen, Armut wieder verstärkt in das gesellschaftliche Bewusstsein zu portieren. Geissler (1976) verwendete diesen Begriff, um in der Ausgrenzung zunehmend vieler Arbeitsloser die Spaltung des Sozialstaats durch eine fort-

schreitende Polarisierung der Lebenslagen zu diagnostizieren. Heute dagegen findet sich in der schweizerischen Armutsforschung kaum mehr eine Verbindung zu politischen Diskursen. Der „eher politisch-polemisch als analytisch konzipierte“ (Döring, Hanesch & Huster, 1990, 8) Begriff der „Zweidrittelgesellschaft“ wird nicht rezipiert. Glotz (1985) hatte den Begriff geprägt, um darauf hinzuweisen, dass ein nicht unwesentlicher Teil der Bevölkerung - das „untere Drittel“ - von den gesellschaftlichen Ressourcen ausgeschlossen ist und sich in „prekären Lebens- und Arbeitsverhältnissen“ (Sopp, 1994, 50) befindet. Die Kernaussagen des Ansatzes „Armut durch Wohlstand“ (z.B. Dangschat, 1999) werden selten explizit aufgegriffen, ebenso wenig werden die Befunde der Armutsstudien mit Schicht-, Macht- oder Konflikttheorien (wie z.B. den amerikanischen „underclass-Ansätzen“) in Verbindung gesetzt. Lediglich Mäder et al. haben in ihrer Untersuchung über die Armut im Kanton Basel-Stadt in verschiedenen Bezügen auf Zusammenhänge zwischen Unterversorgung in Lebensbereichen, Lohnpolitik und Ausgrenzung aufmerksam gemacht (Mäder *et al.*, 1991). Von ihren Fachkollegen ernteten sie für die Verknüpfung mit strukturellen Ursachen der Armut Kritik. Leu et al. bemängeln die verwendeten Armutsmasse: Sie „genügen keiner der [...] axiomatischen Anforderungen und lassen insbesondere auch keine sinnvollen Querverweise mit anderen Kantonen oder gesamtschweizerischen Untersuchungen zu“ (Leu *et al.*, 1997, 160). Farago und Füglistaler sprechen davon, dass es sich „lediglich um eine umfassende, aber nicht durchwegs systematische Kompilation vorhandenen Materials [handelt]“ (Farago & Füglistaler, 1992, 51). Letztlich entsteht der Eindruck, dass der überwiegende Teil der schweizerischen Armutsforschung Armut eher als ein individuelles Restrisiko denn als ein gesellschaftliches Strukturproblem interpretiert.

Die Armutsforschung in der Schweiz verfügt heute über drei nationale und zahlreiche kantonale Armutsstudien, verschiedene vertiefende Analysen sowie eine Reihe von Untersuchungen zu armutsgefährdeten Gruppen. In zwei nationalen Forschungsprogrammen sind Aspekte der Armut vertieft behandelt worden, ein drittes („Zukunft des Sozialstaats Schweiz“) hat weitere Studien ermöglicht, die vor dem Abschluss stehen. Knapp ein Vierteljahrhundert nach der ersten Messung der Einkommens- und Vermögensverteilung der Schweizer Bevölkerung ist das Thema Armut in der Schweiz gut dokumentiert. Es gibt einen bestimmbaren Teil der Bevölkerung, der als arm bezeichnet werden kann, die Schätzungen variieren je nach verwendeten Armutsgrenzen und Armutskonzepten zwischen 5 und 30% der Wohnbevölkerung. Alles deutet darauf hin, dass dieser Teil der Bevölkerung eher grösser als kleiner wird und dass ein gewisser Teil auch in wirtschaftlich guten Phasen arm sein wird, also von einer Sockelarmut gesprochen werden kann. Bei der Beschreibung der Bevölkerung, die überdurchschnittlich von Armut betroffen ist, zeigen sich folgende Gruppen: allein Stehende (insbes. Frauen), Ledige, Geschiedene, Verwitwete, allein Erziehende, 20-30-Jährige, Altersrentner, Invalidenrentner, kinderreiche Familien, Erwerbslose, Personen mit niedrigem Bildungsabschluss, Personen ohne berufliche Ausbildung (

Tabelle 7).

Die Gruppen der allein Erziehenden, kinderreichen Familien sowie der jungen Menschen sind erst in den jüngeren Armutsstudien thematisiert worden und stellen die „zweite Ausgeschlossenengeneration“ dar. Niklowitz und Suter weisen nach, dass die Kumulation von Problemen nicht ausschliesslich auf die Bezügerinnen und Bezüger von Niedrigeinkommen konzentriert ist. Episoden von gesundheitlichen Problemen und psychosozialen Belastungen lassen sich quer durch alle Einkommensklassen nachweisen und zeigen sich gerade auch in Übergangssituationen, so z.B. der Familiengründung. An dieser Stelle fragt sich, ob angesichts dieser Bandbreite noch von einer „Kerngruppe“ von betroffenen Gruppen gesprochen werden kann,

oder ob die Diffusion der Armut in die Gesellschaft nicht bereits zum Charakteristikum moderner Gesellschaften geworden ist.

Tabelle 7: Von Armut überdurchschnittlich betroffene Bevölkerungsgruppen 1992^{a)}

	Bevölkerungsanteil in % ^{b)}	Armutsintensität (obere Armutsgrenze)
20-29-Jährige	18	1.66
30-39-Jährige	28	1.29
Selbständige (ohne Landwirte)	7	4.05
Landwirte	2	1.82
Nichterwerbstätige (20-62/65 Jahre)	3	4.68
Personen in Ausbildung	2	8.83
Geschiedene Frauen	5	1.82
Allein lebende Männer	5	2.35
Alleinerziehende ^{c)}	4	2.18
Elternteil mit erwachsenen Kindern	1	1.63
Ausländer	19	1.31
Romands	24	1.46
Tessiner	4	1.92
Bewohner agrarisch-peripherer Gemeinden	2	3.25

Quelle: Leu et al. (1997, 424)

a) Die Gruppen schliessen sich nicht aus. Berücksichtigt sind alle Gruppen mit einem Indexwert von mindestens 1.20.

b) Haushaltsgewicht multipliziert mit der Anzahl der Personen im Haushalt.

c) Zum grössten Teil auch bei den geschiedenen Frauen enthalten.

Mit den hohen Arbeitslosenraten, wie sie sich seit den 1990er Jahren in der Schweiz - aber auch in Deutschland präsentieren, stiegen auch die Fallzahlen in der Sozialhilfe. Wurden beispielsweise im Kanton Zürich im Jahre 1972 von 1000 Einwohnerinnen und Einwohnern fünf unterstützt, so wuchs diese Zahl bis 1998 auf 69 Personen (Höpflinger & Wyss, 1994; Rey, 2001). Der wirtschaftliche und soziale Wandel belastete das System der Sozialen Sicherheit und insbesondere die Sozialhilfe in starkem Masse, was wiederum zu einer Diskussion über eine Reform der Sozialhilfe führte. Verstand diese sich bisher als subsidiär und temporär unterstützende Institution, so erfolgt Sozialhilfe heute „verstärkt komplementär zu anderen Leistungsträgern, sie ist dauerhaft ausgerichtet, weil sie die fehlenden Integrationsmöglichkeiten auffangen muss. Dementsprechend hat Sozialhilfe heute grossen Anteil an der Bewältigung struktureller Notlagen“ (Locher & Knöpfel, 2000, 7). Mit dieser Entwicklung einher ging eine zunehmende Forschungsaktivität im Sozialhilfesegment, und zwar zur Frage nach der Situierung der Sozialhilfe im System der Sozialen Sicherheit (z.B. Bauer & Wyss, 1997), nach der Wirksamkeit von Programmen und Projekten, die eine Integration der unterstützten Personen in den Arbeitsmarkt beabsichtigen (z.B. Wyss, 2000) sowie nach möglichen Typisierungen der Klientinnen und Klienten (z.B. Fragnière *et al.*, 2001). Es ist nicht verwunderlich, dass Arbeitslosigkeit in Armut und Unterstützungsbedürftigkeit führen kann. Ähnlich hohe Bedeutung hat heute die Sozialhilfe aber auch für erwerbstätige Personen: allein Erziehende, Niedriglohnbezüglerinnen und -bezügler, kinderreiche Familien, Personen in Ausbildung, Ausländerinnen und Ausländer ohne Niederlassungsbewilligung. Salzgeber und Suter definieren in ihrer Studie über Sozialhilfeklientinnen und -klienten in Zürich fünf Risikobereiche: Langzeitarbeitslosigkeit, Einkommensschwäche trotz Erwerbstätigkeit, allein leben in sozialer Isolation, allein erziehen bzw. Alimentenpflichtigkeit, schlechte bzw. ungenügende Bildung (Salzgeber & Suter, 1998, 18). Die Risikogruppen, wie sie die Armuts- und Sozialhilfestudien diskutieren, sind in weiten Teilen mit jenen Risikogruppen aus den Studien über Arbeitslosigkeit, Langzeitarbeitslosigkeit, Ausgesteuerte sowie „working poor“ und Niedriglohnbezüglerinnen und -bezügler identisch.

Die heutige Armutsforschung ist noch immer eng mit dem ressourcenorientierten Ansatz verbunden, der versucht, anhand von einkommensbezogenen Daten - zumeist Steuerdaten - das tatsächlich zur Verfügung stehende Einkommen von Personen und/oder Haushalten zu berechnen und mit festgelegten Grenzen (i.d.R. Berechtigungsgrenzen, Betreibungsminima, Durchschnitts- oder Medianeinkommen) zu vergleichen. Wer als arm identifiziert wird, weist also eine relative Einkommensarmut auf. Sicherlich reguliert in den industrialisierten Gesellschaften die Ausstattung mit monetären Gütern (Einkommen und Vermögen) die Verteilung von Lebenschancen. Doch wurde die Annahme, Einkommensarmut könne mit Armut generell gleichgesetzt werden, in den letzten Jahren aus verschiedenen disziplinären Perspektiven zunehmend problematisiert (vgl. z.B. Chassé, 1991; Döring et al., 1990; Hanesch, Adamy, Martens & Rentzsch, 1994; Hauser & Neumann, 1992; Weiss, 2000). Quasi als Gegenposition versteht sich der lebenslagenorientierte Ansatz als Versuch, der Komplexität des Armutproblems durch die Berücksichtigung weiterer „Lebensbereiche“ (Döring *et al.*, 1990, 11), „Versorgungslagen“ (Hanesch *et al.*, 1994, 25) oder „Unterversorgungsbereiche“ (Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, 2001, 7) anzunähern. „Gefragt wird in diesem Konzept nicht nach den verfügbaren Ressourcen, die ein bestimmtes Versorgungsniveau ermöglichen, sondern nach der tatsächlichen Versorgungslage von Personen, Haushalten oder Gruppen in zentralen Lebensbereichen.“ (Döring *et al.*, 1990, 11). Zwar fehlt bisher eine einheitliche Systematik dieser Lebensbereiche, doch werden dazu zumeist die Felder Arbeit, Bildung, Wohnen, Gesundheit, soziale Integration/soziale Netzwerke gezählt.⁴² Eine Kumulation von Problemlagen in mehreren Lebensbereichen wird dann als Armut bezeichnet. Angesichts des umfangreichen Erklärungsanspruchs dieses Konzeptes ist seine derzeit noch geringe empirische Umsetzung begründbar. Zum einen hängt mit der Definition von Lebensbereichen wiederum die Annahme zusammen, Armut durch das Fehlen einer Mindestausstattung an notwendigen Gütern (wie Gesundheit, Bildung etc.) erklären zu können und dabei auf ein soziokulturelles Verständnis zurückzugreifen. Zum anderen ergibt sich die Frage, wie die einzelnen Bereiche operationalisiert und für ein Messverfahren zugänglich gemacht werden können. Zudem muss - auch wenn diese nicht unbedingt trennscharf ist - auf eine methodisch widerspruchsfreie Trennung von Ressourcen- und Lebenslagenkonzept hingearbeitet werden. Erst in den letzten Jahren entstanden in der Schweiz Armutsstudien, die eine Kombination beider Konzepte versuchten. Sie bilden gleichsam die Grundlage einer adäquaten Erfassung der Armutslage von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen, bei denen das Einkommen nur ein Faktor unter mehreren ist. Ulrich und Binder begutachten diese Versuche skeptisch. Studien, die zwischen Einkommensschwäche und Armut unterscheiden, „quantifizieren genau besehen nur die Einkommensschwäche, erlauben aber keine statistischen Aussagen zur Verbreitung von Armut; sie setzen das Lebenslagenkonzept gar nicht statistisch um und sind dementsprechend auch nicht auf eine systematische Verknüpfung einkommens- und lebenslagenbezogener Befunde hin angelegt“ (Ulrich & Binder, 1998, 268). Demgegenüber kritisieren Leu et al. an der Berner Studie von Ulrich und Binder, die explizit zwischen einkommenschwacher, armer und bedürftiger Bevölkerung (und damit zwischen Einkommensarmut, Armut im Sinne des Lebenslagenansatzes sowie Sozialhilfebedürftigkeit) unterscheidet, dass ihre Aussagekraft „wegen der für die Zwecke der empirischen Sozialforschung völlig ungenügenden Ausschöpfungsquote von 23% bei den Interviews stark eingeschränkt [ist]“ (Leu *et al.*, 1997, 108).

Aufgrund der hohen Priorität einkommensorientierter Studien ist derzeit ein umfangreiches Wissen über Armut und Armutgefährdung der erwerbstätigen, arbeitslosen und ausgesteu-

⁴² Krieger und Schläfke (1987, 98) greifen auf eine andere Lebenslagendefinition zurück, die folgende „Spielräume“ umfasst: 1) Versorgungs- und Einkommensspielraum, 2) Kontakt- und Kooperationsspielraum, 3) Lern- und Erfahrungsspielraum, 4) Musse- und Regenerationsspielraum, 5) Dispositions- und Partizipationsspielraum.

ten Bevölkerung vorhanden. Hier sind auch zahlreiche Hinweise auf Übergangsproblematiken vorhanden (z.B. beim Berufswechsel, Wiedereinstieg in den Beruf, Ablösung von Arbeitslosigkeit, Wirkung von Integrationsprogrammen). Die heutige Armutsforschung ist fast ausschliesslich eine Forschung über erwerbsfähige und (ehemals) erwerbstätige Arme. Dagegen ist das Wissen über Personen, die ausserhalb der entlohnten Erwerbstätigkeit stehen (z.B. weil sie gar nicht daran teilnehmen oder noch in Ausbildung sind), sehr viel geringer. Wenn Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene in diesen Berichten berücksichtigt werden, dann allerdings immer nur funktional: als zukünftige Erwachsene oder als Element der Lebensqualität ihrer Eltern (vgl. Nauck, 1997). Von solchen erwachsenenzentrierten Perspektiven, in denen Kinder vornehmlich als ein Wert für andere erscheinen, wäre eine kindzentrierte Sicht zu unterscheiden, die beispielsweise das Lebenslagenkonzept auf die Situation von Kindern adaptiert. Derzeit orientiert sich die schweizerische Armutsforschung allerdings noch am Grundsatz, dass „Einkommsschwäche bei Kindern nicht grundsätzlich ein Problem der Kinder dar[stellt], sondern in erster Linie ein Problem des Haushaltsvorstandes“ (Füglister & Hohl, 1992, 72). Ähnlich wenig zufriedenstellend ist das spezifische Wissen über Jugendliche und junge Erwachsene in Armut. Hierzu zählen insbesondere auch Studierende und Lehrlinge sowie Personen, die jünger als 20 Jahre sind. Die verwendeten Datenquellen wie SAKE oder Steuerstatistiken erfassen diese Personenkreise nur als „Beteiligte“ oder „Mitbetroffene“ oder sie werden durch die Autoren der Armutsstudien aus den Datenquellen herausgenommen, weil ein biographischer Verlauf unterstellt wird, der sich an einer „Normalbiographie“ (vgl. Ley, 1984) orientiert. Armut von Jugendlichen und jungen Erwachsenen passt in dieses Interpretationsschema noch nicht, obwohl schweizerische Armutsstudien eine steigende Zahl von jungen Menschen in Armut nachweisen (z.B. Hainard *et al.*, 1990; Perruchoud-Massy, 1991; Rey, 2001).

Zu erkennen, dass Armut nicht mit der Aufnahme und dem anschliessenden Verlust einer einkommenswirksamen Tätigkeit verbunden ist, sondern sich bereits in der Kindheit zeigen kann (z.B. Spycher *et al.*, 1997), dass es unterschiedliche Verweildauern in der Armut gibt (z.B. Sheldon, 1991) und dass eine Person auch mehrfach mit Armutssituationen konfrontiert sein kann (z.B. Leibfried, Leisering, Buhr & Ludwig, 1995), legt nahe, Armut nicht nur als einen Zustand zu sehen, sondern seine Prozesshaftigkeit zu erforschen. Die Zeitlichkeit von Armut war lange kein Thema in der Armutsforschung. Begriffe wie „Langzeit-“ und „Kurzzeitarmut“, wie sie in der Arbeitslosendebatte lange schon verwendet werden, oder die Forschung über „Armutskarrieren“ (Ludwig, 1996) haben erst jüngst in der Forschung Berücksichtigung gefunden. Zumeist wurden zwar dynamische Bilder wie die vom „Armutszirkel“ oder „Teufelskreis der Armut“ (Stucken, 1966) verwendet, aber eher um auf die Dauerhaftigkeit, Verfestigung und Ausweglosigkeit und damit eine „Subkultur der Armut“ (Lewis, 1966) aufmerksam zu machen. Das Prozesshafte, mit der begleitenden Fragestellung des „Einmal arm - immer arm?“ (Zwick, 1994), geriet in den Hintergrund. Erst die dynamische Armutsforschung seit Ende der 1980er Jahre hat Armutsverläufe zum Untersuchungsgegenstand bestimmt und Verlaufsmuster herausgearbeitet (zum Stand der Forschung siehe z.B. Buhr, 1995; Leibfried *et al.*, 1995; Ludwig, 1996). „Armut ist [...] ‚verzeitlicht‘, individualisiert, aber auch in erheblichem Masse sozial entgrenzt“, schreiben Leibfried *et al.* (1995, 9) vom Sonderforschungsbereich „Statuspassagen und Risikolagen im Lebensverlauf“ an der Universität Bremen. Dies klingt zunächst wie eine Entwarnung. „In der Tat werden pauschalisierende Negativannahmen über die Zwangsläufigkeit von Abstiegs spiralen relativiert.“ (Ebd., 10). Doch macht die Forschung auch deutlich, dass Armut zeitweise sehr viel mehr Menschen in mittleren Schichten betrifft als in den Armutsstudien üblicherweise angegeben: „[...] all das ver-

weist darauf, dass Armut komplexer, verwickelter, bedrohlicher geworden ist.“ (Ebd., 10)⁴³ Mit dem Perspektivwechsel hin zu *Armutsverläufen* wird die Frage wichtig, welche kritischen Ereignisse oder Bedingungen in die Armut geführt haben, ob und wie der Austritt aus einer aktuellen Mangellage gelang und wie sicher oder unsicher die anschliessende Episode gestaltet wird.⁴⁴ Bei dieser Analyse ist zu unterscheiden, ob Kinder und Jugendliche, junge Erwachsene oder Erwachsene betrachtet werden. Insbesondere im Hinblick auf die Frage nach der Strukturierung des Lebenslaufs durch die Bildungseinrichtungen (Schule, Ausbildungsplatz, Arbeitsstelle) ergibt sich eine grundlegende Unterscheidung. Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene haben die wichtige „Statuspassage“ (vgl. Heinz, 2000), den Übergang von der Schule ins Berufsleben zum Teil noch nicht kennengelernt. „Identitätskrisen“ (Erikson, 1988) und kritische Übergänge wie die Ablösung von der Familie, der Aufbau eines stabilen Selbstkonzeptes oder die Suche nach Bestätigung in der Gleichaltrigengruppe, die sich im Zusammenhang mit der Bewältigung von „Entwicklungsaufgaben“ (Havighurst, 1950) stellen, sind in der gleiche Zeitspanne beobachtbar. Das Anliegen, die jugendspezifische Problematik als eine über die Einkommenssituation hinausgehende Aufgabe anzugehen, äusserte jüngst auch der Präsident der Schweizerischen Konferenz für Öffentliche Sozialhilfe, als er darauf hinwies, dass die Sozialhilfe „den jungen Menschen und ihren Familien helfen [will], die Übergänge erfolgreich zu bestehen. Übergänge aus einer Zeit der Abhängigkeit in eine neue Zeit der Unabhängigkeit, und zwar als eine Unabhängigkeit sowohl als eigenständige Persönlichkeit als auch als wirtschaftlich überlebensfähiger Mensch.“ (Schmid, 2002, 148). Von der Armutsforschung wird erwartet, die dazu notwendigen Grundlagen zu erforschen.

In Bezug auf die regionale Verteilung der Armut sind die Aussagen der Forschung aufgrund methodisch unterschiedlicher Untersuchungsanlagen ambivalent. So weist ein Teil der kantonalen Studien auf eine deutliche Konzentration von Armut in Agglomerationen und Zentren hin (z.B. Zürich), in anderen Studien ist diese Konzentration keineswegs eindeutig oder findet keine Erwähnung (z.B. Neuenburg, Wallis, Bern, Graubünden). Die Ergebnisse der aktuellen nationalen Armutsstudie zeigen auf, dass die Armutsquoten in den agrarisch-peripheren Gemeinden signifikant höher sind als in allen anderen Gemeindetypen. Lediglich periurbane und reiche Gemeinden wiesen bezüglich der oberen Armutsgrenze eine signifikant niedrigere Armutsquote auf. In Bezug auf die Stadt-Land Verteilung konstatierten Leu et al. lediglich hinsichtlich der oberen Armutsschwelle signifikante Unterschiede, allerdings mit unterdurchschnittlichen Armutsquoten in der Stadt gegenüber überdurchschnittlichen Armutsquoten auf dem Land (Leu et al., 1997, 138). Nach diesen Ergebnissen scheint die Schweiz nicht jenem Stadt-Land-Verteilungsmuster der Armut zu folgen, wie sie nicht nur aus den anderen deutschsprachigen Ländern, sondern aus den Ländern der OECD insgesamt bekannt ist (vgl. Dangschat, 1999; Europäische Kommission, 2002; Farwick, 1999; Friedrichs & Blasius,

⁴³ Allerdings wird auch die dynamische Armutsforschung kritisch gesehen. Dabei richtet sich die Kritik in erster Linie auf folgende Punkte: 1) Da die Daten zumeist aus kleinen Stichproben oder qualitativen Untersuchungen stammen, sind sie nicht verallgemeinerbar, 2) Längsschnittanalysen unterschätzen Langzeitbezug, weil auch ehemals Arme erfasst und über die Jahre hinweg aufgeschichtet werden (Kumulationseffekt und Bugwelleneffekt), 3) Armut wird auf Sozialhilfebezug eingeschränkt, 4) Armut ist kein - wie von der dynamischen Armutsforschung interpretiert - individuell-biographisches, sondern ein gesellschaftliches Problem, 5) gerade deshalb ist die dynamische Armutsforschung politisch gefährlich (zu Nutzen und Nachteilen siehe Butterwegge, 1996; Ludwig, Leisering & Buhr, 1995; Völker, 1995). Ludwig-Maerhofer geht sogar noch einen Schritt weiter, wenn er behauptet, dass bei der Frage der Reproduktion sozialer Ungleichheit in der Generationenfolge „die neue [die dynamische Armutsforschung, Anm. M.D.] hinter der alten, statischen Ungleichheitsforschung zurückbleibt“ (Ludwig-Mayerhofer, 1995, 161).

⁴⁴ An dieser Stelle muss verdeutlicht werden, dass zwar das Bewusstsein für die Thematik gewachsen ist, es allerdings noch weitgehend an Begrifflichkeiten fehlt, diese Fragen befriedigend auszudrücken. Hierzu gehört die Präzisierung von Begriffen wie z.B. „Armutskarriere“ oder „Episode“, die anderen theoretischen Kontexten entstammen und weiterer Fundierung bedürfen.

2000; Häussermann, 1997). Präzisierung erhielt die Studie von Leu et al. durch die Zusatzauswertung von Suter und Mathey (2000), deren Augenmerk auf der Unterscheidung von Vortransfer- und Nachtransfer-Armut lag. Während die Studie von Leu et al. durchgängig mit dem Indikator der Nachtransfer-Armut operiert hatte, unterschieden Suter und Mathey in Einkommen ohne Ergänzungsleistungen, Sozialhilfe, Krankenversicherungsverbilligungen, Arbeitslosenhilfe etc. (Vortransfer-Armut) und Einkommen mit den entsprechenden Sozialleistungen (Nachtransfer-Armut). Für die Frage nach der Verörtlichung von Armut ist diese Differenzierung von entscheidender Bedeutung. Denn aus den Berechnungen der Zusatzauswertung Suter und Mathey ergeben sich durchweg deutlich höhere Vortransfer-Armutquoten für die Grosszentren der Deutschschweiz (Zürich, Basel, Bern). Aus weiteren Berechnungen schliessen die Autoren, dass die niedrigen Quoten der nationalen Armutsstudie deswegen entstehen, weil die Grosszentren in höherem Masse fähig sind, die Armutsquoten durch Transferleistungen zu senken, als die restlichen Gemeinden (ebd., 38). Mit dieser Präzisierung kann die Armutsdiskussion der Schweiz wieder mit dem internationalen Diskurs über städtische Armut verbunden werden. Zumal auch Ergebnisse der nationalen Armutsstudie denjenigen Untersuchungen diametral entgegenstehen, die mit Daten aus den Sozialhilfestatistiken arbeiteten. Städte mit Zentrumsfunktionen - so die Feststellung - haben vermehrt die Lasten bei der Bekämpfung der Armut zu tragen (z.B. Consens, 2000; Consens, 2001; Consens, 2002; Fluder et al., 1999). Nach Fluder und Salzgeber sind die „sozialen Lasten der Zentren“ (Fluder & Salzgeber, 2001, 337) eine Folge des sozialen und wirtschaftlichen Wandels, aus dem heraus ein neues Segment von bedürftigen Personen entstanden ist. Hierzu zählen sie Erwerbslose, allein Erziehende, Einpersonenhaushalte, Ausländerinnen und Ausländer insbes. aus den neuen Herkunftsländern, Asylsuchende und Drogenabhängige. Hinzu kämen bereits bekannte Gruppen von Bedürftigen wie Hochbetagte und grosse Familien (ebd. 338).

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die schweizerische Armutsforschung heute trotz einzelner Widersprüchlichkeiten, die aus den einzelnen Forschungsdesigns resultieren, sowohl das Ausmass an Armut und Bedürftigkeit als auch die Erfassung der einzelnen Problemgruppen bis zum Stand 1992 sehr gut dokumentiert hat. Untersuchungen, die sich auf die Jahre 1992 und folgende konzentrieren, liegen für die Schweiz nur vereinzelt vor.⁴⁵ An offenen Fragen, wie sie oben beschrieben wurden, sowie an der Fortschreibung der Erkenntnisse für den Zeitraum nach 1992 könnte eine vertiefte Analyse ansetzen und zur weiteren Fundierung der Armutsdiskussion in der Schweiz beitragen. Die Frage nach der Verzeitlichung der Armut (bspw. durch eine Analyse von Verläufen) im Kontext der Verörtlichung der Armut (bspw. durch städtische Fallstudien) könnte weiterführende Impulse für die Armutsforschung (aber auch für die in die Bekämpfung von Armut involvierten Stellen) in der Schweiz geben.⁴⁶ Aufgrund der wenigen vorliegenden Untersuchungen ist es daher notwendig, verstärkt auf den internationalen Diskurs einzugehen, ohne allerdings den schweizerischen Kontext auszublenden.

⁴⁵ Bermann et al. messen die Veränderungen der Relationen in Einkommens-, Bildungs- und Berufspositionen. Sie kommen u.a. zu dem Ergebnis, dass die wirtschaftlichen Auswirkungen der 1990er und folgenden Jahre keine deutlichen Veränderungen der sozialen Ungleichheiten in der Schweiz zur Folge hatten, weisen aber darauf hin, dass solche zeitverzögert durchaus noch auftreten könnten (Bergmann, Joye & Fux, 2002).

⁴⁶ Auf die weitgehende Unwissenheit über Armut bei jungen Menschen, Armut im Zeitverlauf und das Wissen regionaler Unterschiede der Armuts- und Ungleichheitsproblematik in der Schweiz haben zuletzt auch Levy und Suter in ihrer Einleitung zum Themenheft „Soziale Ungleichheit in der Schweiz“ aufmerksam gemacht (Levy & Suter, 2002, 184).

Literatur

- Aeppli, D. C. (2000). *Die Ausgesteuerten. Situationsbericht - Dritte Studie*. Bern: Haupt.
- Aeppli, D. C., Hotz, C., Hugentobler, V. & Theiss, R. (1996). *Die Situation der Ausgesteuerten*. Bern: Haupt.
- Afheldt, H. & Rogge, P. E. (Eds.). (1983). *Geht uns die Arbeit aus?* Stuttgart: Poller.
- Ammann, P., Binder, J. & Ulrich, W. (1993). Armut, Arbeitsmarkt und Bildung im Kanton Bern. *Die Volkswirtschaft*, 66(1), 52-56.
- Association romande et tessinoise des institutions d'action sociale. (2001). *Pauvreté des familles: comment combattre ce phénomène?* Yverdon-les-Bains: ARTIAS.
- Atkinson, A. B., Rainwater, L. & Smeeding, T. M. (1995). *Income Distribution in OECD Countries. Evidence from the Luxembourg Income Study*. Paris: OECD.
- Bauer, T. (1999). *Lohnstruktur und Lohnentwicklung im Detailhandel und Gastgewerbe. Eine Analyse der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung 1991-1998*. Bern: Büro für arbeits- und sozialpolitische Studien BASS.
- Bauer, T. & Wyss, U. (1997). *Sozialhilfe zwischen Abbau und Grundrecht. Eine Analyse zu den Voraussetzungen für die materielle Durchsetzung des Grundrechts auf soziale Existenzsicherung*. Bern: Büro für arbeits- und sozialpolitische Studien BASS.
- Beck, U. (1999). *Schöne neue Arbeitswelt. Vision: Weltbürgergesellschaft*. Frankfurt a.M.: Campus.
- Bergmann, M. M., Joye, D. & Fux, B. (2002). Social Change, Mobility, and Inequality in Switzerland in the 1990s. *Schweizerische Zeitschrift für Soziologie*, 28(2), 267-296.
- Birchmeier, U. (2002). Ökonomische Aspekte der atypischen Beschäftigungsformen am schweizerischen Arbeitsmarkt. *Die Volkswirtschaft*, 4, 8-13.
- Blanchard-Zingg, R., Müller, B. & Simmler, R. (1995). *Fürsorgeunterstützung im Kanton Bern*. Luzern: Edition Soziothek.
- Bluntschli, F., Höhn, R., Mönig, E., Wolfensberger, L. & Hauser, J. A. (1980). *Empirische Aspekte der Fürsorgebedürftigkeit am Beispiel des Kantons Zürich*. Bern: Haupt.
- Boddenberg, G. & Schmid, J. (1989). *Arme Frauen in der Schweiz. Ursachen, Zusammenhänge, Perspektiven*. Luzern: Caritas Verlag.
- Bolzmann, C., Poncioni-Derigo, R., Rodari, S. & Tabin, J.-P. (2002). *La Précarité contagieuse. Les conséquences de l'aide sociale sur le statut de séjour des personnes de nationalité étrangère: l'exemple des cantons de Genève et de Vaud*. Genève: Institut d'études sociales.
- Brauchlin, E., Leuenberger, T. & Niederer, E. (Eds.). (1980). *Die Zukunft der westlichen Gesellschaft*. Bern: Haupt.
- Buchmann, M. (1991). Soziale Schichtung im Wandel. Zur Differenzierung der Struktur sozialer Ungleichheit in der Schweiz. In V. Bornschiefer (Ed.), *Das Ende der sozialen Schichtung? Zürcher Arbeiten zur gesellschaftlichen Konstruktion von sozialer Lage und Bewusstsein in der westlichen Zentrumsgesellschaft*. (S. 215-231). Zürich: Seismo.
- Buhmann, B. I. (1988). *Wohlstand und Armut in der Schweiz. Eine empirische Analyse für 1982*. Grösch: Rüeegg.
- Buhr, P. (1995). *Dynamik von Armut. Dauer und biographische Bedeutung von Sozialhilfebezug*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Bundesamt für Statistik. (1994). *Die Raumlagerung der Schweiz*. Bern: Bundesamt für Statistik.
- Bundesamt für Wirtschaft und Arbeit. (1998). *Registrierte Arbeitslose, Bestände, Zu- und Abgänge 1997*. Bern: Bundesamt für Wirtschaft und Arbeit.
- Download zu: Drilling, Matthias (2004) Young urban poor. Abstiegsprozesse in den Zentren der Sozialstaaten. Wiesbaden: VS-Verlag. www.jugendarmut.ch

- Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung. (2001). *Lebenslagen in Deutschland. Der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Bericht*. Bonn: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung.
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (Ed.). (1999). *Jugendliche ohne Berufsausbildung. Eine BiBB/EMNID-Untersuchung*. Bonn: Bundesministerium für Bildung und Forschung.
- Bundesministerium für Familie - Senioren - Frauen und Jugend (Ed.). (1998). *Zehnter Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation von Kindern und die Leistungen der Kinderhilfen in Deutschland*. Bonn: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.
- Butterwegge, C. (1996). Nutzen und Nachteile der dynamischen Armutsforschung. Kritische Bemerkungen zu einer neueren Forschungsrichtung. *Zeitschrift für Sozialreform*, 42(2), 69-91.
- Caritas Schweiz (Ed.). (1999). *Sozialalmanach 1999. Existenzsicherung in der Schweiz*. Luzern: Caritas Verlag.
- Caritas Schweiz. (2001). *Prekäre Arbeitsverhältnisse in der Schweiz. Ein Positionspapier von Caritas Schweiz*. Luzern: Caritas Verlag.
- Chassé, K. A. (1991). Armutsforschung in der (alten) Bundesrepublik. Ein kritischer Literaturbericht. *Widersprüche*(41), 53-67.
- Christlicher Gewerkschaftsbund der Schweiz. (2002). 3. Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes: Ein Verlustgeschäft für die Versicherten. *Pressekonferenz vom 23.4.2002*.
- Clark, A. E., Georgellis, Y. & Sanfey, P. (2001). Scarring: the psychological impact of past unemployment. *Economica*, 68, 221-241.
- Consens. (2000). *Kennzahlenvergleich Sozialhilfe in Schweizer Städten. Berichtsjahr 1999*: Städteinitiative. [Online] Available: www.staedteinitiative.ch.
- Consens. (2001). *Kennzahlenvergleich Sozialhilfe in Schweizer Städten. Berichtsjahr 2000*: Städteinitiative. [Online] Available: www.staedteinitiative.ch.
- Consens. (2002). *Kennzahlenvergleich Sozialhilfe in Schweizer Städten. Berichtsjahr 2001*: Städteinitiative. [Online] Available: www.staedteinitiative.ch.
- Consens. (2003). *Kennzahlenvergleich Sozialhilfe in Schweizer Städten. Berichtsjahr 2002*: Städteinitiative. [Online] Available: www.staedteinitiative.ch.
- Cunha, A. (2002). Analyse comparative des politiques sociales cantonales de lutte contre la précarité et de prévention de l'exclusion: l'efficacité des mesures d'insertion. *Rapport intermédiaire Programme national de recherche, Etat social, n 45*, Available: http://www.sozialstaat.ch/global/projects/security/da_cunha/da_cunha_1.pdf.
- Dangschat, J. S. (1998). Klassenstrukturen im Nach-Fordismus. In M. Vester (Ed.), *Alte Ungleichheiten. Neue Spaltungen* (S. 49-88). Opladen: Leske und Budrich.
- Dangschat, J. S. (1999). Armut durch Wohlstand. In J. S. Dangschat (Ed.), *Modernisierte Stadt - gespaltene Gesellschaft. Ursachen von Armut und sozialer Ausgrenzung* (S. 13-44). Opladen: Leske und Budrich.
- Döring, D., Hanesch, W. & Huster, E.-U. (1990). Armut als Lebenslage. Ein Konzept für Armutsberichterstattung und Armutspolitik. In E.-U. Huster (Ed.), *Armut im Wohlstand* (S. 7-30). Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Dupuis, M. & Rey, U. (2002). *Armut und Armutsgefährdung im Kanton Zürich 1991-2001*, 15. Zürich: Statistisches Amt des Kantons Zürich.
- Enderle, G. (1987). *Sicherung des Existenzminimums im nationalen und internationalen Kontext. Eine wirtschaftsethische Studie*. Bern: Haupt.
- Erikson, E. H. (1988). *Jugend und Krise. Die Psychodynamik im sozialen Wandel*. München: dtv.

- Ernst, C., Gerfin, M. & Leu, R. E. (2000). Inequality Trends in the Swiss Income Distribution. *Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik*, 136(3), 289-305.
- Ernst, U. (1983). *Die Wohlstandsverteilung in der Schweiz. Stand und Entwicklung der personellen Einkommens- und Vermögensverteilung*. Diessenhofen: Rüegger.
- Europäische Kommission. (2002). *Die soziale Lage in der Europäischen Union 2002. Kurzfassung*. Brüssel: Eurostat.
- Farago, P. (1995). *Verhütung und Bekämpfung der Armut: Möglichkeiten und Grenzen staatlicher Massnahmen*. Bern: Bundesamt für Sozialversicherung.
- Farago, P. & Füglistaler, P. (1992). *Armut verhindern: Die Züricher Armutsstudien. Ergebnisse und sozialpolitische Vorschläge*. Zürich: Fürsorgedirektion des Kantons Zürich.
- Farwick, A. (1999). *Segregierte Armut in der Stadt. Das Beispiel Bielefeld. Ursachen und soziale Folgen der räumlichen Konzentration von Sozialhilfeempfängern in benachteiligten Gebieten der Stadt Bielefeld*. Bremen: Universität Bremen (KUA).
- Feld, L. P. & Savioz, M. R. (2000). Cantonal und Regional Unemployment in Switzerland: A Dynamic Macroeconomic Panel Analysis. *Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik*, 136(3), 463-483.
- Feyerabend, P. (1983). *Wider den Methodenzwang*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Fischer, G. (1985). *Räumliche Disparitäten in der Schweiz*. Bern: Haupt.
- Fischer, G., Resegatti, R. & Baumeler, J. (1982). *Das persönlich verfügbare Einkommen der Haushalte nach Kantonen: 1970, 1978 und 1980*. Bern: Arbeitsberichte des NFP "Regionalprobleme in der Schweiz".
- Fleury, S., Fluder, R., Gerber, V. & Priester, T. (2003). *Sozialbericht Kanton Zürich 2001. Ergebnisse der Schweizerischen Sozialhilfestatistik*. Neuenburg: Bundesamt für Statistik.
- Flückiger, Y. (1999). *Tieflohnbezüger/innen und "working poor" in der Schweiz: Situation und Entwicklung von 1991 bis 1997*. Genf: Observatoire Universitaire de l'Emploi.
- Flückiger, Y. (2000). Folgen des aktuellen Wandels der Arbeit. In C. Suter (Ed.), *Sozialbericht 2000* (S. 108-130). Zürich: Seismo.
- Fluder, R., Nolde, M., Priester, T. & Wagner, A. (Eds.). (1999). *Armut verstehen - Armut bekämpfen. Armutsberichterstattung aus der Sicht der Statistik*. Neuenburg: Bundesamt für Statistik.
- Fluder, R. & Salzgeber, R. (2001). Die sozialen Lasten der Zentren als Folge des wirtschaftlichen Wandels. *Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik*, 137(3), 337-362.
- Fluder, R. & StremLOW, J. (1999). *Armut und Bedürftigkeit. Herausforderungen für das kommunale Sozialwesen*. Bern.
- Fontaine, P. & Curti, M. (1999). Aussteuerung: eine komplexe Realität. *Die Volkswirtschaft - Magazin für Wirtschaftspolitik*(10), 60-65.
- Förster, M. F. (2000). *Trends in Driving Factors in Income Distribution and Poverty in the OECD Area*. Paris: OECD.
- Fragnière, J.-P., Hutmacher, A. & Pichler, M. (2001). *Recherche concernant la problématique des Jeunes Adultes en Difficulté (JAD) dans la Broye vaudoise. Rapport finale*. Lausanne: Ecole D'Etudes Sociales et Pédagogiques.
- Franz, W. (1986). Neuere mikroökonomische Analysen des Arbeitsmarktgeschehens. Theorien, Methoden und empirische Ergebnisse für die Schweiz. In N. Harabi (Ed.), *Mikroökonomik des Arbeitsmarktes* (S. 7-71). Bern: Haupt.
- Friedrichs, J. & Blasius, J. (2000). *Leben in benachteiligten Wohngebieten*. Opladen: Leske und Budrich.

- Füglister, P. & Hohl, M. (1992). *Armut und Einkommensschwäche im Kanton St. Gallen*. Bern: Haupt.
- Geissler, H. (1976). *Die neue Soziale Frage. Analysen und Dokumente*. Freiburg i.Br.: Herder.
- Gerber, V., Priester, T., Fluder, R., Fleury, S. & Bentz, D. (2003). Die Sozialhilfe im Kanton Zürich 2001. *statistik.info*(3), 1-9. [Online] Available: <http://www.statistik.info.zh.ch>.
- Glötz, P. (1985). *Manifest für eine Neue Europäische Linke*. München: Siedler.
- Greven, K. (1985). *Längerfristige Arbeitslosigkeit und ihre psychischen und psychosozialen Folgen*. Aachen: Technische Hochschule Dissertationsschriften.
- Hainard, F., Nolde, M., Memminger, G. & Micheloni, M. (1990). *Avons-nous des pauvres? Enquête sur la précarité et la pauvreté dans le canton de Neuchâtel*. Neuenburg: Rapport du Conseil d'Etat au Grand Conseil.
- Hanesch, W. (1990). Unterversorgung im Bildungssystem. Das Beispiel berufliche Bildung. In E.-U. Huster (Ed.), *Armut im Wohlstand* (S. 185-205). Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Hanesch, W., Adamy, W., Martens, R. & Rentzsch, D. (1994). *Armut in Deutschland. Der Armutsbericht des DGB und des Paritätischen Wohlfahrtsverbands*. Reinbek: Rowohlt.
- Hauser, R. & Neumann, U. (1992). Armut in der Bundesrepublik Deutschland. Die sozialwissenschaftliche Thematisierung nach dem Zweiten Weltkrieg. In W. Voges (Ed.), *Armut im modernen Wohlfahrtsstaat. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Sonderheft 32* (S. 237-271). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Häussermann, H. (1997). Armut in den Grossstädten - eine neue städtische Unterklasse? *Leviathan*, 25(1), 12-27.
- Havighurst, R. J. (1950). *Developmental tasks and education*. New York: Longmans, Green and Co.
- Heckman, J. J. & Borjas, G. J. (1980). Does Unemployment Cause Future Unemployment? Definitions, Questions and Answers from a Continuous Time Model of Heterogeneity and State Dependence. *Economica*, 47, 247-283.
- Heinrichs, J. (1999). Begriff und Wert der Arbeit in Zeiten der Massenarbeitslosigkeit. *Scheidewege. Zeitschrift für skeptisches Denken*, 28 (Sonderdruck), 274-298.
- Heinz, W. R. (2000). Editorial: Strukturbezogene Biographie- und Lebenslaufforschung. Der Sonderforschungsbereich 186 "Statuspassagen und Risikolagen im Lebensverlauf". *Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation. 3. Beiheft, Übergänge. Individualisierung, Flexibilisierung und Institutionalisierung des Lebensverlaufs*, 4-8.
- Heise, A. (1996). *Arbeit für alle - Vision oder Illusion? Zu den Bestimmungsgründen der Beschäftigungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland während der letzten beiden Dekaden*. Marburg: Metropolis.
- Höpflinger, F. & Hafner, D. (1996). *Armut und soziale Probleme im Kanton Graubünden*. Chur: Justiz-, Polizei- und Sanitätsdepartement.
- Höpflinger, F. & Wyss, K. (1994). *Am Rande des Sozialstaats. Formen und Funktionen öffentlicher Sozialhilfe im Vergleich*. Bern: Haupt.
- Hübinger, W. (1996). *Prekärer Wohlstand. Neue Befunde zu Armut und sozialer Ungleichheit*. Freiburg i.Br.: Lambertus.
- IG Sozialhilfe. (2000). Leben bedeutet mehr als Überleben. *IG Sozialhilfe*(1), 1-24.
- Institut du Fédéralisme Fribourg Suisse (Ed.). (1996). *Cantons et communes face aux situations de précarité*. Fribourg: Institut du Fédéralisme.
- Jackman, R. & Layard, R. (1991). Does long-term unemployment reduce a person's chance of a job? A time-series test. *Economica*, 58, 93-106.

- Jahoda, M., Lazarsfeld, P. F. & Zeisel, H. (1975). *Die Arbeitslosen von Marienthal. Ein soziographischer Versuch*. Allensbach: Suhrkamp.
- Johnson, W. R. (1978). A Theory of Job Shopping. *Quarterly Journal of Economics*, 92(2), 261-277.
- Joliat, J. P. (1991). *Pauvreté dans le Canton du Jura*. Delemont: unveröffentlicht.
- Jovanovic, B. (1979). Job Matching and the Theory of Turnover. *Journal of Political Economy*, 87(5), 972-998.
- Jovanovic, B. (1984). Matching, Turnover, and Unemployment. *Journal of Political Economy*, 92(1), 108-122.
- Karlhuber, A. & Rappo, A. (2001). *Lebensrealitäten in der reichen Schweiz. Fallstudien von Working Poor in Basel*. Basel: Fachhochschule für Soziale Arbeit.
- Katz, L. F. (1990). The impact of the potential duration of unemployment benefits on the duration of unemployment. *Journal of political Economics*, 41, 45-72.
- Keller, V. & Tabin, J.-P. (2002). *La Charge héroïque. Missions, organisations et modes d'évaluation de la charge de travail dans l'aide sociale en Suisse romande*. Lausanne: Editions EESP.
- Kiefer, N. M. (1988). Economic Duration Data and Hazard Functions. *Journal of Economic Literature*, 24, 646-679.
- KIGA. (1995). *Ausgesteuert: vom Arbeitslosentaggeld zur Sozialhilfe? Eine Untersuchung zur Situation der Arbeitslosen und der Ausgesteuerten im Kanton Aargau.*, Beiheft 2. Aarau: KIGA [=Kantonales Amt für Industrie, Gewerbe und Arbeit].
- Knöpfel, C. (1999). Existenzsicherung im Wandel der Arbeitsgesellschaft. Eine Problemskizze. In C. Schweiz (Ed.), *Sozialalmanach 1999. Existenzsicherung in der Schweiz* (S. 37-53). Luzern: Caritas Verlag.
- Knöpfel, C. (2003). Existenzsicherung im Förderalismus der Schweiz - eine Zusammenfassung. *Sozial aktuell*(13), 16-21.
- Knupfer, C. (2003). (Wieder)eingliederungseinkommen in der lateinischen Schweiz. *Workshopmanuskript zur Fachtagung "Soziale Integration" der SKOS vom 19.3.2003*.
- Kohli, M. (Ed.). (1978). *Soziologie des Lebenslaufs*. Darmstadt: Luchterhand.
- Krieger, I. & Schläfke, B. (1987). Bestimmung von Lebenslagen. In K. Lompe (Ed.), *Die Realität der neuen Armut. Analysen der Beziehungen zwischen Arbeitslosigkeit und Armut in einer Problemregion* (S. 97-118). Regensburg: Transfer.
- Lalive, R. & Zweimüller, J. (2002). *Benefit entitlement and unemployment duration. The role of policy endogeneity*. Zürich: Institute for Empirical Research in Economics, Working paper series.
- Lamprecht, M. & Stamm, H. (2000). Soziale Lagen in der Schweiz. *Schweizerische Zeitschrift für Soziologie*, 26(2), 261-295.
- Lardi, P. (1970). *Empirische Untersuchungen zur personellen Einkommensverteilung in der Schweiz*. Basel: Institut für Wirtschaftsforschung.
- Leibfried, S., Leisering, L., Buhr, P. & Ludwig, M. (1995). *Zeit der Armut. Lebensläufe im Sozialstaat*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Leu, R. E., Buhmann, B. & Frey, R. L. (1986). Die personelle Einkommens- und Vermögensverteilung der Schweiz 1982. *Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik*, 122(2), 111-141.
- Leu, R. E., Burri, S. & Priester, T. (1997). *Lebensqualität und Armut in der Schweiz*. Bern: Haupt.
- Levy, R., Joye, D., Guye, O. & Kaufmann, V. (1997). *Tous égaux?* Zürich: Pro Helvetia.

- Levy, R., Joye, D., Guye, O. & Kaufmann, V. (1998). *Alle gleich? Soziale Schichtung, Verhalten und Wahrnehmung. Deutsche Kurfassung von Toutes égaux?* Zürich: Seismo.
- Levy, R. & Suter, C. (2002). Stratification Research in Switzerland: where are we at? *Schweizerische Zeitschrift für Soziologie*, 28(2), 181-192.
- Lewis, O. (1966). The culture of poverty. *Scientific American*, 215(4), 19-25.
- Ley, K. (1984). Von der Normal- zur Wahlbiographie? In R. Günther (Ed.), *Biographie und soziale Wirklichkeit* (S. 239-260). Stuttgart: C. Ernst Poeschel.
- Liechti, A. & Knöpfel, C. (1998). *Trotz Einkommen kein Auskommen. Working Poor in der Schweiz*. Luzern: Caritas Verlag.
- Locher, A. & Knöpfel, C. (2000). *Sozialhilfe - eine konzertierte Aktion? Die institutionelle Zusammenarbeit im Spannungsfeld von Sozialbereich und Arbeitsmarkt*. Luzern: Caritas Verlag.
- Ludwig, M. (1996). *Armutskarrieren. Zwischen Abstieg und Aufstieg im Sozialstaat*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Ludwig, M., Leisering, L. & Buhr, P. (1995). Armut verstehen. Betrachtungen vor dem Hintergrund der Bremer Langzeitstudie. *Aus Politik und Zeitgeschichte*(B 31-32), 24-34.
- Ludwig-Mayerhofer, W. (1995). Familiäre Vermittlung sozialer Ungleichheit. Vernachlässigte Probleme in alter und neuer Ungleichheitsforschung. In P. Sopp (Ed.), *Sozialstruktur und Lebenslauf* (S. 155-177). Opladen: Leske und Budrich.
- Mäder, U., Biedermann, F., Fischer, B. & Schmassmann, H. (1991). *Armut im Kanton Basel-Stadt*. Basel: Birkhäuser.
- Mäder, U. & Streuli, E. (2002). *Reichtum in der Schweiz. Portraits, Fakten, Hintergründe*. Zürich: Rotpunktverlag.
- Maegli, R. (2002). Der Weg zum Projekt Case Management. In V. Baviera (Ed.), *Projekt Case Management Sozialhilfe Basel Stadt* (S. 6-7). Luzern: Hochschule für Soziale Arbeit.
- Marazzi, C. (1986). *La povertà in Ticino*. Bellinzona: Dipartimento delle opera sociali.
- Matthes, J. (Ed.). (1982). *Krise der Arbeitsgesellschaft? Verhandlungen des 21. Deutschen Soziologentages in Bamberg 1982*. Frankfurt a. M.: Campus.
- Meier, C. (1983). *Lebenszyklus und ökonomische Ungleichheit. Eine Analyse der Einkommens- und Vermögensdynamik anhand von Längsschnittdaten*. Freiburg: Universitätsverlag.
- Mückenberger, U. (1990). Normalarbeitsverhältnis. Lohnarbeit als normativer Horizont sozialer Sicherheit? In T. H. Engelhardt (Ed.), *Sicherheit und Freiheit. Zur Ethik des Wohlfahrtsstaates* (S. 158-178). Frankfurt: Suhrkamp.
- Nauck, B. (1997). Sozialberichterstattung zu den Lebensverhältnissen von Kindern. In H.-H. Noll (Ed.), *Sozialberichterstattung in Deutschland. Konzepte, Methoden und Ergebnisse für Lebensbereiche und Bevölkerungsgruppen* (S. 167-194). Weinheim: Juventa.
- Niklowitz, M. & Suter, C. (2002). Wenn viele Probleme zusammenkommen. Zusatzauswertungen zur nationalen Armutsstudie. *Infosocial*(7), 5-31.
- Noth, A. (1975). *Die personelle Einkommensentwicklung in der Schweiz 1949 - 1968*. Freiburg: Universitätsverlag.
- OECD (Ed.). (1999). *OECD Beschäftigungsausblick*. Paris: OECD.
- OECD. (2002). *Employment Outlook*. Paris: OECD. [Online] Available: <http://www.oecd.org/dataoecd/36/48/17652683.pdf>.
- Offe, C. (1984). *Arbeitsgesellschaft. Strukturprobleme und Perspektiven*. Frankfurt a.M.: Campus.

- Offe, C. (1994). Vollbeschäftigung? Zur Kritik einer falsch gestellten Frage. *Gewerkschaftliche Monatshefte*, 45(12), 796-806.
- Perruchoud-Massy, M.-F. (1991). *Die Armut im Kanton Wallis*. Sierre: Departement der Sozialdienste.
- Pro Juventute Schweiz. (2000). *Thema Armut und Familie. Schwerpunktausgabe der Zeitschrift "Thema"*, 3. Zürich.
- Prodoliet, S. (2000). Arbeit in der Grauzone. Die neuen prekären Arbeitsverhältnisse. In Caritas Schweiz (Ed.), *Sozialalmanach 2000. Sozialrechte und Chancengleichheit in der Schweiz* (S. 115-131). Luzern: Caritas Verlag.
- Rechsteiner, R. (1998). *Sozialstaat Schweiz am Ende?* Zürich: Unionsverlag.
- Regamey, C. (2001). *Papa, Maman, l'Etat et Moi. Jeune adultes, accès aux dispositifs sociaux et travail social: un état des lieux*. Lausanne: Service de Prévoyance et d'Aide sociales Canton de Vaud.
- Rey, U. (2001). Armut im Kanton Zürich. Eine Analyse der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung. *Statistische Berichte des Kantons Zürich*(49-41).
- Rifkin, J. (1995). *Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft*. Frankfurt a.M.: Campus.
- Rolle, C. & Suntum, U. v. (1997). *Langzeitarbeitslosigkeit im Ländervergleich. Zum Einfluss von sozialen Sicherungssystemen und Tariffindungssystemen auf die Beschäftigung in Deutschland, Österreich, Schweiz und USA*. Berlin: Duncker und Humblot.
- Rüst, H. (1994). *Projekt Sozialhilfestatistik. Schlussbericht Nationales Forschungsprogramm 29*. Bern: Eidgenössische Drucksachen- und Materialzentrale.
- Rüst, H. (1996). *Sozialbericht Kanton Zürich 1995*. Zürich: Fürsorgedirektion des Kantons Zürich.
- Rüst, H. (1998). *Sozialbericht Kanton Zürich 1997*. Zürich: Fürsorgedirektion des Kantons Zürich.
- Rüst, H. (2000). *Sozialbericht Kanton Zürich 1999*. Zürich: Fürsorgedirektion des Kantons Zürich.
- SAKE. (2001). *SAKE-News (diverse Blätter)*. Neuenburg: Bundesamt für Statistik.
- Salzgeber, R. & Suter, C. (1998). *Beginn und Ende des Sozialhilfebezugs. Neubezüger/innen und Sozialhilfeabgänger/innen des Fürsorgeamtes der Stadt Zürich 1993-1995*. Zürich: Sozialdepartement der Stadt Zürich.
- Scheibler, D. (1983). *Wachstum, Konjunktur und personelle Einkommensverteilung: eine Simulation der Zusammenhänge im Falle der Schweiz, 1960-1979*. Zürich: Zentralstelle der Studentenschaft, Dissertation.
- Schelbert-Syfrig, H., Blattner, N., Halbherr, P. & Harabi, N. (1986). *Mikroökonomik des Arbeitsmarktes*. Bern: Haupt.
- Schmid, W. (2002). Schlussfolgerungen und Positionen der SKOS zur Integration von Jugendlichen und jungen Erwachsenen. *Zeitschrift für Sozialhilfe*, 99(9), 141-148.
- Schweizerische Konferenz der Gleichstellungsbeauftragten (Ed.). (1999). *Junge Frauen ohne postobligatorische Ausbildung. Empirische Untersuchung bei 21-25-jährigen Frauen und Männern ohne und mit Ausbildung*. Zürich: (unveröffentlicht).
- Schweizerischer Arbeitgeberverband (Ed.). (2002). *Arbeit und Armut. Positionspapier des Schweizerischen Arbeitgeberverbands*. Zürich: Schweizerischer Arbeitgeberverband.
- Schweizerischer Gewerkschaftsbund. (1999). *Kein Lohn unter 3000 Franken*. Bern: Dokumentation des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds Nr. 67.
- Schweizerisches Arbeiterhilfswerk (Ed.). (1988). *Armut in der Schweiz. Tagung vom 26.-28. August 1987 in Boldern ZH*. Zürich.

- Sheldon, G. (1989). *Die Dynamik der Arbeitslosigkeit in der Schweiz. Schlussbericht zum Forschungsprojekt "Risiko und Dauer der Arbeitslosigkeit"*. Bern: Haupt.
- Sheldon, G. (1991). *Zur Dynamik der Armut in der Schweiz. Eine Untersuchung beruhend auf der Einkommensentwicklung männlicher Erwerbspersonen*, 35. Basel: Wirtschaftswissenschaftliches Zentrum.
- Sheldon, G. (1999). *Die Langzeitarbeitslosigkeit in der Schweiz. Diagnose und Therapie*. Bern: Haupt.
- Siebert, H. (1994). *Geht den Deutschen die Arbeit aus? Wege zu mehr Beschäftigung*. München: Bertelsmann.
- Simonet, J.-C., Baldin, I., Comby, P., Sahbane, J. & Torrent, S. (2000). *Familien und Armut im Kanton Freiburg. Eine qualitative Untersuchung*. Freiburg: Büro für Gleichstellung von Mann und Frau und Familienfragen.
- Sommer, J. H., Bürgi, M., Leu, R. E., Aregger, P., Burri, S. & Priester, T. (1997). *Neue Armut im Kanton Luzern. Ergänzende Studie zur nationalen Armutsstudie des NFP 29*. Luzern: Gesundheits- und Sozialdepartement des Kantons Luzern.
- Sopp, P. (1994). Das Ende der Zwei-Drittel-Gesellschaft? Zur Einkommensmobilität in Westdeutschland. In M. M. Zwick (Ed.), *Einmal arm, immer arm? Neue Befunde zur Armut in Deutschland* (S. 47-74). Frankfurt a.M.: Campus.
- Spycher, S. (2001). *Moral-Hazard Verhalten der Arbeitnehmer/innen in der Arbeitslosenversicherung. Gutachten im Auftrag des Staatssekretariats für Wirtschaft*. Bern: Büro für arbeitsmarkt- und sozialpolitische Studien BASS:
- Spycher, S., Nadai, E. & Gerber, P. (1997). *Auswirkungen von Armut und Erwerbslosigkeit auf Familien. Ein Überblick über die Forschungslage in der Schweiz. Kurzfassung*. Bern: Eidgenössische Koordinationskommission für Familienfragen.
- Staatssekretariat für Wirtschaft. (2003). *Die Lage auf dem Arbeitsmarkt. September 2003. Pressedokumentation*. Bern: Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement.
- Steiner, O. (2000). *Sozialhilfe im Kanton Baselland*. Basel: Fachhochschule für Soziale Arbeit beider Basel.
- Strandh, M. (2000). Different exit routes from unemployment and their impact on mental well-being: the role of the economic situation and the predictability of the life course. *Work, Employment and Society*, 14(3), 459-479.
- Strengmann-Kuhn, W. (2003). *Armut trotz Erwerbstätigkeit. Analysen und sozialpolitische Konsequenzen*. Frankfurt a.M.: Campus.
- Streuli, E. & Bauer, T. (2001). Working Poor in der Schweiz. Eine Untersuchung zu Ausmass, Ursachen und Problemlage. *Infosocial*(5), 5-32.
- Streuli, E. & Bauer, T. (2002). *Working Poor in der Schweiz. Konzepte, Ausmass und Problemlagen aufgrund der Daten der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung*. Neuchatel: Bundesamt für Statistik.
- Stucken, R. (1966). Der "circulus vitiosus" der Armut in Entwicklungsländern. In E. E. Boesch (Ed.), *Entwicklungspolitik. Handbuch und Lexikon* (S. 53-70). Stuttgart: Kreuz-Verlag.
- Stutzer, A. & Lalive, R. (2002). Soziale Arbeitsnorm und Arbeitslosigkeit in der Schweiz. *Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik*, 138(3), 293-316.
- Suter, C. (2000). Die schweizerische Gesellschaft im Umbruch: Synthese. In C. Suter (Ed.), *Sozialbericht 2000* (S. 293-310). Zürich: Seismo.
- Suter, C., Budowski, M. & Meyer, P. C. (1996). Einkommensschwäche, Unterversorgung und Mangeln bei alleinerziehenden Müttern in der Stadt Zürich. Ergebnisse einer Längsschnittstudie. *Schweizerische Zeitschrift für Soziologie*, 22(1), 27-57.

- Suter, C. & Mathey, M.-C. (2000). Wirksamkeit und Umverteilungseffekte staatlicher Sozialleistungen. Ihre Bedeutung für die Armutsbekämpfung: Zusatzauswertungen zur nationalen Armutsstudie. *Infosocial*(3), 5-24.
- Suter, C. & Mathey, M.-C. (2002). *Wirksamkeit und Umverteilungseffekte staatlicher Sozialleistungen. Zusatzauswertungen zur nationalen Armutsstudie*. Neuenburg: Bundesamt für Statistik.
- Tecklenburg, U. (1997). Die neuen kantonalen Sozialhilfe-Modelle: Leistungen und Gegenleistungen. *Soziale Sicherheit*(1), 15-18.
- Tecklenburg, U. (1999). Leistungs- und Gegenleistungsmodelle auf kantonaler Ebene. In Caritas Schweiz (Ed.), *Sozialalmanach 1999. Existenzsicherung in der Schweiz* (S. 131-144). Luzern: Caritas.
- Tillmann, R. (1998). *Soziale Ungleichheiten bei Beschäftigung und Einkommen in der Schweiz. Ein Beitrag zur Sozialberichterstattung*. Bern: Bundesamt für Statistik.
- Tschümperlin, P. (1996). Neue Ansätze der Armutsbekämpfung - Sozialhilfe als Investition. In Sozialamt der Stadt Zürich (Ed.), *Neue Armut. Strategien und Massnahmen. Tagungsbericht* (S. 21-29). Zürich: Sozialamt der Stadt Zürich.
- Ulrich, W. (1989). *Zum Stand der Armutforschung in der Schweiz*. Bern: Gesundheits- und Fürsorgedirektion des Kantons Bern.
- Ulrich, W. & Binder, J. (1998). *Armut erforschen. Eine einkommens- und lebensbezogene Untersuchung im Kanton Bern*. Zürich: Seismo.
- Vez, I. (2000). *Trajectories de précarisation. Une approche statistique des bénéficiaires de l'aide sociale valaisanne, notamment de familles mono-parentales*. Sion: Mandat du Conseil et du Bureau de l'égalité entre femmes et hommes et du Centre de formation pédagogique et sociale.
- Völker, W. (1995). Let's talk about ... what? Armut?! Sozialhilfe?! Bemerkungen zur Konjunktur der "Dynamischen Armutforschung". *Widersprüche*(54), 61-66.
- Weber, B. A. (2001). Arbeitslosigkeit in der Schweiz: Was passierte in den Neunzigerjahren? *Die Volkswirtschaft*(6), 4-9.
- Weiss, H. (Ed.). (2000). *Frühförderung mit Kindern und Familien in Armutslagen*. München: Ernst Reinhardt.
- Woodtly, R. (2002). Das Verfahren Case Management als fachliche Grundlage. In V. Baviera (Ed.), *Projekt Case Management Sozialhilfe der Stadt Basel* (S. 21-35). Luzern: Hochschule für Soziale Arbeit.
- Wyss, K. (1999). Sozialhilfe - eine tragende Säule der sozialen Sicherheit? Ein Überblick über die in der Schweiz ausgerichteten bedarfsabhängigen Sozialleistungen. *Infosocial*(1), 5-39.
- Wyss, K. (2000). *Entwicklungstendenzen bei Integrationsmassnahmen der Sozialhilfe*. Bern: Bundesamt für Sozialversicherung.
- Wyss, K. & Höpflinger, F. (1993). *Öffentliche Sozialhilfe in den Gemeinden des Kantons Thurgau*. Frauenfeld: Staatskanzlei des Kantons Thurgau.
- Wyss, K. & Knapfer, C. (2003). *Existenzsicherung in der Schweiz. Schlussbericht*. Bern: Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe.
- Zurbrugg, F. (1990). *Einkommensentwicklung im Lebenszyklus. Eine Längsschnittuntersuchung mit Daten der staatlichen Rentenversicherung der Schweiz*. Bern: Haupt.
- Zürcher, B. & Gerfin, M. (1998). *Income Inequality, Mobility and the Life Cycle*. Bern: Diskussionschrift des Department of Economics.
- Zwick, M. M. (Ed.). (1994). *Einmal arm, immer arm? Neue Befunde zur Armut in Deutschland*. Frankfurt a.M.: Campus.

Zwicky, H. (1984). Eine Methode zur Schätzung der personellen Einkommensverteilung in den Schweizer Kantonen. *Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik*(2), 191-222.